



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Informeller Urbanismus

Heft 2.2014

Informationen zur Raumentwicklung

| | | Seite |
|---|--|-------|
| Stephan Willinger | Einführung | I |
| | Kurzfassungen – Abstracts | VII |
| Ulf Matthiesen Philipp Misselwitz Robert Kaltenbrunner Stephan Willinger | Zur Bedeutung des Informellen in der Stadtentwicklung | 85 |
| Carolin Höfler | „Der Tahrir-Platz ist jetzt unser Facebook“ – die Stadt als Protestraum in Zeiten sozialer Netzwerke | 95 |
| Nadine Appelhans | Die Integration informeller Urbanisierung und formeller Stadtentwicklung: Lernen vom globalen Süden | 103 |
| Stephanie Haury | Der Mellowpark in Berlin Köpenick – eine informelle Nutzung auf dem Weg ins formelle Leben | 113 |
| Wolfgang Kil | Bleiberecht zum Höchstgebot? | 123 |
| Juliane von Hagen | Informelles und Experimentelles als Vorreiter neuer Entwicklungen? Urbane Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten | 129 |
| Klaus Overmeyer Lisa Buttenberg | Raumunternehmen zwischen informeller Aktivierung und formeller Planung | 135 |
| Andrea Benze | Informelle Raumtaktiken in der Stadtregion | 143 |
| Stephan Willinger | Governance des Informellen. Planungstheoretische Überlegungen | 147 |

Die Fotos auf einigen Zwischenseiten stammen aus der aktuellen Stadtforschung des BBSR, aus den ExWoSt-Forschungsfeldern „Jugendliche im Stadtquartier“, „Jugend belebt Leerstand“ und „Young Energies“.

Herausgeber

Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Redaktionsschluss: 1. Mai 2014

Schriftleitung

Harald Herrmann
Markus Eltges
Robert Kaltenbrunner

Die Beiträge werden von der Schriftleitung/wissenschaftlichen Redaktion gezielt akquiriert. Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Die vom Autor vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Wissenschaftliche Redaktion

Stephan Willinger

Redaktionelle Bearbeitung

Katharina Urbaniak und Friederike Vogel

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Verlag und Vertrieb

Franz Steiner Verlag
Birkenwaldstraße 44
70191 Stuttgart
Telefon +49 711 2582-0
Telefax +49 711 2582-390
service@steiner-verlag.de

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement 72,00 € (6 Hefte einschl. Register) zzgl. Versandkosten (Inland: 10,80 €, Ausland: 19,80 €); Einzelheft 19,00 € (versandkostenfrei) – Preise incl. MwSt. Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein. Siehe: www.bbsr.bund.de/BBSR/lzR



und Buchhandel

Nachdruck und Vervielfältigung:
Alle Rechte vorbehalten

Informeller Urbanismus

Einführung

Stephan Willinger

Über lange Zeit war die Fachdiskussion über Informalität in der Stadtentwicklung auf Entwicklungsländer und Krisenregionen bezogen und mit fehlenden formellen Regelungsstrukturen und notdürftigen Infrastrukturen, nicht selten mit Illegalität assoziiert. Dies ist jedoch eine Verkürzung, die das Naheliegende ausblendet: die Bedeutung des Informellen auch in den postindustriellen Ländern. Denn in europäischen und nordamerikanischen Städten werden immer öfter konventionelle Top-Down-Planungsansätze mit ihren tradierten Akteurskonstellationen hinterfragt. Aktuelle Konzeptionen urbaner Governance sehen die Produktion von Räumen nicht länger von den Planungen der Kommune ausgehend. Demnach entwickeln sich die Räume als Konglomerat von in weiten Teilen informellen Prozessen durch Eigeninitiative von unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Aus diesem Grund soll das Informelle im Rahmen dieser Ausgabe der Informationen zur Raumentwicklung neu betrachtet werden: als allgegenwärtiger Bestandteil städtischen Lebens – und von Stadtentwicklungspolitik.

Dieses informelle Handeln von Akteuren und seine Bedeutung für die Stadtentwicklung lassen sich allerdings nicht so leicht auf den Punkt bringen. Es liegt geradezu in der Charakteristik des Informellen, dass es in einer Gegenposition zur offiziellen Stadtplanung, zumindest jedoch in einem toten Winkel entsteht. Die Aktivitäten informeller Akteure basieren nicht auf Maßnahmenkatalogen stadtplanerischer Handlungskonzepte, sondern auf den Alltagsbedürfnissen sozialer Gruppen, selbstorganisiert und oft widerständig. Wenn heute in Stadtentwicklungsdiskursen das Informelle betont wird, dann vor allem aus zwei Gründen: mit der Vorstellung von eifrigen Gärtnern, die im öffentlichen Raum identitätsstiftende Blüm-

chen pflanzen. Oder in der Hoffnung, zivilgesellschaftliche Akteure könnten in finanzschwachen Städten informell (also ohne Honorar) Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen. Diese neue Begeisterung der formellen Seite für das Informelle erscheint so recht einäugig. Denn es handelt sich in der Realität um ein weitaus breiteres Feld von Aktivitäten, für die eine Sortierung im Hinblick auf Stadtentwicklungsfragen noch aussteht, vor allem auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zur offiziellen Stadtplanung. Dies ist manchmal rebellisch (vgl. Harvey 2013), immer aber eigensinnig.

Unter den Begriff *Informeller Urbanismus* soll im Rahmen dieses Heftes eine spezifische Form der Raumproduktion und Raumnutzung verstanden werden, die im städtischen Alltagsleben wurzelt und ihre Anlässe weniger in der Anbindung an formelle Planungsverfahren als in der Befriedigung praktischer Bedürfnisse hat. Aus Stadtentwicklungssicht verweist der Begriff somit auf eine Fülle von Aktivitäten, die zur Stadtentwicklung zwar beitragen, ihr aber bislang kaum zugerechnet oder als sinnvolle strategische Bausteine anerkannt wurden. Manche dieser Aktivitäten (Urban Gardening, Zwischennutzungen) rücken mittlerweile näher an das Instrumentarium der Stadtplanung heran, andere (Trendsportarten, Offene Werkstätten) lassen sich weniger leicht integrieren.

Annäherungen

Hätte das BBSR dieses Thema vor zehn Jahren aufgegriffen, so wären die Beiträge sicher in weitaus stärkerem Maße von der Entwicklung neuer Megacities in der südlichen Hemisphäre geprägt gewesen. Dies stellt sich im Jahr 2014 völlig anders dar. Denn ausgelöst vor allem durch einen neu-

Stephan Willinger
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail: stephan.willinger@
bbr.bund.de

en Umgang mit leerstehenden Flächen und Gebäuden in schrumpfenden Regionen haben sich in Mitteleuropa innovative zivilgesellschaftliche Aneignungsformen des städtischen Raums herausgebildet. Eine Thematisierung in 2014 kann daher Anwendungsbeispiele und eine breite Diskussion auch in Deutschland reflektieren und die Diskussionsstränge und Stadtentwicklungsstrategien aus Afrika und Asien als Referenz nutzen.

Zwar ist *Informeller Urbanismus* beileibe kein neues Phänomen in der mitteleuropäischen Stadtentwicklung. Eine Grundhypothese dieses Heftes ist jedoch, dass es sich gerade in Deutschland um ein wachsendes Phänomen handelt, mit einer zunehmenden Wahrnehmung in der Gesellschaft – und mit einer auch real vergrößerten Bandbreite an Aktivitäten und einem sich ausdifferenzierenden Akteurspektrum. Betrachtet man nur die jüngsten Veröffentlichungen in diesem Feld, so zählen hierzu etwa Kulturprojekte, selbstorganisierte Sportgelegenheiten für Jugendliche, Gemeinschaftsgärten, Dorftreffs und Bürgergruppen, Läden zur Erhaltung der Nahversorgung, selbstverwaltete Wohnprojekte, Bürgerbusse, FabLabs und Repair Cafés, Bürgerenergiegenossenschaften und Bürgerstiftungen, ebenso Bürgerinitiativen und Occupy-Gruppen. (vgl. hierzu etwa Stadt der Commonisten 2013; Urban Catalyst 2013)

Das Interesse an einer Auseinandersetzung mit diesen Aneignungsformen städtischer Räume hat in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichsten Perspektiven einen deutlichen Aufschwung erfahren und neue zivilgesellschaftliche Bündnisse, Konzepte und Widerstandsformen entstehen lassen. Auf universitärer Ebene gibt es neue Masterstudien und Lehrgänge, dazu kommen zahlreiche Ausstellungen, Publikationen, Kongresse. Hierzu zählen etwa die Ausstellungen Hands-On Urbanism im Architekturzentrum Wien, die Tagung Ephemere Stadtentwicklung des Planungslabors der TU Berlin, Making City als Thema der Rotterdam Biennale, Stadt selber machen als Aufgabenstellung einer Hochschulkooperation der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, das Projekt Nospolis der Initiative stadtbaukultur Nordrhein-Westfalen, die StadtBauwelt „Een Nieuw Perspectief“ u.v.m.

Die Beziehung zum Formellen

Informalität, informelle Projekte und ihre Akteure – sie stehen nicht für sich. Nach Ansicht von Roy (mit Bezug vor allem auf die informellen Siedlungen in den Metropolen des globalen Südens) wird Informalität „durch den Staat produziert. Planung ist Teil dieses Unterfangens. Sich mit Informalität auseinanderzusetzen bedeutet daher auch immer sich damit auseinanderzusetzen, wie der Planungsapparat Ungeplantes und Unplanbares produziert.“ (Roy 2011: 155f. eigene Übersetzung) Roy markiert damit einen wichtigen Aspekt zur Erforschung des Informellen, nämlich dessen Verhältnis zu den formellen, staatlich formulierten Definitionen städtischer Ordnung. Dieses Verhältnis ist jedoch nie abschließend festgelegt, es ist wandelbar, unterschiedlich von Stadt zu Stadt, von Milieu zu Milieu. Zwar gibt es natürlich auch in Europa einen staatlichen Einfluss bei der Produktion von Informalität in der Stadt. Doch als feststehendes Kriterium eignet sich die rechtliche Sicht des Staates nicht. Dies stützt auch Saskia Sassen, die im Hinblick auf den Charakter informeller Ökonomien feststellt: „Ich meine damit, dass es hier weder um Rechtsverletzung noch Rechtsbefolgung geht. Es gibt einfach neue Realitäten, die in Lücken existieren. ... Wir haben es vielmehr mit neuen Entwicklungen zu tun, auf die das Recht noch nicht eingestellt ist.“ (Sassen 2013: 113)

Zum Verständnis des Informellen ist die dualistische Gegenüberstellung mit dem Formellen daher immer nur ein Behelf. Was jeweils zum Einen oder Anderen gezählt wird, ist äußerst variabel. Diese Bewertungen können sich verschieben, schon verschoben haben, sind sozial codiert und in pluralen Gesellschaften sicher nicht homogen. „If formality operates through the fixing of value, including the mapping of spatial value, then informality operates through the constant negotiability of value and the un-mapping of space.“ (AlSayyad/Roy 2004: 5) Die Verhandelbarkeit von Werten zeigt, wie das Beobachtungsschema *Informeller Urbanismus* oszilliert, von Betrachter zu Betrachter variiert und sich über die Zeit verändert. Informalität ist immer kontextuell, situativ, relational. Grundlage einer reflektierten Beschäftigung mit den Phänomenen des *Informellen Urbanismus* sollte daher

der Abschied von dem Paar Ordnung/Unordnung sein. „Es gibt sie nicht. Sie sind beide Erfindungen eines dualistischen Denkens, das sich in vornehmer Distanz zur Realität aufhält.“ (Bovelet 2011: 7)

Stadtentwicklungsrelevanz

Eine realistische Annäherung an die Phänomene des *Informellen Urbanismus* wird daher viele Projekte entdecken, in denen die Welten des Alltags und der Stadtentwicklung bereits aufeinander bezogen sind und sich überraschende thematische Verbindungen auftun. Der Blick dieses Heftes richtet sich auf die Selbstdefinitionen der Akteure, vor allem aber auf die Resonanzen ihrer Projekte in der Stadtgesellschaft und auf ihre Beziehungen zur Stadtplanung. Damit rückt das Thema zugleich an die neuen Governanceformen, die veränderte Rolle der Zivilgesellschaft, das Instrumentarium des Stadtbbaus und an die Zukunft des Städtischen insgesamt heran. Einige Bezüge zu stadtentwicklungsrelevanten Handlungsfeldern werden im Folgenden ange deutet:

Informelles als Basis von Resilienz

Resilienz in der Raumplanung scheint ein Ansatz zu sein, der das Potenzial für eine langfristige Strategie besitzt. (vgl. BBSR 2013) Das Konzept der Resilienz beschreibt die Fähigkeit zur eigenständigen Erneuerung eines Systems. Auch wenn dies bislang vor allem in Form von staatlichen Strategien diskutiert wird – die Krisenfestigkeit von Metropolregionen, Städten, Gemeinden oder ländlichen Räumen kann sicher nicht nur durch städtebauliche oder infrastrukturelle Maßnahmen erreicht werden. Im Gegenteil: will man die Verletzlichkeit unserer Städte minimieren, dann geht dies nur über eine Stärkung der Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft. So können die Akteure des *Informellen Urbanismus* zu einer Balance zwischen Autarkie und Austausch, Redundanz und Vielfalt sowie Flexibilität und Stabilität und damit zur Krisenfestigkeit unserer Städte beitragen.

Informelles als Träger der Daseinsvorsorge

Ganz konkret wird dieses Potenzial des Informellen, wenn man die städtischen und

dörflichen Infrastrukturen betrachtet, die noch vor wenigen Jahren zur selbstverständlichen Ausstattung gehörten. In ländlichen Räumen, aber aufgrund von kommunaler Finanzknappheit durchaus auch in Stadtregionen, steht der Betrieb von Bibliotheken, Schwimmbädern, Kindergärten, Tierparks u.v.m. in Frage. In vielen Fällen springen hier mittlerweile zivilgesellschaftliche Gruppen in die Bresche, indem sie Leistungen übernehmen. Besonders bemerkenswert ist das wachsende Engagement sogenannter Bürgerstiftungen, die sich nicht nur finanziell in öffentliche Bereiche einbringen, sondern immer selbstbewusster auch Trägerschaften übernehmen.

Informelles als Zeichen von Kreativität

Ein weiterer Aspekt ist die wachsende Bedeutung von Kreativität in den Diskursen zur Stadtentwicklung. Wurde dabei zunächst auf die Förderung von Kreativität als kommerzielle Dienstleistung gesetzt, so verbreitet sich mittlerweile ein weitergehendes Verständnis demzufolge die „bad practice“ des „ignoring community input“ ein Hindernis kreativer Stadtentwicklung ist, wie Charles Landry (2008: 208) formulierte. Kulturelle Zwischennutzungen mit ihren fließenden Übergängen zwischen kreativer Szene und normaler Zivilgesellschaft haben dazu beigetragen, dass Chancen auf eine räumliche und wirtschaftliche Restrukturierung immer öfter auch mit informellen Aktivitäten assoziiert werden.

Zur Ästhetik des Informellen

Interessant ist in diesem Zusammenhang die große Begeisterung, die vor allem Architekten informellen Siedlungen und dem Selberbauen entgegen bringen. Kritische Stimmen befürchten dabei, dass das Stauen über die innovativen Lösungen, die kreative Wiederverwertung von Reststoffen und den ästhetischen Reiz der Formen einer gebastelten Stadt teilweise an eine Romantisierung grenzt, die die kargen Lebensbedingungen und die Vorzüge einer Toilette mit Wasserspülung in Vergessenheit geraten lässt. So spricht Hagemann „von einer ästhetischen Ausbeutung des „Informellen“ ..., wenn die Wellblechhütten-Ästhetik des Slums in künstlerische Projekte und Architekturentwürfe übersetzt wird oder wenn spontane Raumeignungen in

wohlorientierten Kultur- oder Planungsprojekten simuliert werden.“ (Hagemann, 2012: 78) Allerdings beruht diese Sichtweise auf den Schemata einer „ausgebeuteten“ (südlichen) und einer „imperialistischen“ (nördlichen) Kultur und vereinfacht so die wesentlich komplexeren Wirkungsweisen kultureller Strömungen in der Postmoderne wie auch die durchaus reflektierte Auseinandersetzung der Debatte über Macht und sozialen Fragen. Beispiele sind viele Tagungen, Ausstellungen und Veröffentlichungen. Auch Hagemann gesteht zu: „Nachhaltige städtische Entwicklungen sind ohne einen akzeptierenden Umgang mit dem informellen Bauen nicht mehr denkbar, dazu gehört auch die ästhetische Korrektur unseres Bildes von Stadt und eine Revision unserer Auffassung von städtischer Planung. In diesem Sinne mögen selbst die ästhetisierenden Bilder der Slums die notwendige Auseinandersetzung fördern.“ (Hagemann a.a.O., vgl. a. Willinger 2007)

Informelles als Nährboden für Sozialkapital

Die oben dargestellte Kritik an einer naiven europäischen Rezeption des *Informellen Urbanismus* lenkt den Blick aber auf die Frage, wer denn hier aktiv wird und wem dies gefällt. Noch vor 10 oder 20 Jahren wäre die Antwort klar gewesen: Studenten, Künstler, bürgerliche Aussteiger. Angesichts einer immer breiteren Praxis informeller Projekte und ihrer Thematisierung in den Medien ist heute davon auszugehen, dass die positive Resonanz auf diese Projekte über junge bildungsbürgerliche Szenen weit hinausreicht. Die genauere Betrachtung zivilgesellschaftlicher Projekte zeigt denn auch, dass sich hier je nach Nutzungsfokus in vielen Fällen ganz unterschiedliche soziale Gruppen zusammenschließen. Die gemeinsame Umsetzung von Projekten erzeugt differenzierte informelle Netzwerke als ideale Träger von Sozialkapital.

Informelle Politik ...

Nur gestreift wird in diesem Heft ein weiteres interessantes Feld des Informellen: die informelle Politik, das informelle Regieren, bei dem unter Umgehung der vorgesehenen Wege politische Entscheidungen getroffen oder zumindest vorbereitet werden. Diese Formen sind bislang eher selten Ge-

genstand politikwissenschaftlicher Überlegungen und betreffen meist weniger die im Kontext der Stadtentwicklung thematisierten neuen Akteure, als die Aushandlungsprozesse mit den „üblichen Verdächtigen“ aus Wirtschaft, Parteien und staatlichen Organisationen. Hier wäre Stadtforschung gefragt, denn während die Instrumente formaler Demokratie schwächer werden, nimmt die Bedeutung informeller Demokratie in der Zivilgesellschaft zu.

Abgrenzungsbestrebungen und Definitionsabsichten können leicht dazu führen, Gegenstände eher zu bereinigen, als ihre (paradoxe) Komplexität und (irritierende) Heterogenität zuzulassen. Gerade dies erscheint aber für das hier thematisierte Spannungsfeld notwendig, da weder vollendetes Wissen um die Formierungspraxis des Informellen vorliegt, noch umfangreiche Erfahrungen zur Governance des Informellen. Eine endgültige Definition wird deshalb bewusst vermieden. Die Beiträge stehen für eine Stadtforschung, die sich explizit an den Impulsen sozialer Bewegungen orientiert und den vielfältigen Verbindungen zwischen grassroots groups und aktueller Stadtpolitik nachspürt. Stadtentwicklung wird aus einer Bottom-up-Perspektive betrachtet und erscheint so weniger als Steuerungsproblem denn als Umsetzungshindernis für mehr oder weniger informelle Projekte. So werden in Umkehrung der traditionellen Sichtweise die eigenständig handelnden neuen Akteure nicht als Problemgruppen konstruiert, sondern als wichtige Impulsgeber städtischer Entwicklung. Dies wiederum ist eine entscheidende Voraussetzung für die Konzeption stadtpolitischer Programme und Strategien, in denen diese Gruppen ernst genommen werden.

Die Beiträge

Die Beiträge des Heftes betrachten den *Informellen Urbanismus* aus verschiedenen Richtungen. Eine engere Darstellung der konkreten Phänomene und ihrer Akteure wechselt sich dabei ab mit analytischen Beiträgen, die die Hintergründe und Bezüge zu den Handlungsfeldern der Stadtentwicklung aufarbeiten.

Eingangs reflektiert ein Gespräch von Ulf Matthiesen und Philipp Misselwitz mit Robert Kaltenbrunner und Stephan Willinger die vielfältigen Dimensionen des Themas, seine Entwicklungsgeschichte und heutige Aktualität. Dabei erfolgt auch eine Einordnung, was von den verschiedenen informellen Akteuren zu erwarten ist und welche Konsequenzen ihre stärkere Einbeziehung in die Stadtentwicklungspolitik hat.

Carolin Höfler verbindet in ihrem Beitrag mehrere Aspekte des Informellen Urbanismus: die Aneignung des öffentlichen Raumes, die Protesthaftigkeit sozialer Bewegungen und die neuartigen Formen sozialer Netzwerke im Internet. Dabei bezieht sie sich nicht nur auf die jüngeren Ereignisse in arabischen Ländern, sondern zieht eine Linie vom Tahrir-Platz in Kairo über den Syntagma-Platz in Athen, die Puerta del Sol in Madrid, den Zuccotti Park in New York bis hin zum Taksim-Platz in Istanbul. Sie zeichnet nach, wie durch die selbstorganisierte Aneignung dieser Orte differenzierte soziale Räume entstehen, in denen mit politischen Strukturen experimentiert und ein ausdrücklich anderes Politikverständnis als das etablierte entwickelt wird.

Die Untersuchungen urbaner Informalität waren lange Zeit auf Lateinamerika fokussiert. Die dort erarbeiteten Untersuchungsrichtungen zu informellen Wohnungsmärkten und Siedlungstätigkeiten prägten und prägen später auch die Analysen in anderen Ländern des globalen Südens, in Afrika und Südostasien, die zuvor stark baulich-architektonisch ausgerichtet waren und nun auch die sozialen und politischen Aspekte urbaner Informalität mit in den Blick nehmen konnten. Ein Ziel dieses Heftes ist es, die in der Untersuchung der „Dritten Welt“ geschulten Informalitäts-Forschungen nach Mitteleuropa zu tragen und mit ihrer Sichtweise und ihren Fragestellungen zu einem besseren Verständnis der vielfältigen Phänomene des *Informellen Urbanismus* beizutragen. So sieht Appelhans in der Tradition der Entwicklungsländerforschung das Informelle vor allem als Nicht-Formelles und auf diese Weise von einer staatlichen Definitionsmacht Produziertes. Sie beschreibt differenziert die staatlichen Instrumente, um das Informelle mehr oder weniger behutsam zu transformieren.

Stephanie Haury zeigt am Beispiel eines Jugendsport-Projektes, dass in der Praxis vor Ort informell/formell keine gegensätzlichen Felder sind. Sie konstatiert einen hybriden Zustand des Dazwischen – und daran angepasste Raumtaktiken der Akteure bei der Projektentwicklung. Diese sind nötig, denn von der oft verlautbarten Ermöglickungskultur ist beim zivilgesellschaftlichen Engagement Jugendlicher bislang wenig zu hören. Im Gespräch mit einem der Projektverantwortlichen geht es dagegen öfter um Gesetzesdschungel, lange Genehmigungsphasen und Überforderung auf allen Seiten. Allerdings auch um die Möglichkeiten eines durchaus kreativen Umgangs staatlicher Stellen mit gesetzlichen Regelungen.

Gegen welche Aspekte offizieller Stadtentwicklung richten sich heute die informellen Aktivitäten sozialer Gruppen? Wie entsteht aus einer Mangelsituation ein Impuls zum eigenen Handeln? Ist dieses Handeln eher symbolisch oder pragmatisch, richtet es sich auf eine kurze Aktion oder sollen langfristige Verbesserungen erreicht werden? Thema des Beitrags von Wolfgang Kil sind die jeweiligen Positionen unterschiedlicher Raumpioniere, Ziel ist ein Einblick in ihre Motivationen und die daraus resultierenden Aktivitäten. Dabei entstehen neue Einsichten in die ambivalenten Strategien der Akteure, ihre Zweifel und Hoffnungen.

Die gemeinschaftliche Aneignung einer Fläche zum Gärtnern ist das vielleicht prägnanteste Symbol des Informellen Urbanismus. Im Hintergrund dieser scheinbar einfachen und harmonieträchtigen Sichtweise spielen aber immer auch die durchaus formellen Rahmenbedingungen von Flächenverfügbarkeit, Finanzierbarkeit und Baurecht eine entscheidende Rolle. Juliane von Hagen beschreibt, wie solche Gärten den Alltag der Nutzer verändern – und welche Ansprüche an die Macher dabei entstehen. Es entsteht das Bild eines gesellschaftlichen Modellraums, in dem gemeinschaftliche Werte erprobt werden können.

Mit dem Begriff Raumunternehmen beschreiben Klaus Overmeyer und Lisa Buttenberg einen neuen Typ von Stadtentwicklern: selbstbestimmt handelnde, zivilgesellschaftliche Akteure, die sich brach gefallene Orte schrittweise aneignen, besondere Nutzungsmischungen und Netzwerke bilden

und über kluge Finanzierungsstrategien langfristige Perspektiven aufbauen. In dem Beitrag werden Entwicklungspfade und alternative Wertschöpfungskonzepte von Raumunternehmen dargestellt und in Bezug zur offiziellen Stadtentwicklung gesetzt.

Und dann ein anderer Blick auf die Akteure des Informellen: Über Feldforschung entdeckt Andrea Benze von Vereinen geschaffene, ganz alltägliche soziale Orte. Unvoreingenommen setzt sie sich mit diesen konventionellen lokalen Akteuren und ihren durchaus kreativen Raumstrategien auseinander und spannt dabei eine Brücke zwischen analysierenden soziologischen, volkswissenschaftlichen und regionalplanerischen Blickpunkten sowie gestalterischen Aspekten. So weist sie nach, dass ein auf Kreativität fokussierendes Verständnis städtischer Informalität viel zu kurz greift und den tatsächlichen Umfang des Themas verfehlt.

Stephan Willinger rückt in seinem Beitrag das übliche Verständnis zurecht, zivilgesellschaftliche (informelle) Aktivitäten seien in Deutschland bereits fest in die Stadtentwicklung integriert. Er zeigt, dass die Vielseitigkeit heutiger Stadtentwicklungsakteure für geschrumpfte Verwaltungen weiterhin eine große Herausforderung darstellt. So gelingt es bislang nur fallwei-

se, systematische Verknüpfungen zwischen formeller und informeller Sphäre herzustellen. Willinger entwickelt die Vorstellung einer neuen Stadtentwicklungspolitik, die sich strategisch für die Potenziale des Informellen öffnet.

Der *Informelle Urbanismus* ist eine Gegenperspektive zum üblichen Planerblick. Die Stadt erscheint nicht als (teilweise misslungenes) Ergebnis von Planung, sondern als spannendes Konglomerat aus vorgefertigten und zufälligen Erscheinungen, bei denen erst herauszufinden ist, welche positiven Auswirkungen auf das Stadtleben sie haben. So lässt sich abschließend mit dem Architekten Rem Koolhaas formulieren: "Sollte es einen neuen Urbanismus geben, dann wird sich dieser nicht auf die Zwillingphantasien von Ordnung und Omnipotenz stützen. (...) Er wird Unsicherheit stiften; er wird sich nicht länger mit der Planung mehr oder weniger dauerhafter Objekte befassen, sondern bestimmte Areale mit all dem düngen, was möglich sein könnte; er wird nicht mehr auf feste Strukturen zielen, sondern auf die Bereitstellung von Möglichkeitsfeldern für Prozesse, die sich dagegen sträuben, eine endgültige Form anzunehmen." (Koolhaas 2009: 12)

Literatur

AlSayyad, Nezar; Ananya Roy: Urban Informality: Crossing Borders in: Urban Informality. Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia, 2004

BBSR: Informationen zur Raumentwicklung 4.2013: Resilienz

Bovelet, Jan: Spontan urban. Stadtplanung – ein Fall für Macgyver, in: Gaffa Urbanismus. Spacemag # 2, 2010

Hagemann, Anke: Der Mainstream des Informellen: Urbanistische Forschung zwischen Romantisierung und städtischer Realität, in: Krasny, E. (Hrsg.): Hands-on Urbanism 1850–2012. Vom Recht auf Grün. 2012

Harvey, David: Rebellische Städte, 2013

Koolhaas, Rem; so zitiert in polis. Magazin für urban development 01/02.2009

Roy, Ananya 2011: Slumdog Cities: Rethinking Subaltern Urbanism. International Journal of Urban and Regional Research, Volume 35.2, March 2011

Sassen, Saskia: Informelle Ökonomien und Kulturen in globalen Städten. Saskia Sassen im Gespräch mit Philipp Oswald. In: Oswald, P., Overmeyer, K., Misselwitz, P.: urban catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln.

Willinger, Stephan: Bilder von Aneignung und Gebrauch: die soziale Produktion urbaner Freiräume. In: BBSR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 12.2007

Kurzfassungen – *Abstracts*

Carolin Höfler:

„Der Tahrir-Platz ist jetzt unser Facebook“ – die Stadt als Protestraum in Zeiten sozialer Netzwerke

The Tahrir Place is our Facebook now – the city as an area of protest in times of social networks

Entgegen des oft entworfenen Szenarios vom Verschwinden des öffentlichen Raums im Zeitalter der digitalen Kommunikation, erleben derzeit Plätze als Orte von Massenprotesten ein Comeback. Für die medienerfahrenen Protagonisten der Arabellion und der Occupy-Bewegung spielen die städtischen Räume eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung ihrer Ziele, da sie planmäßig bespielt und medial inszeniert werden können. Mit dem Ziel, eine reale und mediale Gegenöffentlichkeit herzustellen, errichten die Protestteilnehmer vor der wirkmächtigen Negativkulisse der Platzarchitekturen eine temporäre „Stadt in der Stadt“, die ihnen als Versuchsstätte für eine neue Form des gesellschaftlichen Handelns gilt. Der Beitrag diskutiert die informelle Nutzung öffentlicher Räume durch Protestcamps und fragt nach den politischen und gesellschaftlichen Wirkungen dieser kurzzeitigen Besiedelungen.

In contrast to the often drawn scenario of the disappearance of public space in the times of digital communication, places as locations of mass protests are experiencing a revival at present. For the media-experienced protagonists of the Arabellion and the Occupy movement, the urban areas play a central role in the assertion of their aims, as they can be staged in a planned manner and orchestrated for the media. With the aim to produce a real and media-based alternative public, the participants of the protests set up a temporary “city within the city” in front of the effective negative backdrop of the place architectures. This serves them as a trial location for a new form of social action. The article discusses the informal use of public spaces through protest camps and considers the political and social impacts of these short-term occupations.

Nadine Appelhans:

Die Integration informeller Urbanisierung und formeller Stadtentwicklung: Lernen vom globalen Süden

The integration of informal urbanisation and formal urban development: learning from the global South

Als universelle Phänomene und integrale Bestandteile von Urbanisierungsprozessen sind Formalität und Informalität weltweit in allen Städten zu finden. Die neuere Forschung aus dem globalen Süden zeigt dabei, dass Formalität und Informalität nicht konträr zu betrachten sind und dass das Verhältnis dialektisch betrachtet und komplex beschrieben werden muss. In der planerischen Begleitung von Urbanisierungsprozessen ist es wichtig, diese Dichotomie aufzulösen, um Alltagspraktiken anerkennen zu können. Das Beispiel Kapstadts

As universal phenomena and integral components of urbanisation processes, formality and informality can be found in all cities worldwide. In this context, the recent research from the global South shows that a contrary conception of formality and informality cannot be upheld and that the relationship must be described through dialectic approaches in a complex manner. The solution of this dichotomy plays a central role in the accompanying planning of urbanisation processes, in order to acknowledge everyday practices. Taking

zeigt, wie es dort zum Paradigmenwechsel kam und informell entstandene Wohngebiete mit inkrementellen Bauprozessen in das Planungsrecht integriert wurden. Bei der praktischen Umsetzung halfen dort innovative Planungsinstrumente, welche die enge Verflechtung von Formell und Informell berücksichtigen und die Bauten in Konsolidierungsprozesse überführen. Die neuen analytischen Erkenntnisse der Stadtforschung zu Informalität und die Nutzung integrierender Planungsinstrumente über den Entstehungskontext hinaus können auch in Deutschland einen differenzierten Umgang mit alltäglichen informellen Baupraktiken ermöglichen.

Cape Town as a case in point, it is discussed how the change in paradigms and the integration of informally developed housing areas with incremental building processes into planning law came about. For practical implementation, innovative planning instruments were determined there, which take account of the close integration of the formal and the informal and transfer the buildings into consolidation processes. On this basis, the article argues that the new analytical findings of urban research on informality and the integrating planning instruments could also allow a differentiated treatment of everyday informal building practices in Germany beyond the development context.

Stephanie Haury:

Der Mellowpark in Berlin Köpenick – eine informelle Nutzung auf dem Weg ins formelle Leben

The Mellowpark in Berlin Köpenick – an informal use on the way to formal life

Engagement wird in Deutschland ganz groß geschrieben. Seitens der Politik besteht das Ziel, Engagement zu fördern und zu unterstützen. Doch es bestehen Spannungsfelder und ungelöste Probleme zwischen Engagierten, Politik und Verwaltung. Denn Menschen entscheiden selbst, ob, wann, wo und wie sie sich engagieren. Das führt zu Interessenskonflikten und dazu, dass Engagement nicht immer dort stattfindet, wo es am nötigsten gebraucht wird. Engagierte haben es nicht immer einfach und berichten von einem Gesetzesdschungel, langen Genehmigungsphasen und einer damit verbundenen Überforderung des Einzelnen. Gefragt sind darum Unterstützer in der Verwaltung und neue Wege der Vereinfachung. Im Interview mit Jens Werner, Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des all eins e.V. in Berlin, geht es um die Entwicklung des Mellowparks in Berlin und um den Spagat zwischen Informell und Formell: Ehemals informell Engagierte im städtischen Raum sind hier zu ernst zu nehmenden, formellen Akteuren der Stadt geworden. Das Gespräch zeigt die Veränderung und Entwicklung einer ehemals lose organisierten Gruppe Jugendlicher auf und beschreibt die Hürden, Probleme aber auch Möglichkeiten und Lösungsansätze informeller Nutzungen.

Involvement is high on the agenda in Germany. On the part of politics there is the aim to promote and support involvement. But fields of tension and unsolved problems exist between involved persons, politics and administration. This is so because people decide themselves whether, when, where and how they engage themselves. This leads to conflicts of interest and to the fact that involvement does not always take place where it is most urgently needed. Involved persons do not always live easily and report a jungle of legislation, long phases of approval and the related feeling of individuals that they cannot cope. Hence administrative supporters and new ways of simplification are required. The interview with Jens Werner, the founding member and chief executive of the association "all eins e.V." in Berlin concerns the development of the Mellowpark in Berlin and the split between the informal and the formal: previously informally involved persons in the urban area have become formal actors in the city who have to be taken seriously. The discussion indicates the change and development of a formerly loosely organised group of young persons and describes the obstacles, problems, but also the opportunities and approaches to solutions of informal uses.

Wolfgang Kil:

Bleiberecht zum Höchstgebot?

Right to stay at the highest offer?

Es gab einmal eine Zeit, da galten Zwischennutzer als unsichere Kantonisten. Doch dank der Schrumpfungsbewegungen der letzten Jahre will die einstigen Schmutzdelinquenten heute niemand mehr missen. Nicht bloß Gegenstand hoffnungsfroher Forschung sind sie geworden, vielerorts auch Adressaten großzügiger Förderung. Nun aber drohen sie ihren eigenen Erfolgen zum Opfer zu fallen: Ob in Plagwitz in Leipzig oder Glaucha in Halle – in manchen ostdeutschen Großstädten erleben beklagte Problemviertel neue Nachfrage. „Zwischennutzung“ war als Werkzeug zur Imageverbesserung offenbar erfolgreich. In lange Zeit leerstehende Häuser wird wieder investiert, so manche lassen sich inzwischen wieder vermieten. Doch die kreativen Raumpioniere mit ihren Phantasiepotenzialen bleiben bei dieser Entwicklung auf der Strecke. Ihr „anderer Blick“ auf die vielversprechenden Freiräume einer Stadt geht verloren, wenn sich alles nur noch um renditesichere Immobilien dreht.

Once upon a time, interim users were considered to be fly-by-nights. But thanks to the debates about shrinkage of the recent years, nobody would like to miss the formerly marginalised users anymore today. They have not only become the object of hopeful research and in many places the addressees of generous support. Now, however, they are in danger of becoming the victims of their own success: whether in Plagwitz in Leipzig or in Glaucha in Halle – in some large East German cities lamented problematic urban districts are experiencing a new demand.

“Temporary use” as a tool of image improvement was apparently successful. Investment in buildings which were vacant for a long time is taking place again; some of them can meanwhile be rented again. But the creative spatial pioneers with their potential of phantasy fall by the wayside in this development. Their “different view” of the promising open spaces of a city is lost if everything only concerns real estate with secure profitability.

Juliane von Hagen

Informelles und Experimentelles als Vorreiter neuer Entwicklungen?

Urbane Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten

Informal and experimental structures as pioneers of new developments?

Urban community gardens in German cities

Informelle urbane Strukturen sind nicht nur Phänomene ferner Metropolen. Sie sind auch in deutschen Städten zu finden, an Orten, an denen kreative Stadtbewohner mit viel Engagement und Experimentiergeist Freiräume in Nutzgärten verwandeln. Wer aufmerksam durch Städte läuft, stolpert immer öfter über urbane Gemeinschaftsgärten, deren Erscheinungsbild unsere Sehgewohnheiten herausfordert. Wie offene Werkstätten locken sie unterschiedliche Menschen an, um gemeinschaftlich zu arbeiten, Gemüse und Obst anzubauen und sich auszutauschen. Noch wird bei der Entwicklung und Entstehung der Garten-

Informal urban structures are not only phenomena of distant metropolises. They can also be found in German cities, in places in which creative urban dwellers turn open spaces into kitchen gardens with commitment and experimental spirit. Persons who walk through the city attentively frequently stumble across urban community gardens, whose appearance challenges our viewing habits. Like open workshops they attract different people who wish to work together, grow vegetables and fruit, and communicate. There is still much experimentation in the development and emergence of the garden projects – on

projekte viel experimentiert – auf bürgerschaftlicher und auf kommunaler Seite. Da Experimente probate Wege auf der Suche nach Lösungen sind, sollte dieser Prozess mit Offenheit beobachtet werden. Danach ist zu diskutieren, welche Rahmenbedingungen Gemeinschaftsgärten bedürfen, um auch langfristig zu „Draußen-Stadtteilzentren“ in Quartieren zu werden.

the civic and on the municipal side. Since experiments are tried and tested ways in the search for solutions, this process should be observed with openness. Then it should be discussed which basic conditions community gardens need to become „urban district centres outside“ in the urban neighbourhoods also in the long term.

Klaus Overmeyer, Lisa Buttenberg:

Raumunternehmen zwischen informeller Aktivierung und formeller Planung

Spatial ventures between informal activation and formal planning

Der Beitrag skizziert eine neue Spezies von Projektentwicklern: Raumunternehmen. Als Raumunternehmer sind häufig Laien der Stadt- und Immobilienentwicklung aktiv, die ausgehend von Raumexperimenten langfristige Projektperspektiven und dementsprechend tragfähige Entwicklungs- und Finanzierungsstrategien entwickeln. Dabei zeigen sie neue Wege der Projekt- und Raumentwicklung auf und geben einen Ausblick auf die Möglichkeiten einer ko-produktiven Stadtentwicklung.

The article outlines a new species of project developers: spatial ventures. Frequently laypersons of urban and real estate development are active as spatial entrepreneurs, who develop long-term project perspectives and correspondingly sustainable development and financing strategies on the basis of spatial experiments. In doing so, they indicate new ways of project and spatial development and give an outlook on the possibilities of a co-productive urban development.

Die Autoren stellen das Phänomen Raumunternehmen vor und diskutieren die Tragweite dieser nutzergetragenen Stadtentwicklung. Liegt in der Praxis der Raumentwicklung durch Raumunternehmen ein Modell, dass Paradigmen von Stadtentwicklung in Frage stellt? Welche Entwicklungstypen ergeben sich, wenn Städtebau und Pioniere, die bleiben wollen, aufeinandertreffen? Welche Handlungsfelder kristallisieren sich mit Blick auf ein neues Planungsverständnis für Stadtentwicklung durch Raumunternehmen heraus?

The authors present the phenomenon spatial venture and discuss the implications of this user-based urban development. Does the practice of spatial development through spatial ventures constitute a model that puts the paradigms of urban development into question? Which types of development result when urban development and pioneers who wish to stay face each other? Which fields of action emerge with regard to a new planning conception for urban development through spatial ventures?

Andrea Benze:

Informelle Raumtaktiken in der Stadtregion

Informal spatial tactics in the city region

Der Beitrag beschreibt die Potenziale informeller Raumpraktiken von Akteuren in der klein- und mittelstädtisch geprägten Stadtregion Bitterfeld-Wolfen. In dieser Region ist das soziale und kulturelle Leben sehr stark durch die Aktivitäten lokaler Vereine geprägt. Ihre Raumtaktiken, das heißt, die Art in welcher Vereinsorte entstehen und wie sie organisiert und betrieben werden, wird detailliert und qualitativ erforscht. Die Untersuchung zeigt, dass Vereine über ihre Aktivitäten wichtige Hinweise für die zukünftige Entwicklung der Region geben und durch ihre Aktivitäten Orte innerhalb der Region qualifizieren. Hierbei agieren Vereine teilweise parallel zur öffentlichen Planung und teilweise konträr zu ihr. Für eine nachhaltige Entwicklung der Region müssen Formate gefunden werden, diesen Schatz an lokalen Expertisen für die Planung zugänglich zu machen.

In the article the potentials of informal spatial practices of actors in the city region of Bitterfeld-Wolfen with small and middle-sized urban features are analysed. In this region the social and cultural life is very strongly characterised by the activity of local associations. Their spatial tactics, i.e. the way in which places of associations develop and how they are organised and operate is investigated in detail and in qualitative terms. It is found that associations provide important evidence for the future development of the region with their activities and qualify places in the region through their activities. In this context, associations partly act parallel to public planning and partly contrary to it. For a sustainable development of the region it is necessary to find formats which make this treasure of local expertise available to planning.

Stephan Willinger:

Governance des Informellen. Planungstheoretische Überlegungen

Governance of the informal. Considerations of planning theory

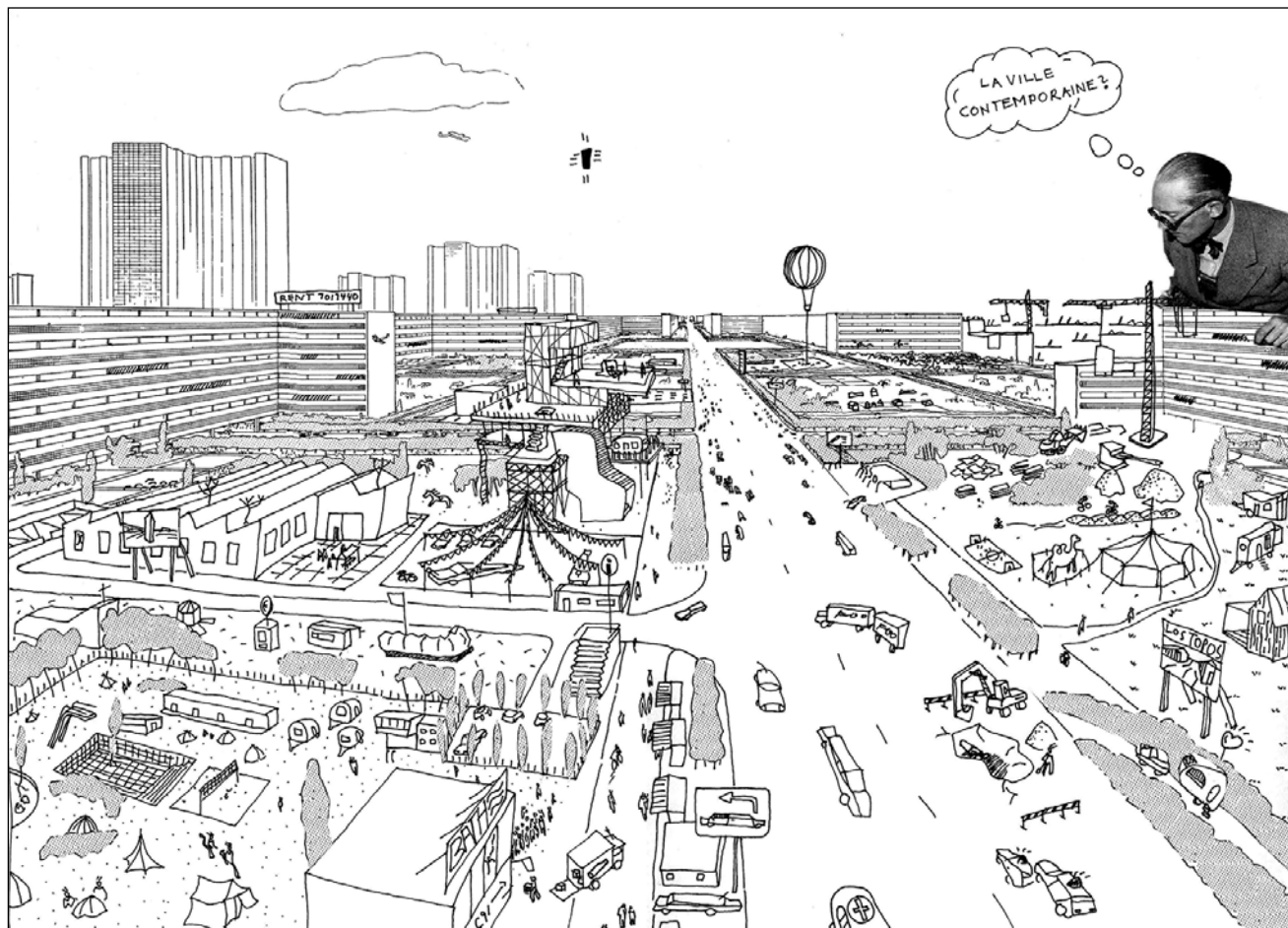
Wenn man heute über das Informelle in der Stadtentwicklung nachdenkt, dann löst man sich zwangsläufig von Bildern der Steuerung und des Ordnens. Ein solcher Schritt kann sich nicht in einer Vervielfachung von „Bürgerbeteiligung“ erschöpfen, wie sie momentan in vielen Städten verfolgt wird. Das Informelle in deutschen Städten nur in Form von bunten Gemüsebeeten aufzugreifen, wäre ebenfalls naiv. All dies beließe die Verhältnisse beim Alten, während ein Informeller Urbanismus sie vom Kopf auf die Füße stellen müsste. Der Beitrag weitet die Betrachtung auf die vielfältigen Phänomene aus, die sich zwischen der informellen Nutzung öffentlicher Räume durch Trendsportler und den nachhaltigen Aktivitäten von Bürgerstiftungen heute vielerorts auftun. So gelangt man zu Hoffnungsträgern zukünftiger Stadtentwicklung, begibt sich aber mit ihnen in ein durchaus konfliktträchtiges Feld, dessen Stärkung man strategisch ver-

Thinking about the informal in urban development today, one inevitably departs from images of hierarchy and order. Such a step cannot be reached by a multiplication of "citizen participation", as it is practised in many cities at the moment. To take up the informal in German cities only in the form of colourful vegetable beds would be naïve as well. All this would leave the conditions as they were, while informal urbanism would have to turn them from top to bottom. The article extends the consideration to the varied phenomena of civic engagement emerging between the informal use of public space by trendy sports and the activities of civic foundations in many places today. Thus one reaches the hopes of future urban development, entering a field that is absolutely prone to conflict and that should be strengthened strategically. This can hardly be ordered and controlled, but must necessarily be integrated into the

folgen sollte, das auch kaum noch geordnet und gesteuert werden kann, das aber dann notwendigerweise auch in die stadtplanerischen Prozesse von Abwägung und demokratischer Legitimierung eingebunden werden muss. So skizziert der Beitrag ein Modell von Stadtentwicklung, das Spielräume für zivilgesellschaftliche Selbstorganisation erhöht und sie gleichzeitig in Governance-Strukturen einbettet.

urban planning processes of weighting and democratic legitimation. Thus the article outlines a model of urban development which increases the scopes for the self-organisation of civil society simultaneously embedding it in governance structures.

Zur Bedeutung des Informellen in der Stadtentwicklung



Quelle: Oswalt, P., Overmeyer, K., Misselwitz, P. (2013) Urban Catalyst – Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Dom Publishers, Berlin.

Mit einem gewissen Erstaunen nimmt Le Corbusier, ein Heros der Moderne, die Vielfalt des Informellen wahr, die seine planerische Vision mit Leben füllt. Hat die Stadtplanung des 20. Jahrhunderts diese Realitäten weitgehend ignoriert, so werden Bottom-up-Initiativen in den letzten Jahren immer stärker thematisiert. Ihren derzeitigen und potenziellen Beitrag zur Stadtentwicklung diskutieren in einem interdisziplinären Gespräch Ulf Matthiesen, der am Institut für Regionalentwicklung und Strukturforchung und an der Berliner Humboldt-Universität lange über Raumpioniere geforscht hat, Philipp Misselwitz, Mitbegründer von Urban Catalyst und Inhaber des Lehrstuhls für Internationalen Urbanismus an der Technischen Universität Berlin mit Robert Kaltenbrunner und Stephan Willinger vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, die aus der Sicht des Bundes und auf der Grundlage verschiedener Forschungsprojekte zur Relevanz des Informellen Stellung nehmen.

Stephan Willinger:

Ich möchte gerne einleitend mit Ihnen über die Relevanz des Themas sprechen. Das vorliegende IzR-Heft handelt ja von einem theoretischen Konstrukt, das wir „Informellen Urbanismus“ nennen. Damit behaupten wir zugleich, dass es sich um etwas nicht ganz Unwichtiges handelt, dass wir hier Veränderungen beobachten, die sich

auf unser Verständnis von Stadt und Stadtentwicklung auswirken.

Wenn man sich einmal das Raumbild der Europäischen Stadt vorstellt, hat sich dann in den letzten zehn Jahren vielleicht etwas verschoben? Würde das Raumbild der Europäischen Stadt heute anders aussehen als in

Prof. Dr. Ulf Matthiesen
Humboldt-Universität Berlin
E-Mail: ulf.matthiesen@t-online.de

Prof. Dr. Philipp Misselwitz
Technische Universität Berlin
E-Mail: misselwitz@tu-berlin.de

Dr. Robert Kaltenbrunner
Stephan Willinger
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
E-Mail: robert.kaltenbrunner@bbr.bund.de
stephan.willinger@bbr.bund.de

der Charta von Leipzig von 2007? Oder stehen im Hintergrund all unserer Bemühungen immer noch gemischt genutzte Städte, Städte der kurzen Wege und geschlossene städtebauliche Strukturen? Und das ganze Informelle, all das, was wir heute besprechen möchten, krabbelt darin herum?

Philipp Misselwitz:

Zunächst müssten wir vielleicht definieren was wir unter Informalität im Kontext der Europäischen Stadt verstehen. Es geht ja weniger um Elendsviertel, informelle Ökonomien oder Verkehrsströme, wie wir sie mit den Städten des globalen Südens in Verbindung bringen. Informalität (oder besser Informalisierung) in deutschen Städten könnte man an einer Tendenz zur Deregulierung von Planung und an strukturellen Verschiebungen in Governance-Prozessen festmachen. Das klassische Dreieck mit definierter Rollenverteilung von Stadt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft löst sich zunehmend auf. Stadt wird heute in sich ständig wechselnden komplexen Konstellationen von Akteuren verhandelt. Volksabstimmungen und Proteste bringend bei wichtigen strategischen Projekten wie Tempelhof oder Stuttgart 21 die langfristig angelegten, klar formalisierten Planungsprozesse durcheinander. Der entstehende Verhandlungsraum lässt sich weder mit den Sicherheiten der klassischen „Top-Down“-Planung, noch durch das scheinbare Gegenteil des „Bottom-Up“ charakterisieren. Verhandlungsprozesse lassen sich eben nur begrenzt formalisieren und kontrollieren.

Es drängen neue, vorher weniger einflussreiche Akteure in diesen Verhandlungsraum hinein, die eigene Ansprüche, Erwartungen und Raumanerkennungskulturen mitbringen. Beispielhaft hierfür sind die kreativen Zwischennutzer oder Raumpioniere, die ja auch oft im Kontext der „Informalisierung“ diskutiert werden. Städte ignorieren diese Akteure nicht länger, sondern entdecken ihre Potenziale für Image, Ökonomie, urbane Vielfalt. Es zeigt sich, dass eine vielfältige Stadt nicht nur durch die Regulierung von baulicher Dichte oder Nutzungsmischung erreicht werden kann wie in der Leipziger Charta gefordert. Eine Stadt kann nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn sie gleichzeitig auch offen bleibt für lokale Aneignungsprozesse, Experimente und Teilhabe, bezahlbar und sozial heterogen. Diese

Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren eingestellt und beginnt, die Planungskultur zu verändern.

Ulf Matthiesen:

Ich würde ebenfalls sagen, dass es einen markanten Bedeutungszuwachs des Informellen gibt. Neue informelle Akteure werden erkennbar, die sich auch öffentlich sehr gut in Szene setzen können. Allerdings ist auch das nicht ganz ohne Vorgeschichte.

Die partizipativen Ansätze oder planerische Milieuansätze seit den 1970er Jahren hatten durchaus Ähnliches im Blick. Informelle Akteursnetze, die sich in die Stadtentwicklung einmischen, die IBA-Prozesse in Kreuzberg in den 1980er Jahren, all das sind wichtige Vorläufer etwa der heutigen Raumpioniere und Urban Pioneers.

Stephan Willinger:

..., die dieses Feld schon vor 30 Jahren bereitet haben. In klarem Widerspruch zum bis dahin Üblichen. Es gibt in dem Buch „Urban Catalyst“ ein sehr schönes Bild, auf dem Le Corbusier sich über die Darstellung der „Ville contemporaine“ beugt und zwischen den Hochhausscheiben tummeln sich plötzlich die Zwischennutzer, Marktstände und lokalen Ökonomien. So hatte er sich das sicher nicht vorgestellt, er schaut etwas skeptisch. Aber es stellt doch die ganz reale Weiterentwicklung seines modernen Stadtmodells dar. So ist das Alltagsleben in der realen Europäischen Stadt ... und das führt zum Abschied vom Gottvater-Modell des Planers.

Vorläufer im Rückspiegel

Philipp Misselwitz:

Aus globaler Perspektive betrachtet hat sich schon in den 1970er Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass der *Informelle Urbanismus* der dominierende Modus der Stadtentwicklung ist und dass die formelle Planung westlicher Prägung zwar eine Rolle spielt, aber insgesamt viel zu träge ist, um zufriedenstellende Antworten auf die Herausforderungen der weltweiten Turbo-Urbanisierung zu finden. Die Städter der Metropolen des globalen Südens bauen selber, günstiger, ihren Ressourcen angepasster oder sie organisieren ihre Mobilität.

Zwar muss man bei einem Vergleich und bei Übertragungsversuchen auf den deutschen Kontext immer sehr vorsichtig sein, aber alleine aus der Blase der Europäischen Stadt lassen sich diese Dinge nicht erklären. Wir müssen uns fragen, warum Informalität bei uns solange negativ konnotiert war. Wie Herr Matthiesen sagt, hilft auch immer eine historische Perspektive. Ich möchte sogar noch weiter zurückgehen: Seit ihrer Entstehung leben Städte vom Spannungsverhältnis zwischen Regulierung und Laissez-faire, Formalität und Informalität. Doch in der Moderne wurde aus Dialektik und aus dem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis ein Dualismus bei dem formal fortan positiv und informal negativ konnotiert wurde. Stadtplanung und Stadtmanagement sind im 19. Jahrhundert in diesem Geist entwickelt worden. Klare Regeln und Steuerungsmechanismen wurden definiert, um das städtische Elend der hochverdichteten industriellen Stadt des Laissez-faire-Kapitalismus durch neue geplante Städte zu ersetzen. Plötzlich gab es nur noch „Top-Down“. Informelle Barackensiedlungen am Stadtrand waren Teil der Stadt, aber nicht mehr Teil des Diskurses über Stadt. In Folge der Weltwirtschaftskrise blühten Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre Praktiken des wilden Siedelns und des Selberbauens auf. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in den zerbombten Städten Europas Notbehausungen und Lebensmittelanbau zur Subsistenzversorgung. Kleingärten waren Überlebensoasen.

Es gab natürlich auch immer Denkansätze, die sich der Orthodoxie der offiziellen Planung widersetzt haben. Krisen der Planung wirkten da immer als Katalysatoren. In der Zeit der Wirtschaftskrise in den späten 1920er Jahren beispielsweise fingen Architekten an, mit wachsenden Häusern und Kooperationsprozessen zwischen Architekten und Nutzern zu experimentieren.

Im Forschungsprojekt Urban Catalyst haben wir uns auch einer historischen Aufarbeitung dieser offenen Planungsansätze gewidmet, die sich der Unsicherheit und Ungewissheit öffnen und Planen und Bauen als Prozess verstehen, in dem viele Akteure unterschiedlichste Entscheidungen treffen.

Ulf Matthiesen:

Insofern sollten wir stärker zwischen der Realebene, der Diskursebene und den Planungsparadigmen unterscheiden. Denn im realen Leben der Städte hat es natürlich immer ein Zusammenspiel informeller Akteure und formeller Institutionen gegeben: Das geht ja gar nicht anders. Seit den frühesten sumerischen Stadtgründungen gilt das. Aber auf der Ebene der Planungsparadigmen wurde das informelle Gewusel irgendwann einmal konsequent ausgeschaltet. Auch die Kompetenzen des Informellen und seiner Akteure wurden damit abgeschnitten. Und all das wird jetzt langsam wieder neugierig in den Blick genommen. Ein Grund dafür: Es gibt zunehmend Probleme, mit denen das herkömmliche Professionswissen der Planer und Städtebauer große Probleme hat, etwa neue Disparitäten. Wie geht man damit um, wenn disparate Dynamiken und Polarisierungen systemisch in die Ökonomien und die ihr folgende Stadtentwicklung eingelassen sind? Davon weiß die Profession wenig. Daher werden Probierphasen und experimentelle Ansätze und ihre Informalitätsrhythmen immer wichtiger.

Philipp Misselwitz:

Wir müssen das Thema im Zusammenhang mit der Krise der klassischen Planungswerkzeuge sehen. Planung war in den 1990er Jahren mit großen Veränderungen und politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert und fand darauf zunächst wenig plausible Antworten. Das Berliner Planwerk Innenstadt ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die Planung sich verzweifelt an traditionelle Sicherheiten und Leitbilder zu klammern schien, sich aber immer mehr von den realen Bedingungen in der Stadt verabschiedete. Es entstanden Leerstand und Stagnation. Diese nutzten wiederum Zwischennutzer geschickt für ihre Experimente aus. Planung und lokale Aneignungspraktiken existierten sozusagen in parallelen Universen. Es gab lange keine verbindende Sprache, mit der Planer, Verwaltungsbeamte und Zwischennutzer miteinander kommunizieren konnten. Seitdem läuft ein Prozess der langsamen und vorsichtigen Öffnung. Und es beginnt seitens der Verwaltung und der Planer ein Lernen von diesen anderen Formen, eine Akzeptanz, dass es vielleicht auch weichere Formen in der Stadt gibt.

Robert Kaltenbrunner:

Man kann vielleicht sagen, dass der Umgang mit Informalität in der Planung jetzt neu ist. Eine Wirkung auf die geltenden Raumbilder hat das aber kaum. Und zwar möglicherweise noch nicht mal im globalen Süden. Hier wie dort haben Politik und Verwaltung vor allem Bilder im Kopf, die Wert auf Formalität legen. Das mag dort mehr vom Wissen gesättigt sein, dass vieles eher informell ist und sich 80 % der Stadt der Kontrolle entziehen. Die Wertschätzung gilt aber den anderen 20 %!

Philipp Misselwitz:

Das trifft sicher für viele Städte des globalen Südens zu und wir im globalen Norden haben einen großen Anteil daran. Bis in die 1970er Jahre war es ja quasi eine Grundannahme der Entwicklungszusammenarbeit, dass man die großen Probleme der Armut und der Ungerechtigkeit in der Welt durch einen eins zu eins-Export der Erfahrungen aus dem globalen Norden lösen könne. Man dachte, dass, wenn man dieselben Verwaltungsstrukturen aufbaut, in die Kompetenzen des Staates investiert und staatliche Programme auflegt, sich das schon irgendwie regeln lässt. Aber schon in den 1970er Jahren war dann vollkommen klar, dass dieser Ansatz gescheitert ist – interessanterweise genau zu dem Zeitpunkt als auch die westlich liberalen Wohlfahrtsstaaten des Nordens mit ihren Planungssystemen in Krisen gerieten, als es Protestkulturen gab und Forderungen nach Partizipation usw. Seit den 1970er Jahren konnte man im globalen Süden das Phänomen der informellen Expansion der Städte nicht mehr leugnen. Man begann dann, die Entwicklung von unten zu unterstützen, in zivilgesellschaftliche Strukturen zu investieren, in Armutsbekämpfungsprogramme. Dieser Paradigmenwandel hin zu einer Entwicklung von unten war grundlegend für viele Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit bis in die 1980er Jahre. Vielleicht sind diese Phasen in gewisser Weise vergleichbar: die Kriminalisierung und das Leugnen von Informalität, dann eine Öffnung und ein komplexeres Verständnis, später eine Erforschung der Strukturen von Informalität und schließlich der Versuch, diese irgendwie strategisch einzubinden (vgl. hierzu auch den Beitrag von Appelhaus in diesem Heft).

What's the Definition?

Zum Begriffsverständnis

Stephan Willinger:

Vielleicht kommen wir an dieser Stelle doch noch einmal auf den Begriff des Informellen zu sprechen. Wie wollen wir ihn im IzR-Heft verstehen? Wir möchten uns von dem oft unterstellten Gegensatz legal – illegal, formell – informell distanzieren und den Blick auf die Überschneidungen dieser Bereiche richten. Deshalb geht es in meiner Sicht auch nicht um ganz getrennte Bereiche, die nichts miteinander zu tun haben. Sondern um Aktivitäten, die aus dem Alltagsleben einer Stadt entstehen, aus den Wünschen und Handlungsmöglichkeiten von Bewohnern und sozialen Gruppen. Das liegt also abseits der staatlichen Akteure, im toten Winkel von Plänen und Programmen. Sich mit diesem Feld auseinanderzusetzen ist für mitteleuropäische Planungskulturen nicht völlig neu, das haben wir festgestellt, aber es kommt in dem heutigen Umfang schon einem Paradigmenwechsel gleich.

Ich sehe Informalität in der Stadt nicht als Forschungsgegenstand, den ich definitiv abgrenzen muss. Sondern eher als eine Sichtweise auf die Stadt, bei der man sich weniger das Strukturierte ansieht, sondern auf das Lebendige oder sich Entwickelnde schaut. In den Beiträgen zum Heft werden die unterschiedlichsten Phänomene dieses Lebendigen behandelt, von ganz lockeren Verbänden bis hin zu stabilen Akteursformationen. Sie alle sind in gewisser Weise bereits formalisiert, sind aus ganz praktischen Bedürfnissen heraus entstanden und entwickeln nun Taktiken, mit denen sie sich Räume aneignen. Sind Sie mit diesem weiten Verständnis einverstanden? Oder würden Sie den Begriff anders schärfen?

Philipp Misselwitz:

Ich finde es auf jeden Fall gut und wichtig, den Begriff so weit zu fassen. Denn Informalität ist immer sehr kontextspezifisch, zeitspezifisch, ortsspezifisch. Was darunter zu verstehen ist und welche Bedeutung es hat, das war in den 1990er Jahren oder Anfang der 2000er ganz anders als jetzt. Die Themen, die Debatten wandeln sich. Hierfür ist wiederum Berlin ein sehr gutes Beispiel. In den 1990er Jahren waren viele Zwischennutzungen vor allem kreative Experimente, das Ausprobieren von Ideen,

zumeist ohne politischen Anspruch. Heute ist die Debatte um offene Räume viel politischer geworden. Als Gewinnerin der Wirtschafts- und Bankenkrise erlebt die Stadt einen Kapitalzufluss, der den Druck auf den Wohnungs- und Immobilienmarkt verstärkt. Die Stadtbevölkerung wächst wieder. Die noch in den 1990er Jahren scheinbar endlosen Raumressourcen und Freiräume schwinden rasant. Heute würde man Informalität weniger mit dem sehr spezifischen Phänomen der Zwischennutzung in Zusammenhang bringen und eher als fragen: Welche Stadt wollen wir? Wer soll Zugang zu Ressourcen der Stadt erhalten? Wer entscheidet? Wie können kleine, finanziell weniger starke Akteure aktiv an der Stadtgestaltung teilhaben, um soziale Polarisierungen, die sich bereits abzeichnen, zu vermeiden oder zumindest abzufedern.

Ulf Matthiesen:

Das verstärkte Nachdenken über die Spezifik und „Eigenlogik der Städte“, verhindert, dass man weiter generalisierend über Stadt im Allgemeinen redet. Es zwingt uns dazu, analytisch über diese besondere Stadt zu reden. Was ist deren internes Strukturierungsgesetz? Ich glaube man kann diese Idee der Eigenlogik der Städte ganz gut verbinden mit dem Gedanken eines Informellen Urbanismus. Das würde dann nämlich bedeuten, dass Städte jeweils sehr unterschiedlich formelle und informelle Strukturen koppeln. In Berlin sieht das ganz anders aus, als in Marseille, in London merklich anders als in Athen. Wir finden in allen diesen Fällen also vollkommen unterschiedliche Kopplungskulturen der Informalität in die formellen Strukturen hinein. Hieraus ergibt sich sowohl für die Stadtpolitik wie auch für die urbanistische Analyse eine ganz neue spannende Aufgabe. Es gilt, herauszufinden, was die Kopplungsgrammatik von Informalität und Formalität dieser speziellen Stadt ist; nicht mehr generell der kapitalistischen oder postfordistischen Stadt, sondern dieser speziellen Stadt. Wie tickt sie. Und es taucht wieder verschärft die Frage nach Stadttypen auf, weil die Probleme sehr unterschiedlich sein können. Nicht zuletzt inszenieren sich Städte selbst unter der Rahmenbedingung verschärfter Konkurrenzen als individualisierte Ganzheit mit eigener Identität, die sie über entsprechende brands in Szene setzen und ausflaggen.

Stephan Willinger:

Die Stadtforschung in diesem Feld würde dann nicht nur Städte in Notlagen betreffen, so wie es bei Shrinking Cities angefangen hat. Damals war die Frage: „Was machen wir denn mit dem Raum? Das ist ja furchtbar, dass der so leer ist.“ Vor dem Hintergrund einer Eigenlogik-Sichtweise könnte man das auch auf München übertragen und man würde dann sehen, wie in einem Neubaugebiet wie Freiham die Bau- und Freiflächen mit Aktionen von Raumlabor und urbanem Gärtnern temporär genutzt und so die Gründung eines lebendigen Quartiers vorbereitet wird. Informeller Urbanismus spielt also in den verschiedenen Stadttypen eine ganz unterschiedliche Rolle, übernimmt verschiedene Aufgaben.

Ulf Matthiesen:

Das heißt dann auch: Informeller Urbanismus könnte zu einem wichtigen Attraktor werden, dann nämlich, wenn Städte nicht nur behaupten sondern zeigen können: „Hier haben informelle Prozesse, Akteure und Netzwerke eine größere Chance als in der Nachbarstadt“.

Robert Kaltenbrunner:

Das finde ich jetzt interessant, wenn man beginnt, das Informelle als strategisches Element im Stadtmarketing zu benutzen. Das ist ja dann eigentlich wieder eine Formalisierung. Mir gefällt Informeller Urbanismus im Moment als eine Art Oberbegriff, der aber meines Erachtens etwas Behelfsmäßiges hat. Denn im realen Leben war das ja immer vorhanden. Völlig undenkbar, dass es das nicht gibt. Nicht allerdings in den Paradigmen der Fachwelt. Und das wäre nun Kennzeichen eines lernenden Systems, zu dem hoffentlich auch die Stadtplanung dazu gehört: Dass man jetzt von Raumpionieren, Zwischennutzern, Urban Gardening lernt, mit dem Ziel, den Umgang mit Stadt zu verbessern (und dann ist es letztlich auch wieder eine Formalisierung.) Im Prinzip ist das auch eine Form des Einverleibens. Das Formelle sieht hinterher anders aus. Es braucht aber auch parallel das Wissen darum, dass es daneben immer eine andere Wirklichkeit gibt, die das Informelle beinhaltet.

Akteure, Governance...

Stephan Willinger:

Die zunehmende Aufmerksamkeit und die Öffnung der Diskurse hin zum Informellen stellt also eine Herausforderung an die Praxis dar. Wie kann Planung und Stadtentwicklung insgesamt informelle Aktivitäten begreifen – und die Potenziale nutzen, die sich daraus ergeben?

Robert Kaltenbrunner:

Zunächst wäre das wohl auch eine Überforderung. Andererseits haben aber Planer schon in den 1990er Jahren damit begonnen, eine Welt jenseits von Flächennutzungsplanung oder Bauleitplanung zu entwickeln. Seit damals gibt es Stadtteilentwicklungspläne oder andere Formate, die mehr zugelassen haben, die weniger stark kodifiziert waren, und die einen Versuch darstellten, das Informelle irgendwie einzufangen. Das war auch eine Anerkennung dessen, dass sich in der Gesellschaft etwas verändert und dass man damit umgehen muss. Es mag völlig ungenügend gewesen sein, aber es ist auch ein deutliches Zeichen, dass sich auch die öffentlichen Einrichtungen schon ein Stück verändert haben.

Philipp Misselwitz:

Ich möchte noch einmal den Begriff der Governance aufgreifen, der sich ja vom Begriff Government (Regierung) als dem von oben nach unten Regieren absetzt. Governance beschreibt Prozesse des Aushandelns zwischen unterschiedlichsten Akteuren der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und staatlicher Instanzen. Wir könnten also von einer Art Informalisierung von Government reden. Dieser Wandlungsprozess produziert Chancen aber auch große Risiken. Denn im traditionellen Wohlfahrtsstaat besitzt zwar der Staat eine unheimliche Machtkonzentration, aber er hat ja auch die demokratische Legitimierung. In der Governance wird das unübersichtlicher. Die Stakeholder die heute in Public-Private-Partnerships eintreten und wichtige Entscheidungen im Stadtraum treffen, handeln zumeist ohne klares demokratisches Mandat. Es geht um Varianten eines informelleren Miteinander-Absprechens, eines Verhandeln von Interessen. Interessant daran ist, dass Stadtentwicklung dadurch flexibler wird, dass es zu innovativen Lösungen kommen kann, was viele Projekte wie etwa die Berliner Prin-

zessinnengärten zeigen. Kritisch muss man aber nicht nur das Defizit an Demokratie sehen. Wie weit befördert die Informalisierung der die Stadt betreffenden Entscheidungsprozesse die gut organisierten, starken Teile der Gesellschaft? Wer fällt hinten herunter?

Stephan Willinger:

In den Beiträgen zum IzR-Heft wird ja die Unterschiedlichkeit der beteiligten Akteure thematisiert. Wie schätzen Sie das ein? Sind informelle Aktivitäten stark durch ein bürgerliches Milieu getragen? Oder ist es eine praktische Möglichkeit für ganz viele Akteure, bei Stadtentwicklung mitzumischen. In den Berliner Prinzessinnengärten treffe ich morgens türkische Frauen, die Gemüse pflanzen und ernten, tagsüber dominiert eher das lokale Quartiersleben und abends sind die Touristen und die Szene da.

Ulf Matthiesen:

Ja, das ist in der Tat hoch spannend, wie hier ganz unterschiedliche Milieus eingebunden werden in dieses pionierartig sich entfaltende Raumproduktionsnetz. Das ist sicher eine große Qualität der Prinzessinnengärten. Da schwingt auch etwas mit, das für Städte insgesamt spannend werden könnte. Eine Art neuer engagierter Amateurismus. Die Prinzessinnengärtner behaupten ja zunächst medial und theatralisch: Wir wissen erstmal nix. Wir sind keine professionellen Planer. Wir gehen neugierig auf die Sache zu und lernen selber dabei. Das zieht sibirische Midlife-Crisis-Damen aus der Nachbarschaft an, die Ihnen dann zeigen, wie man bei Frost in der Stadt Kohl kultiviert. Das eingeräumte Nichtwissen und die Neugierde, die daraus folgt, beides ist für diese Raumpioniermilieus, glaube ich, ein ganz entscheidender Treibsatz. Er passt wiederum hervorragend zu der neuen Lage einiger schwieriger Stadträume, für die niemand genau weiß, was hier überhaupt gut funktioniert. Raumpioniere als lebende Wünschelruten also, die sondieren, was hier geht und was nicht! Auf der anderen Seite muss man natürlich auch aufpassen, dass man das Informelle nicht zu stark anhimmelt oder gar moralisiert. Das zivilgesellschaftlich Kreative ist nicht per se das Gute. Aber es hat eine Chance, in schwierigen Räumen Potentiale heraus zu kitzeln, die durch die traditionellen Planungs- und Entwicklungsansätze hindurchraschen.

Stephan Willinger:

Und zwar mit Akteuren aus ganz unterschiedlichen Szenen. Das sieht man an dem Text von Frau Benze sehr gut. In Bitterfeld ist es nicht die kreative Kulturszene, sondern der Bogenschützenverein oder Briefmarkensammler...

Ulf Matthiesen:

Den Beitrag mit den Vereinen finde ich sehr spannend. Nebenher zeigt er auch, dass es gar nicht immer sensationelle oder avantgardistische Vereinigungen sein müssen, die Achtung-erheischende und zukunftsfähige raumproduzierende Effekte haben. Im Gefolge unserer Raumpionier-Studien haben wir begriffen, wie groß die Spanne dabei ist. Sie geht locker von A über D bis Z, also etwa von rückgekehrten Mitgliedern ostelbischer Adelsfamilien über Designer in Kuhställen bis zur Zwischennutzungspraktikern. Und viele dieser teils auch wilderen, selbstorganisierten informellen Aktivitäten laufen immer noch an Stadtentwicklung und Planung glatt vorbei. Der Beitrag über die Vereine in Bitterfeld betrachtet mit Recht also gerade auch die Raumproduktion durch Gruppen der Zivilgesellschaft und analysiert deren Organisationsformen. Ein weiterer erhellender Punkt dabei: Planer, Architekten und Stadtforscher tun ja manchmal so, als wenn sie nur irgendwo kurz hin gucken müssten und dann könnten sie alle Strukturen und Optionen gestaltrichtig entziffern. Aber das muss man regelrecht erkunden, ergründen, ausgraben, weil wir als Alltags-Urbanisten zwar vieles über die informelle Stadt implizit wissen, aber in unseren Professionsdiskursen über Stadt und Stadtentwicklung haben wir es häufig nicht mehr explizit parat. Dieser Vereins-Text zeigt also sehr schön, dass längst nicht alles offen zutage liegt, was da an Produktionsformen von Stadt tatsächlich faktisch unterwegs ist. Und dass es nicht nur um die Kreativmilieus geht, sondern auch um ganz normale Akteure und ihre raumproduzierenden Effekte in den Städten.

Philipp Misselwitz:

Vielleicht ist es in Kontexten wie Bitterfeld leichter, diese Form der gemeinwohlorientierten Nutzung wahrzunehmen. In Berlin wird vor allem die Kreativindustrie wahrgenommen und dann von der Stadt gefördert, während andere Dinge doch sehr schnell unter den Tisch fallen. Das würde ich als

Gefahr sehen. Denn dabei vergisst man dann die vielen leiseren Initiativen in den städtischen Nachbarschaften, die es hier auch gibt. Diese sind auch Raumpioniere, die mit lokalem Bezug arbeiten und wirklich in ihre Quartiere investieren. Es gibt einen direkten Bezug zwischen Nutzern und Stadtraum. Das ist ein großes Potential.

Robert Kaltenbrunner:

Aber man kann doch nicht einfach unterstellen, dass es bei jeder dieser informellen Bewegungen gleich um etwas grundsätzlich Positives, um das Gemeinwohl geht. Auch dort herrschen zunächst einmal Gruppenegoismen, die ich zwar gut finde solange sie auf Defizite in der Verwirklichung des Gemeinwohls hinweisen. Aber ich glaube kaum, dass solche 1 zu 1-Umsetzungen richtig sind. Da kann man mit so Begriffen wie „nachbarschaftlichem Netzwerk“ oder „Vor-Ort-Sein“ zwar arbeiten, aber ich glaube es verkennt den Umstand, dass Stadt immer auch ein Wirtschaftsgefüge ist. Stadtplanung muss wildwüchsige Interessen von Wirtschaft und Industrie beschneiden, aber womöglich eben auch diejenigen der neuen Akteure. All das muss man in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander bringen.

Entwicklungspfade des Informellen

Ulf Matthiesen:

Die Kreativmilieus müssen sich hier auch weiter bewegen. Im kampagnenreichen Feld des städtischen Grüns etwa gibt es immer noch eine völlig absurde Spaltung zwischen den kreativen Urban Gardening-Netzwerken und den älteren Schreber- und Kleingartenkulturen. Beide irgendwie zwischen formell und informell angesiedelt, die einen vielleicht stärker formalisiert, obwohl sie auch schon sehr viel sanfter formalisieren und sozial durchmischter sind als früher einmal. Die Schrebergärtner könnten extrem viel von Medienprofis wie den Prinzessinnengärtnern lernen. Denn in der Regel kommen sie mit ihren Protesten gegen Bebauungspläne und Grundstücksverkäufe von städtischem Grün immer zu spät. Anders als die Urban Gardening-Netzwerke haben sie auch noch nicht gelernt, ihre Funktion in den größeren Rahmen der Stadtgestalt-Entwicklung einzubinden. Insofern machen sie immer zu spät Rabatt. Und ihnen fehlt der Anschluss an ei-

nen kreativen urbanistischen Diskurs. Das zeigt vielleicht schon: An vielen Ecken in diesen formell-informell-gemischten Lagern rund um das städtische Grün gibt es alle möglichen Optionen, um genauer und enger zusammen zu arbeiten. Aber bislang scheint auf beiden Seiten offensichtlich der Leidensdruck noch nicht groß genug. Da passiert gar nichts. Kleingärtner wie Urban Gardener begreifen nicht, dass sie nur gemeinsam eine Chance haben, das große Potential des städtischen Greening zu pflegen und zu einem Kernelement gerade des informellen Urbanismus weiterzuentwickeln.

Robert Kaltenbrunner:

Ja, also da treffen wir uns. Mir fehlt auch auf der informellen Seite das strategische Herangehen. Es hat mich verwundert, als vor einiger Zeit diese Art Selbstkritik innerhalb des Diskurses bei den Zwischennutzern auftauchte, dass sie nicht mehr Zwischen- sondern Endnutzer sind. Und das führte dann zu einer ideologischen Aufladung, die eigentlich unnütz ist. Auch bei der Hausbesetzerbewegung hat ja gezeigt, dass es immer auch ein egoistisches Kalkül gibt. Das macht die Projekte schlagkräftig. Und in gewisser Weise auch glaubwürdig. Aber irgendwann ist für die Akteure oder Protagonisten eigentlich das Ziel erreicht. Die Lebensumstände ändern sich und das Projekt verändert seinen Charakter. Ich sehe diese Nutzungen nicht als Aufruf zu einer permanenten Revolution, sondern eher als Aktion zu einem bestimmten Zeitpunkt, mit der bestimmte Ziele angestoßen und weiterverfolgt werden. Und wenn sie erreicht sind, endet das Projekt.

Philipp Misselwitz:

Es ist ein verfälschender Blick, diese Akteure nur als Spieler oder als Nomaden zu betrachten. Die Annahme, dass das Flüchtige von den Nutzern gewollt ist, stimmt oft so nicht. Wir dürfen nicht nachträglich eine Ideologie in die Zwischennutzungen hinein interpretieren, die es so vielleicht gar nicht gab. Für viele Nutzer bietet das Temporäre eine pragmatische, weil kostengünstige Chance etwas zu beginnen, eine Idee zu testen, ohne zu großes unternehmerisches Risiko. Wenn die Idee funktioniert ist es doch logisch, dass man die Nutzung weiterführen möchte und eine längerfristige Per-

spektive wünscht. Ich sehe das als eine sehr strategische Handlungsweise.

Stephan Willinger:

Wolfgang Kil thematisiert in seiner Kritik an Verstetigung und Eigentumsbildung sehr stark die Vorzüge des Ausprobierens und des Temporären. Jenseits davon, dass der einzelne Nutzer ein Interesse an Permanenz hat, könnte ja auch eine Stadt ein strategisches Interesse daran haben, solche experimentellen Räume zu erhalten. Möglicherweise immer wieder an anderen Stellen. Dann mag es zwar eine Verfestigung von Nutzungen geben, aber ebenso ein Erfordernis, dazwischen auch Möglichkeitsräume vorzusehen. Denn es ist gut für das Gemeinwesen Stadt, wenn es Orte gibt, an denen die Menschen etwas Ungewöhnliches ausprobieren können.

Ulf Matthiesen:

Das wird dann auch zur spannenden Frage. Wie produziert Stadt solche Optionenräume, wenn die bisherigen Räume inzwischen fast belegt sind oder zunehmend kommerziell bespielt werden? Wie schafft man Optionenräume, in denen experimentell ausgetestet wird, was für diese Stadt wichtig ist?

Stephan Willinger:

... und das nicht nur in Berlin, sondern auch in München, wo es so dicht und so teuer ist. Da gibt es kaum Nischen und Zwischenräume. Dort muss die Stadt mit viel Mühe und Geld versuchen, den Raum für ein kleines Kreativquartierchen freizukaufen.

Philipp Misselwitz:

Warum nicht? Doch gibt es viele klischeehafte Vorstellungen über Kreativquartiere, die mit den Bedürfnissen vieler Kreativer wenig zu tun haben. Nach dem Prinzip „mit Kanonen auf Spatzen schießen“ werden dann z. B. denkmalgeschützte Hallen teuer saniert und für tolle Kreativbüros umgebaut, während vielleicht vor Ort schon Leute da sind, die eigentlich nur etwas Planungssicherheit in Form von günstigen Mietverträgen brauchen. Die Rationalität der Verwaltung passt oft nicht mit der der Benutzer zusammen. Um wirklich dynamische Quartiere und Räume für Optionen zu schaffen, bedarf es auch eines Loslassens der Kontrollaufgabe. Das fällt der Verwaltung schwer. Sie muss ihrem Instinkt zu Ver-

regeln widerstehen und sich stattdessen auf tatsächliche Verhandlungen mit den Nutzern einlassen. Die Frage ist ja, wie sich Planung und Verwaltung verändern muss, um solche, oft für gut befundenen Entwicklungen noch stärker zu ermöglichen und dauerhaft zu sichern. Urban, kompakt, grün reicht allein nicht.

Demokratie und das Informelle

Robert Kaltenbrunner:

Da muss ich Einspruch erheben. Dass alles zum Aushandlungsprozess wird, damit habe ich Probleme. Wir kennen die eine Form von Akteuren, das sind die Vorstandsvorsitzenden oder sonst was, die sind es seit langem gewohnt und wissen auch sehr wohl ihre Interessen durchzusetzen. Jetzt kommt eine andere Entwicklung, die informellen Akteure. Soweit einverstanden. Aber daneben gibt es auch noch andere große Gruppen in der Bevölkerung, die im Prinzip nicht sprachfähig sind und sich auch nicht organisieren. Die würden doch bei so einem Prozess hintenüber fallen. Deswegen meine ich, dass sich das Gemeinwohl bei der Entwicklung von Stadt irgendwie anders ausdrücken muss und auch, dass Akteure, die gar nicht da sind, irgendwie mitbedacht werden müssen. Das würde bei diesem Aushandlungsprozess hintenüber fallen.

Stephan Willinger:

Ja, das wäre schwierig, wenn man nur auf diese weichen Aushandlungen setzte. Parallel gibt es ja weiterhin Planungsverfahren, und dort muss die Stadt versuchen, möglichst offen zu sein und die schweigende Mehrheit mit einzubeziehen. Beteiligt werden muss immer im Verfahren. Und die Ergebnisse werden im Sinne des Gemeinwohls abgewogen. Das schließt aber nicht aus, dass man als Stadt neben dem Vorstandsvorsitzenden nun auch immer mehr Gelegenheiten nutzt, mit engagierteren Bürgern ins Gespräch zu kommen. Man darf Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement nicht vermischen. Da sind ganz unterschiedliche Kommunikationsprozesse notwendig. Im einen Fall befragt man, im anderen verhandelt man auf Augenhöhe.

Ulf Matthiesen:

... und vielleicht ist es bald gar nicht mehr die Mehrheit, die schweigt. Es melden sich doch mittlerweile sehr viele Bürger zu Wort. Diese Initiativen finde ich enorm wichtig. Sie ergänzen die repräsentativen Demokratieformen, die weiterhin bestehen, weil man ja nicht nur auf die ‚Voice‘-Gruppen, also die lautesten Akteure achten sollte. Auch das hat die Vereins-Truppe, von der vorhin die Rede war, gezeigt.

Philipp Misselwitz:

Deshalb ist es wichtig, über mögliche Demokratiedefizite in der Stakeholder-Governance nachzudenken. In London experimentiert die konservative Regierung gerade mit einer neuen Form von Nachbarschaftsplanung, bei der Bürgerinitiativen von den lokalen Verwaltungen die Planungshoheit übernehmen können. Ein radikaler Rückzug des Staates im Sinne der konservativ-liberalen Vision einer starken Zivilgesellschaft. Da zeigt sich, dass auch diese Prozesse von unten sehr stark polarisierend wirken können. So hat sich zum Beispiel in Stanford Hill, einem zu 80 % jüdisch-orthodoxen Stadtteil, die jüdische Gemeinde die Nachbarschaftsplanung gekapert und möchte da ihre religiösen Sitten und Regeln wie das Autofahrverbot am Sabbat für das gesamte Quartier durchsetzen. Hat eine Bevölkerungsmehrheit in einem Quartier das Recht, Minderheiten ihren Lebensstil aufzuzwingen? Letztlich musste die Stadt einschreiten und den Planungsprozess stoppen.

Robert Kaltenbrunner:

Das sehe ich ähnlich. Gerade der Beitrag über Bitterfeld hat mir deutlich gemacht, dass unsere ganze Wahrnehmung auf das Neue geeicht ist. Wir sehen im Moment nur diese Zwischennutzer und das Urban Gardening, all diese Bewegungen, die so anders sind. Wir haben aber kein Bewusstsein dafür, was die längst etablierten Vereine tatsächlich alles machen und das hat mir das eigene Defizit von Wahrnehmung und Nachdenken vor Augen geführt.

Philipp Misselwitz:

Vielleicht bestand darin auch die besondere Rolle der Zwischennutzungs-Szene. Es entsteht eine neue Form der Nutzung, die bei mir ein Nachdenken bewirkt. Es wäre

gefährlich, jetzt stehen zu bleiben. Man muss den Denkprozess zu Ende führen und darf nicht an der Oberfläche bleiben.

Robert Kaltenbrunner:

Mir wäre es sympathisch, wenn wir uns in einem lernenden System befänden. Wenn wir nicht eine Entkoppelung hätten, und neben den formellen jetzt die informellen Instrumente hochjubeln.

Ulf Matthiesen:

Das finde ich auch ein schönes Verständnis. Mich hat immer dieses Instrumentenkasten-Modell, das für den Planer-Diskurs fast konstitutionell scheint, gefuchst. Es ist doch nicht so, dass der adäquate Hammer, Meißel und Bohrer für die Stadtentwicklung schon parat läge. Diese Metaphorik passt nicht. Tatsächlich sind es komplexere Lernprozesse, die wir initiieren müssen. Und das

hat mit vorhandenem Handwerkzeug überhaupt nichts zu tun. So wichtig andererseits für die Städte Handwerk, ‚craftmanship‘ in einem erweiterten Sinne – also einschließlich der neuen Medientechnologien – wieder wird.

Robert Kaltenbrunner:

Ich bin neulich auf ein schönes Stichwort gestoßen. Es ist ein Zitat des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich August von Hayek, der in seiner Nobelpreisrede auf das Bild vom Handwerker und vom Gärtner kam. Ich glaube, dass wir in Prozessen der Stadtentwicklung gut beraten sind, die Stadt wie ein Gärtner zu kultivieren. Also als etwas zu verstehen, das wächst. Das man zwar begleitet oder gießt, aber nicht wie ein Handwerker, der sagt: ich stelle Pfosten und Riegel auf und dann ist das alles paletti ...

„Der Tahrir-Platz ist jetzt unser Facebook“ – die Stadt als Protestraum in Zeiten sozialer Netzwerke

Carolin Höfler

Zurück zum Platz!

Im Februar 2012, als Tränengas die Empörten vom Syntagma-Platz in Athen zu vertreiben drohte, riefen die Protestorganisatoren die Menschen über Megafon dazu auf, sich zu versammeln und trotz der gewaltsamen Räumungsversuche auf dem Platz zu bleiben. Nicht die Regierung stürzen oder das Parlament stürmen, sondern „Zurück zum Platz!“ lautete ihre Forderung.¹ Weltweit waren in jüngster Vergangenheit zentrale und symbolträchtige Plätze einer Großstadt Ziele einer neuen Form von Okkupation, durch die Bürgerproteste artikuliert wurden – angefangen vom Tahrir-Platz in Kairo über den Syntagma-Platz in Athen, der Puerta del Sol in Madrid, den Zuccotti Park in New York bis hin zum Taksim-Platz in Istanbul. Mittel des bürgerschaftlichen Widerstandes war die kollektive Macht von Körpern, die Plätze oder Parks nahe der Zentren der Macht besetzten und eine offene Diskussion über das Wirken der ökonomischen und politischen Führung im Land entfachten.

Entgegen des oft entworfenen Szenarios von der Verflüchtigung des öffentlichen Raumes ins Virtuelle werden die gegenwärtigen Platzversammlungen vor allem von sogenannten Digital Natives initiiert, die mit digitalen Technologien aufgewachsen und in ihrer Benutzung geübt sind. Es scheint, als habe die mediatisierte Öffentlichkeit die räumlich erfahrbare weniger ersetzt als ergänzt. Es ist vielmehr das enge Zusammenspiel von Online-Mobilisierung und Offline-Demonstration, das die gegenwärtige Protestkultur prägt (Abb. 1). Zum einen werden Demonstrationen im städtischen Raum durch Protestbekundungen in den sozialen Netzwerken angeregt, ermöglicht, aufrechterhalten und ausgeweitet, zum anderen erfahren digital formierte Oppositionsbewegungen durch ortsbezogene Aktionen Zulauf und Auftrieb. Die Besetzung des Platzes durch spontane Menschenansammlungen vergrößert den



Abb. 1: Kairo, Demonstrant mit Sympathiebekundung für Facebook, 01.02.2011
© Khaled Desouki/AFP/Getty Images, Editorial-Bild-Nummer: 108877129

Einflussbereich der Netzgruppen, wohingegen die Speicherung, Vermittlung und Verarbeitung der zahlreichen Eindrücke der örtlichen Ereignisse den Wirkungsraum der lokalen Aktivisten erweitern.

Die Aneignung öffentlicher und privater Stadträume durch die neuen sozialen Bewegungen ist Teil einer komplexen Struktur des Widerstandes, in der das Zusammenspiel von Online- und Offline-Welt verschiedene Formen von Protestbeteiligung herauszubilden vermag.² Angesichts der unterschiedlichen Qualitäten von Vollversammlungen auf Stadtplätzen, wochenlangen Übernachtungen in Zeltlagern, Diskussionen einzelner Arbeitsgruppen, Meinungsäußerungen in Online-Foren, Augenzeugenbildern auf YouTube oder kurzen Textnachrichten in Form von Tweets wird deutlich, dass verschiedene Möglichkeiten bestehen, am Protest teilzunehmen.

Durch den Einsatz der sozialen Medien sind Demonstrationen nicht mehr lokal oder national begrenzt. Dank medialer Absprachen können sich Protestkundgebungen in verschiedenen Ländern gleichzeitig ereignen

Prof. Dr. Carolin Höfler
Designtheorie und -forschung
Fachhochschule Köln
Köln International School of
Design
Ubierring 40
50678 Köln
hoefler@kisd.de

und zu transnationalen oder globalen Demonstrationen ausweiten.³ Die jüngeren Protestbewegungen in Nordafrika, dem Vorderen Orient, in europäischen und lateinamerikanischen Ländern führten die medial gestützte Gefühlsansteckung und Perspektivenübernahme vor. Sie zeigten die raumzeitliche Expansion der Proteste, die von Bloggern und Netzaktivisten befördert wurde.

Obwohl die Protestbekundungen nicht an räumliche Grenzen gebunden sind, werden von den Demonstranten bewusst strategische und symbolische Orte aufgesucht, die für den Protestausdruck wesentlich sind. Wie sehr die neuen Demonstrationsformen in Verbindung mit zentralen Schauplätzen wahrgenommen werden, offenbaren die Schlagwörter und Protestnamen, die den jeweiligen Ort der Aktion nennen. So wird die im Dezember 2010 beginnende Serie von Demonstrationen, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt unter dem Begriff „Tahrir“ zusammengefasst. Die in den USA gegründete, konsumkritische Protestbewegung Occupy Wall Street begann ihren Aufruf zur Demonstration am 17. September 2011 mit der rhetorischen Frage „*Are you ready for a Tahrir moment?*“.⁴ In den Namen ihrer Untergruppen führt die Occupy-Bewegung nicht nur die Aktionsform, sondern auch den Demonstrationsort und die Protestadresse auf.

Als Versammlungsorte werden vor allem Stadtplätze aufgesucht, die im Prinzip für alle zugänglich, de facto aber einer bestimmten gesellschaftlichen Leitgruppe zugeordnet sind. Durch seine Besetzung soll der exklusive Ort wieder der Allgemeinheit zugeführt werden. Das Zentrum der Occupy-Wall-Street-Aktion war der Zuccotti Park im Finanzdistrikt von Manhattan in New York City. Während der Dauerdemonstration wurde der Platz in seinen ursprünglichen Namen Liberty Plaza umbenannt, den er vor den Terroranschlägen am 11. September 2001 innehatte. Nach dessen Zerstörung hatte die Eigentümergesellschaft Brookfield Office Properties das Grundstück gekauft, den Platz für 8 Millionen US-Dollar erneuert und ihn nach ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden John E. Zuccotti umbenannt.⁵ Mit der Rückbenennung des Platzes übten die Demonstranten Kritik an der Privatisierung und Umdeu-

tung öffentlicher Räume durch Großunternehmen und legitimierten die Besetzung durch historisch hergeleitete Ansprüche. Die räumliche Dimension des Protestes war hier nicht nur eine zwangsläufige Begleiterscheinung, sondern Programmatik des Geschehens.⁶

Flüchtige Modellstädte

Physischer Raum wird von den neuen Protestbewegungen nicht nur benötigt, um Formen direkter Demokratie zu praktizieren, sondern auch, um das Gefühl von Zugehörigkeit zu stärken, das durch die digitale Kommunikation hervorgerufen wird.⁷ Denn der freie Zugang zu den sozialen Netzwerken und der Gebrauch weit verbreiteter Technologien ermöglichen es, unterschiedlichste Interessengruppen in die Diskussion einzubeziehen, wodurch die kollektive Identität der Protestbewegung stets von Auflösung bedroht wird. So verhilft die Errichtung von Protestcamps den „Neuen Massen“, die sich „durch das Netz formieren“ und „mit dem Selbstverständnis einer egalitären und selbst bestimmten Unverbindlichkeit auftreten“, zu einem dauerhaften Charakter.⁸

Das Camp liefert aber nicht nur eine physische Manifestation der Neuen Massen, sondern projiziert auch jene Vergemeinschaftungsprozesse, die mit und durch Soziale Medien hergestellt werden, in den Stadtraum. Dass Versammlungen auf Plätzen ähnliche Möglichkeiten wie die sozialen Netzwerke bieten – etwa mit Menschen in Verbindung zu treten und Inhalte mit diesen zu teilen –, äußerte ein ägyptischer Aktivist, als er während der staatlich verhängten Internetsperre feststellte: „Der Tahrir-Platz ist jetzt unser Facebook.“⁹

Prozesse der Gemeinschaftsbildung artikulieren sich in den vielen Zusammenkünften, Hilfeleistungen, gemeinsam organisierten Events und Planungen, ebenso wie im Aufbau einer gemeinsamen Protestarchitektur. Zu den gemeinschaftlich errichteten Aufbauten gehören zunächst Barrikaden aus Schrott, Müll und umfunktioniertem Straßenmobiliar, die den Zugang zum Protestort für die Polizei oder für gegnerische Gruppen erschweren.¹⁰ Dann folgen Schlafsäcke und Zelte, die reduzierteste und mo-

bilste Form eines Domizils: eine Hülle aus Stoff, die den Körper vor der Witterung schützt und in kürzester Zeit auf- oder abgebaut werden kann. Die Zelte vermitteln aber weniger die Absicht des kurzen Verweilens als die des andauernden Verbleibens.¹¹ Als Teile eines Lagers signalisieren sie, dass die Protestaktion auf unbestimmte Zeit angelegt ist.

Neben Schlafunterkünften werden auch Einrichtungen aufgebaut, die das Kollektiv stärken und das Leben der Protestbewegung autarker machen sollen. Beispielgebend hierfür war die Struktur von Gemeinschaftsfunktionen während der dauerhaften Besetzung des Tahrir-Platzes im Januar 2011 (Abb. 2). Küchen und Essensstände, sanitäre Anlagen, Müllentsorgungsstellen, Krankenstationen, Gebetsflächen, Fahnenverkäufer, ein Kindergarten, ein provisorisches Medienzentrum, eine Rednerbühne, eine Ausstellung für Revolutionskunst und zuletzt Sicherungskontrollen an den Zugängen formten den Platz in eine Miniaturstadt um, die von schmalen Gassen und kleinen Plätzen durchzogen war. Wiederholt wurden die Protestcamps mit einer idealtypischen Kleinstadt verglichen, welche die Vorstellung eines überschaubaren Wahrnehmungsraumes mit Gemeinschaftsfunktionen verkörpert. In diesem Sinne deutete der Occupy-Unterstützer Mark Greif das New Yorker Protestlager: „Der [Zuccotti] Park war ein Modell für die Idealgesellschaft, aber er war auch ein Ebenbild der amerikanischen Kleinstadt. Wir hatten die Bibliothek, das Rathaus, den Arzt und den Diner.“¹²

„Architektur für alle“ („*Herkes için Mimarlık*“) war Name und Programm einer Gruppe türkischer Architekten, die bei der Errichtung des Gezi-Park-Camps in Istanbul beteiligt waren und die fliegenden Bauten mit Zeichnungen und Fotos auf ihrem Blog *#occupygezi architecture* dokumentierten.¹³ Sie protestierten nicht nur gegen die Privatisierung und Bebauung der öffentlichen Parkfläche, sondern praktizierten auch eine Form des gemeinschaftlichen Bauens. Beim Aufbau des Camps suchten sie die Eigeninitiative und Improvisationsfähigkeit der Protestteilnehmer zu aktivieren, wobei sie Strategien der Weiterverwendung und Umformung von Materialien durch Recycling verfolgten. So wurden etwa

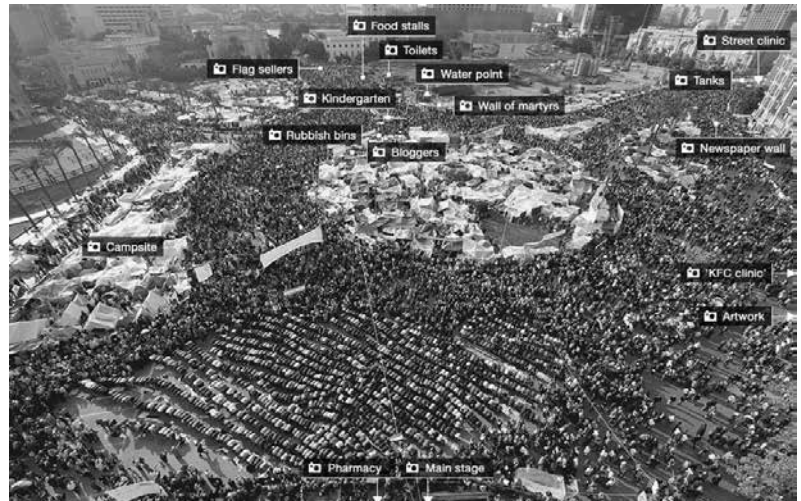


Abb. 2: Kairo, Übersichtsfotografie des Camps auf dem Tahrir-Platz, 11.02.2011
© Reuters/BBC, auf <http://www.bbc.co.uk/news/world-12434787> (Stand: 01.12.2013)

wasserabweisende Folien als zusätzliches Dach über die Schlafplätze montiert, als Gebetsteppich ausgebreitet oder als Hülle für eine Bibliothek eingesetzt. Improvisierte Sitzmöbel entstanden aus überdimensionalen Schachfiguren eines nahe gelegenen Spielplatzes. Alte, metallene Doppelhochbetten wurden zusammengebunden und boten Schlaf- und Erholungsstätten für alle. Als Abgrenzung der einzelnen Bereiche und Funktionen dienten farbige Klebestreifen, mit denen ein „Abziehgrundriss“ auf den Boden gezeichnet wurde.

Zelte und Mobiliar spielen bei den Protestlagern eine besondere strategische Rolle. Sie markieren nicht nur weithin sichtbar den Ort der dauerhaften Versammlung im Stadtraum, sondern stellen auch Erkundungsinstrumente dar, mit denen sich der Raum sondieren lässt, der in Anspruch genommen werden kann, ohne die politische Macht zur Intervention zu bewegen.¹⁴ Im Falle der Besetzung des Zuccotti Parks in New York wurden die Zelte, aber auch alle anderen Komponenten des Lagers durch die städtische Verwaltung ständig kontrolliert und überprüft. So beschlagnahmten Feuerwehr und Polizei mehrfach die Gas- und Dieselgeneratoren, die zum Erzeugen von Wärme und elektrischem Strom verwendet wurden, oder die von Aktivisten organisierten mobilen Toilettenkabinen, Mikrofone und Verstärker. Die Platzbesetzer brachten aber immer wieder alternative Einrichtungen und Requisiten hervor: Dieselgene-

ratoren wurden durch fahrradbetriebene Generatoren ausgetauscht, elektrische Geräuschverstärker durch „menschliche Mikrofone“*, Dixi-Klos durch Öko-Toiletten und Protestbanner durch Slogans auf Pizakartons. Fluchtwege und Rettungspläne führten immer wieder zu räumlichen Umbauten des Occupy-Camps. Aus diesem Zusammenspiel von Anordnungen und Gegenaktionen entwickelte sich eine minutiös verhandelte und komplex aufeinander abgestimmte Protestarchitektur, die den jeweiligen Stand der Auseinandersetzung zwischen Besetzern, Besitzern und städtischen Autoritäten wiedergab. Das Camp war das Modell einer schrittweisen Besiedlung, die von spontanen Ideen, Konfrontationen, Vereinbarungen, Interventionen und Kunstgriffen geleitet wurde.

Die Camps der Arabellion- und Occupy-Bewegung zeichneten sich durch selbst-regulierte Aktivitäten aus.¹⁵ Speisen und Dienstleistungen wurden von den Campbewohnern und -sympathisanten selbst erbracht und frei zur Verfügung gestellt. Spezialisierte Bereiche wie gemeinsame Küchen entstanden aber nicht nur, um das Camp aus eigenen Ressourcen zu erhalten, sondern auch, um die spontane Rede und Versammlung zu unterstützen, zu fokussieren und auszudrücken. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit wurden in größeren Occupy-Camps in besonderen Infobereichen betrieben, in denen auch Rechtsberatungen stattfanden und Bibliotheken aufgebaut wurden. Der größte Buch- und Zeitschriftenbestand befand sich im Camp des Zuccotti Parks und umfasste im November 2011 bis zu 9 000 Bände, die von meist professionellen Bibliothekaren betreut wurden. Mit ihren so bezeichneten „Volksbibliotheken“ wollte die Occupy-Bewegung in einer Zeit des Verschwindens von Bibliotheken aus dem Stadtleben auf die soziale Bedeutung dieses wichtigen öffentlichen Raums aufmerksam machen.¹⁶

Neben dem offenen Programmangebot solcher Volksbibliotheken äußerte sich das Bildungsanliegen der Occupy-Bewegung auch in zahlreichen Kursen, Workshops und Seminaren, die in verschiedenen selbst-gegründeten Universitäten abgehalten wurden. Initiativen wie New Yorks *Occupy University*, Bostons *Free School University*, Londons *Tent City University* und *The Art*

School in the Art School entwickelten alternative Formate, in denen freie Bildung für alle verfügbar war. Die Veranstaltungen wurden entweder im Versammlungszelt eines Occupy-Camps, auf öffentlichen Plätzen, in privaten Wohnungen oder in besetzten Bank- oder Schulgebäuden abgehalten.

Die Occupy-Camps waren nicht nur Orte zum Diskutieren und Konferieren, sondern auch Echtzeit-Experimente, in denen die Möglichkeit einer Alternativbewegung des 21. Jahrhunderts geprüft werden sollte.¹⁷ Die Versammlungen im öffentlichen Raum zielten auf die Bildung einer neuen gesellschaftlichen Verfassung, die Entwicklung neuer ökonomischer Prinzipien und die Erkundung von Formen direkter Demokratie. Der Ort, an dem dies stattfinden sollte, war weniger der Platz der Besetzung als das Camp selbst. Insofern waren die Camps mehr als nur Einsatzstützpunkte der Protestbewegungen. Sie waren „Ausbildungslager, politisches Theater und Inkubator einer sich entfaltenden Organisationskultur zugleich“.¹⁸ Sie galten ihren Bewohnern nicht nur als Modellstädte, sondern auch als Modellstaaten. So lieferte das Camp auf dem Tahrir-Platz die Vision eines „funktionsfähigen Mikrokosmos der ägyptischen Gesellschaft“, befreit von staatlicher Kontrolle.¹⁹ Der Idee eines sinnvoll geordneten Universums folgend, in dem der Mikrokosmos einen strukturgleichen Teil des Makrokosmos bildet, riefen die Campbewohner in Kairo den „Tahrir Staat“ aus.²⁰

Negativkulissen

Die Aktionen zivilen Ungehorsams entfalten erst vor der städtischen Kulisse ihre eigentliche Wirkung und erzeugen eine symbolräumliche Dualität. Jede Protestgruppe konsolidiert sich durch Orte, die nicht nur Schauplätze ihres Handelns abgeben, sondern auch Negativsymbole ihrer Identität bereitstellen. Mit ihren fliegenden Bauten errichten die Demonstranten ein Gegenmodell zu den repräsentativen Platzarchitekturen, die als wirkmächtige Gegenkulissen für die eigenen Botschaften genutzt werden.

Auf dem Tahrir-Platz lieferte vor allem die *Mogamma*, das monumentale Zentralverwaltungsgebäude Ägyptens auf der Süd-

* „Menschliche Mikrofone“ bedeutet, dass ein Redner auf einer Versammlung seinen Beitrag in Teilen vorspricht, und die Gruppe die Worte wiederholt und damit verstärkt. Vgl. Richard Kim, *We Are All Human Micorphones Now* (03.10.2011), in: *The Nation*, Zugriff: <http://www.thenation.com/blog/163767/we-are-human-micorphones-now#> (Stand: 01.12.2013).

seite des Platzes, visuelle Argumente für die Notwendigkeit der Proteste im Januar 2011 (Abb. 3). Der zwischen 1950 und 1952 von der Sowjetunion errichtete, vierzehnstöckige Büroblock im Stil des sozialistischen Klassizismus galt in der öffentlichen Wahrnehmung als Sinnbild staatlicher Korruption und Bestechung. Eine weitere Kontrastfolie boten die Regierungs- und Hotelbauten auf der Westseite zwischen Nil und Tahrir-Platz.²¹

Nach dem Sturz der Monarchie unter König Farouk 1952 begann die Regierung unter dem Präsidenten Gamal Abdel Nasser, den in *Midan at-Tahrir* („Platz der Befreiung“) umbenannten Innenstadtplatz neu zu gestalten und ließ, entlang des Nilufers, die Stadtverwaltung von Kairo, das *Nile Hilton Hotel* des amerikanischen Architekten Welton Becket und ein Gebäude der Arabischen Liga errichten (Abb. 4). Die prismatischen, weißen Scheibenhochhäuser im *International Style* wurden 1958 fertig gestellt und das Areal vor dem neoklassizistischen Gebäude des Ägyptischen Nationalmuseums in einen gestalteten Freiraum mit Rasenflächen, Springbrunnen und Skulpturen verwandelt. Zwei Jahrzehnte später begann die Regierung unter Muhammad Anwar as-Sadat, den öffentlichen Freiraum aufzugeben und in einen Parkplatz zu verwandeln. Nach Demonstrationen gegen den ersten Irakkrieg erschwerte das Mubarak-Regime den Zutritt zum Platz und blockierte ihn durch eine gewaltige umzäunte Baustelle, die sich nachträglich als Attrappe erwies.²² Spätestens seitdem galt der Tahrir-Platz als drastisches Beispiel für den Verlust des öffentlichen Raumes und der Auflösung der Stadtgesellschaft in Ägypten.²³

Die gescheiterte Utopie eines befreiten, fortschrittlichen Ägyptens, die sich in einer rationalistischen Großarchitektur manifestiert hatte, bildete fünfzig Jahre später die semantisch aufgeladene Kulisse, vor der die Proteste stattfanden. Im Unterschied zur Modellstadt der Moderne beschwor die Zeltstadt das Bild der traditionellen Dorfgemeinschaft und nahm Anleihen bei vor-modernen nomadischen Gesellschaften. Während Occupy-Demonstranten Igluzelte, Indianertipis, Jurten und Kleingartenhütten aufbauten, errichteten die Arabellion-Protagonisten auf dem Tahrir-Platz ein Rundplatzdorf aus Behausungen, die an



Abb. 3: Kairo, Zeltlager von Demonstranten auf dem Tahrir-Platz, 09.12.2011
© Youssef Tlemçani, auf: <https://www.flickr.com/photos/youtlem/6529869193/> (Stand: 01.12.2013)



Abb. 4: Kairo, Postkarte des Tahrir-Platzes, 1960er Jahre
Auf http://hiddencities.files.wordpress.com/2011/03/img_0271.jpg (Stand: 01.12.2013)

Beduinencamps und informelle Selbstbausiedlungen erinnerten. Auf diese Weise markierten die Camps in räumlicher und semantischer Hinsicht ein „Anderswo“, einen utopischen Ort, der helfen sollte, aus den etablierten politisch-ökonomischen Ordnungen herauszutreten. Entortung und Verortung griffen so ineinander und verwandelten die Campbewohner zu den „im Ausschluss Eingeschlossenen“.²⁴

Ausgehend von der Annahme, dass die digitalen Kommunikationstechnologien die traditionellen Nachbarschaften entwertet und die sozialen Beziehungen enträumlicht haben, erschienen die dörflichen

Campinszenierungen anachronistisch, ließe sich nicht die Idee des „Globalen Dorfes“ assoziieren. Mit dem paradoxen Begriff Global Village hatte der Medientheoretiker Herbert Marshall McLuhan bereits 1962 eine Welt skizziert, die durch neue Kommunikationsstrukturen gleichsam zu einer Dorfgemeinschaft zusammenwächst.²⁵ Diese Vorstellung einer neuen, technologisch motivierten Sozialstruktur, die zwischen Fortschrittsgläubigkeit und Traditionsverbundenheit changiert, bestimmte sowohl die Protestcamps als auch die hieraus hervorgegangenen Smart Mobs. Nach dem Rücktritt Mubaraks versammelten sich Kairoer Bürger zu einer kollektiven Aufräumaktion, die über Facebook organisiert worden war.²⁶ Die ehemals Aufständischen beseitigten den Abfall der achtzehntägigen Besetzung, reparierten das aufgerissene Pflaster und fegten die Bürgersteige, als sei der Tahrir-Platz die „gute Stube“ der Bewohner Kairo. Mit der gemeinschaftlichen Reinigung des Tahrir-Platzes wurde der Wiedergewinn des öffentlichen Raumes demonstriert und eine neue normative Ordnung – ein „sauberes“ Ägypten – beschworen.

Wie wenig erfolgreich die Platzbesetzungen und spontanen Versammlungen von 2011 im Sinne einer Demokratisierung und Stabilisierung des Landes waren, zeigten zwei Jahre später die erneut aufbrechenden, gewaltsamen Proteste in Kairo, die bis heute andauern. Durch die informelle Aneignung des öffentlichen Raumes konnte zwar der Rücktritt der bisherigen politischen Elite erzwungen werden. Es ließ sich aber nicht verhindern, dass sich auf das erfolgreiche Überwinden der einen unterdrückenden Staatsgewalt eine andere in Stellung brachte. Zwei Jahre nach dem Rücktritt Mubaraks und der Entmachtung seines Nachfolgers Mohammed Mursi übernahm der Militärrat die Staatshoheit, was wenig Hoffnung auf eine nachhaltige Einrichtung von Räumen egalitären Zusammenlebens gab. Der Verdacht liegt nahe, dass es anderer, formalisierter Strukturen und Programme bedarf, um tatsächlich Einfluss auf die institutionelle Politik zu gewinnen. Das wenig kohärente Auftreten der Protestierenden, ihr bewusster Verzicht auf starke Führungspersönlichkeiten und das Fehlen einer einheitlichen Grundsatzerklärung für den Fall des Machtwechsels schwächen bis heute ihre Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflussnahme auf das politische System.

Weder die sozialen Medien noch die Aktionen auf den Plätzen und in den Straßen haben es geschafft, die verschiedenen Interessen der bisher marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuführen.²⁷ Soziale Medien sind zwar entscheidende technologische Mechanismen, um eine Kultur der neuen Verknüpfungsformen zu entwickeln. Sie motivieren dazu, dass sich politisch engagierte Personen zu einzelnen Interessengruppen zusammenschließen, die durch spontane Massenkundgebungen kurzfristig im Stadtraum sichtbar werden. Aber die Versammlungen und Platzbesetzungen zielen nicht auf eine Vereinigung der unterschiedlichen Protestakteure. Vorerst richten sie sich nur gegen die Macht des herrschenden Systems und die damit zusammenhängende Ungleichheit.

Es ist ein sich wiederholendes Missverständnis, zu glauben, dass es das vordergründige Ziel der neuen Protestbewegungen sei, selbst die politische Führungsrolle zu übernehmen. Vielmehr wird in den Versammlungen mit politischen Strukturen experimentiert und ein ausdrücklich anderes Politikverständnis als das etablierte verfolgt.²⁸ Im Mittelpunkt dieses Verständnisses steht die allen zugängliche, gemeinsame Debatte im öffentlichen Raum, die sich gegen die konventionelle Form politischer Meinungsbildung wendet, welche auf Hierarchie und Exklusion beruht. Sie ist der Versuch eines „herrschaftsfreien Diskurses“.²⁹ Die in Besitz genommenen, selbstverwalteten und alternativ genutzten Plätze sind demzufolge Versuchsstätten, auf denen „im wörtlichen Sinne Demokratie [herrscht], nicht die abstrakte repräsentative Demokratie mit nationalstaatlichem Geltungsbereich, sondern vor Ort konkrete Demokratie in einem klar begrenzten Geltungsbereich“.³⁰ Und darin liegt vielleicht das größte Potenzial der spontanen, informellen Versammlungen: Der öffentliche Raum könnte wieder zum Austragungsort politischer Debatten werden, die abseits der etablierten politischen Einrichtungen, Regeln und Verfahren stattfinden und in ihrem Verlauf und ihrer Wirkung unvorhersehbar sind, wodurch politische Entscheidungsträger in Unruhe versetzt und im besten Fall diszipliniert würden.

Literatur

- (1)
Christoph Twickel, Revolten in den Großstädten: Platz da!, in: Spiegel Online (08.06.2013), Zugriff: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gezi-park-taksim-platz-essay-zu-oeffentlichkeit-und-revolte-a-904530.html> (Stand: 01.12.2013).
- (2)
Vgl. Peter Mörtenböck/Helge Mooshammer, Occupy. Räume des Protests, Bielefeld 2012, S. 93–94.
- (3)
Vgl. Michaela Ott, Raumzeitliche Demonstrationsordnungen, in: Demonstrationen. Vom Werden normativer Ordnungen, Ausst.kat. (Frankfurter Kunstverein, 2012), Nürnberg 2012, S. 66–67 und 71.
- (4)
Adbusters Culture Jammers HQ, #OCCUPYWALL-STREET. A shift in revolutionary tactics, in: Adbusters Blog (13.07.2011), Zugriff: <http://www.adbusters.org/blogs/adbusters-blog/occupywallstreet.html> (Stand: 01.12.2013).
- (5)
Vgl. Brookfield Properties Corporation, Brookfield Properties Re-Opens Lower Manhattan Park Following \$8 Million Renovation, in: marketwire.com (01.06.2006), Zugriff: <http://www.marketwire.com/press-release/brookfield-properties-re-opens-lower-manhattan-parkfollowing-8-million-renovation-tsx-bpo-597554.htm> (Stand: 01.12.2013).
- (6)
Vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012 (wie Anm. 2), S. 8.
- (7)
Vgl. ebd., S. 94–95.
- (8)
Claus Pias, Soziale Medien – Neue Massen, 2. Internationales medienwissenschaftliches Symposium der DFG, Lüneburg, 2. bis 4. Februar 2012, Zugriff: <http://www.neuemassen.de> (Stand: 01.12.2013).
- (9)
Mohammed, zit. nach Richard Gutjahr, »Das hier ist jetzt unser Facebook«, in: G! gutjahrs blog (01.02.2011), Zugriff: <http://gutjahr.biz/2011/02/kaireo-millionen> (Stand: 01.12.2013).
- (10)
Vgl. Tim Berge, Protestarchitektur, in: Baunetzwoche #329, 09.08.2013, S. 10–11, Zugriff: http://media.baunetz.de/dl/1568511/baunetzwoche_329_2013.pdf (Stand: 01.12.2013).
- (11)
Vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012 (wie Anm. 2), S. 50, 56.
- (12)
Mark Greif, zit. nach Jörg Häntzschel, Anti-Banken-Proteste in den USA, in: Süddeutsche.de (29.12.2011), Zugriff: <http://www.sueddeutsche.de/politik/anti-banken-proteste-in-den-usa-die-occupy-romantiker-werden-pragmatisch-1.1242058> (Stand: 01.12.2013).
- (13)
Vgl. <http://occupygeziarchitecture.tumblr.com> (Stand: 01.12.2013).
- (14)
Vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012 (wie Anm. 2), S. 56–57.
- (15)
Vgl. ebd., S. 54, 62, 64–65.
- (16)
Vgl. ebd., S. 64.
- (17)
Vgl. ebd., S. 51, 53.
- (18)
Ebd., S. 53.
- (19)
Mohamed Elshahed, Von der virtuellen zur realen Revolution, in: Garten + Landschaft. Zeitschrift für Landschaftsarchitektur, Heft 7, 2011, S. 20.
- (20)
Vgl. Tahrir 2011. The Good, the Bad and the Politician, Regie: Tamer Ezzat/Ayten Amin/Amr Salama, Sendung des Westdeutschen Rundfunks vom 19.01.2012.
- (21)
Vgl. Mohamed Elshahed, Tahrir Square: Origins and Futures, in: Topos, Heft 76, 2011, S. 12–17.
- (22)
Vgl. Mohamed Elshahed, zit. nach Irène Troxler, Elshahed und der Tahrir Square, in: Neue Zürcher Zeitung (29.06.2011), Zugriff: <http://www.nzz.ch/aktuell/zuerich/uebersicht/elshahed-und-der-tahrir-square-1.11095187> (Stand: 01.12.2013).
- (23)
Vgl. Sahar Attia, Rethinking Public Space in Cairo: The Appropriated Tahrir Square, in: Trialog, Heft 108, 2011, S. 10.
- (24)
Vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012 (wie Anm. 2), S. 51.
- (25)
Vgl. Marshall McLuhan/Bruce R. Powers, The Global Village. Transformations in World Life and Media in the 21st Century, New York 1989.
- (26)
Vgl. Hasnain Kazim, Kairo nach Mubarak-Sturz. Saubere Revolutionäre, in: Spiegel Online (12.02.2011), Zugriff: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kaireo-nach-mubarak-sturz-saubere-revolutionaere-a-745183.html> (Stand: 01.12.2013).
- (27)
Vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012 (wie Anm. 2), S. 97–98.
- (28)
Vgl. Hans Christian Voigt, Am Platz hat immer himmlischer Friede zu herrschen, in: Gabriele Werner/Horst Bredekamp/Matthias Bruhn (Hrsg.), Bildwelten des Wissens. Kunsthistorisches Jahrbuch für Bildkritik, Band 10,1: Ereignisorte des Politischen, Berlin 2013, S. 45–46.
- (29)
Ebd., S. 46.
- (30)
Ebd., S. 45.



Foto: Marco Clausen

Die Integration informeller Urbanisierung und formeller Stadtentwicklung: Lernen vom globalen Süden

Nadine Appelhans

Formalität und Informalität sind integrale Bestandteile von Urbanisierungsprozessen und weltweit in allen Städten zu finden. Informalität ist im allgemeinen europäischen Bewusstsein jedoch immer noch stark als Armutssphänomen im globalen Süden verankert, das fern unserer eigenen Lebensrealität existiert. In der allgemeinen, aber auch in Teilen der Fachdebatte ist daher „der Slum“ zum Synonym für urbane Informalität geworden, der vermeintlich klar von der formellen Stadt abgegrenzt ist (vgl. Myers 2011: 76). Die neuere Forschung aus dem globalen Süden zeigt jedoch, dass sich dieses gegensätzliche Verständnis von Formalität und Informalität im Sinne von Ordnung und Unordnung oder Bürgerlichkeit und Proletariat nicht aufrechterhalten lässt. Die Anerkennung, dass in der Tat die Urbanisierungsprozesse dort anderen, unterschiedlichen Pfadabhängigkeiten und Organisationslogiken unterliegen, als dies im Zuge der westlichen Urbanisierung durch Industrialisierung der Fall war, hat dazu geführt, dass in den Regionen Lateinamerikas, Asiens und Afrikas Forschungen zur Theoriebildung unternommen werden, um die Prozesse angemessen zu beschreiben (siehe Coquery-Vidrovitch 1991; Roy und AlSayyad 2004; Robinson 2006; Watson 2009). Dabei kommt der Auflösung der Dichotomie von Formalität und Informalität eine zentrale Rolle zu.

Informelle Strukturen und Praktiken ergeben sich dabei zum einen dadurch, dass die für einen formellen Status notwendigen Baugenehmigungen, Baupläne und Landrechte langwierig und teuer zu beschaffen oder einzuhalten, sowie schwierig nachzuvollziehen sind (Watson 2009: 173). Zum anderen wird das Planungsrecht auch von professionellen Projektentwicklern häufig übergangen und ist nicht ausreichend in der Lage, exzessive Bautätigkeiten des Privatsektors zu kontrollieren (Berrisford 2011: 210).

Gleichzeitig existieren oft traditionelle, koloniale, modernistische oder neoliberale Praktiken für Landverteilung und den Zugang zu Siedlungsraum nebeneinander, was die Reichweite des Formellen einschränkt und in der Praxis zu einer Dominanz des Wohnheitsrechtes führt (Jenkins 2004: 211f.). Es entstehen nebeneinander angewandte formelle und informelle Regulationsprinzipien und ordnende Instanzen. Unter Umständen ergeben sich aus deren verschiedenen Verteilungspraktiken zur Landnutzung kollidierende Ansprüche auf Boden (ebenda). Unter Betracht dieser konkurrierenden Ordnungssysteme, zweifeln einige Stadtforscher sogar die Legitimität der formellen, regulatorischen Systeme an, wenn sie die komplexen sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten der Bevölkerungsmehrheiten nicht widerspiegeln (Jenkins 2004: 210). Weitgehend unbestritten ist, dass die aktive Bestimmung von formell und informell verantwortlich für eine entscheidende gesellschaftliche Trennlinie ist, denn das regulierende Bau- und Planungsrecht kann im Zusammenhang mit der landrechtlichen Durchsetzung umverteilend oder konsolidierend auf die meist ungleiche, zuweilen kolonialistisch etablierte Bodenverteilung wirken (Berrisford 2011: 211). Zudem ist die Diskrepanz zwischen Siedlungsbedarf und der Anzahl an Wohneinheiten, die auf dem formellen Weg bereitgestellt werden können, in den Gebieten mit rapider Urbanisierung besonders hoch (ebenda), so dass informelle Praktiken hier fest etabliert sind.

Die Qualifizierung der außerhalb formeller Regularien entstandenen städtischen Strukturen als informell muss nach diesen Erkenntnissen als heuristisches Konstrukt verstanden werden (Roy 2011: 233). Weil der staatliche Souverän die Deutungshoheit über das Formelle hält, kann er das Informelle aus- und abgrenzen – und somit bestimmen. Die Ausübung dieser staatlichen Kompetenz ist in vielen ehemaligen Kolonien besonders heikel, denn aus der Geschichte heraus ist hier das Planungsrecht

in der betroffenen Bevölkerung schlecht angesehen, nachdem es verschiedene Unterdrückungsherrschaften mit rechtlicher Handhabe zur Segregation und Repression bestimmter Bevölkerungsgruppen ausgestattet hat (Berrisford 2011: 215). Ausgehend von dem kolonialistischen Verteidigungsgedanken wurden dazu auch in Folge-regimes unliebsame Stadtstrukturen und urbane Praktiken illegalisiert und mit teilweise drastischen Sanktionen behängt (ibid: 210).

Roy beschreibt auf Grundlage ihrer Forschung in Indien jedoch, wie willkürlich und unbeständig diese Bestimmung der Verhältnisse von legal/illegal, legitim und illegitim, autorisiert und unautorisiert sind, während derer situationsbedingte Deutung doch gleichzeitig Instrument der Ausübung staatlicher Macht ist (Roy 2011: 233). Ihren Ausführungen nach beinhalten die verschiedenen Urbanisierungsstrategien, die durch staatliche und nicht-staatliche Akteure betrieben werden, sowohl formelle als auch informelle Praktiken (Roy 2009: 86). Durch das Zusammenspiel formeller und informeller Landnahme- und Baupraktiken können somit einerseits niedrigschwellig Siedlungen entstehen, die dem akuten Wohnraumbedarf entsprechen aber informell zu klassifizieren sind. Andererseits können planungs- oder baurechtlich konforme Stadtstrukturen jeglicher Beschaffenheit ebenfalls durch eine Mischung aus formellen und informellen Praktiken privater Entwickler und Amtsträger errichtet worden sein (Roy 2011: 233). Die informelle Urbanisierung umfasst zudem neben den baulichen Tätigkeiten auch die verschiedenen sozioökonomischen Strategien der Stadtbewohner. Die daraus entstehenden Angebote sind räumlich nur bedingt gebunden und werden auch von den Bewohnern formeller Wohngebiete in Anspruch genommen oder praktiziert.

Formelle und informelle raumbildende Praxis greifen somit im gesamten Stadtgebiet ineinander. Die dialektische Analyse zeigt, dass Formalität und Informalität fließend ineinander übergehen und dynamisch miteinander verflochten sind.

Kontroverse Handhabung informeller Praktiken

Die Zusammengehörigkeit formeller und informeller Urbanisierung bedingt unter Voraussetzungen der rapiden Urbanisierung einen aktiven Umgang der formellen Stadtentwicklung mit Informalität. In der praktischen Unterscheidung formeller und informeller Strukturen bedient sich der Staat des Instrumentariums von Karten, Gutachten, Eigentumsrechten, Flächennutzungsausweisung und sonstigem Recht (Roy 2011: 233). Diese Instrumente kritisch zu hinterfragen, eröffnet Perspektiven darauf, wie die Handlungen der Urbanisierung auf Seiten verschiedener Akteure durch die staatliche Determinierung, Duldung und Legalisierung von Informalität strukturiert werden. Hinsichtlich der Erhaltenswürdigkeit von Informalität ist hier oft eine gewisse situationsbedingte Willkür in der staatlichen Beurteilung festzustellen. Denn in Verbindung mit armutsbedingter Unterschreitung technischer Standards führt die Identifikation informeller Urbanität häufig zum Abriss der Strukturen und zur Unterbindung der Praktiken. Der Abriss und die Neubebauung sind meist verbunden mit Umsiedlungen. Moderne, nach technischen und ökonomischen Kriterien entworfene Bauten sollen die hygienisch fragwürdigen Strukturen ersetzen. Die sozialen, kulturellen und flexiblen Stärken der informell entstandenen Strukturen werden bei diesem Vorgehen jedoch außer Acht gelassen (Robinson 2006). Unterdessen werden andere Strukturen und Handlungen, wie etwa der Bau von mittelständigen Wohngebieten auf landwirtschaftlicher Fläche, nicht als informell erkannt und klassifiziert. Diese Gebiete haben oft gute Chancen auf Legitimierung, wenn sie etablierten ästhetischen Vorstellungen entsprechen, technisch unbedenklich sind und den politischen Entscheidungsträgern in die Hände spielen.

Diese In-Wertsetzung elitärer Informalität und Kriminalisierung meist ärmerer Informalität fördert laut Roy räumliche Ungleichheit: Die durch den Zuspruch von Duldung oder Nicht-Duldung ausgelöste Entwicklungsdynamik legitimiert dabei unter der Prämisse der Stadterneuerung die Überformung der illegal deklarierten Gebiete, während gleichzeitig die unbelichteten informellen Investitionspraktiken

zunehmend Wohlstand akkumulieren können und Aussicht auf Formalisierung haben (Roy 2011: 233). Die Bestimmung von Informalität wird also im Zuge der rapiden Urbanisierung der Städte des Südens häufiger umdefiniert und als taktisches Werkzeug politisch eingesetzt.

Trotz des verhältnismäßig geringen Kenntnisstandes über informelle Urbanisierungspraktiken ist es für die Stadtplanungsprofession nicht zweckmäßig, dieser Praxis zu folgen, Informalität als Bedrohung der Ordnungsverhältnisse in der formellen Stadt zu interpretieren und opportun zu verhandeln. Im Zuge der wissenschaftlichen Diskurse um post-koloniale Stadtentwicklung wird daher thematisiert, wie diese Sichtweisen verändert werden können. Doch wie kann man die Dichotomie von formell und informell nicht nur in der Analyse, sondern auch in der planerischen Handlungspraxis überwinden? Welche Handlungsoptionen gibt es über die Ersatzplanung für informelle Strukturen und Praktiken hinaus? Dieser Artikel soll zeigen, dass entgegen gängiger Praxis aus der Wahrnehmung informeller Strukturen und Praktiken heraus ein verbindlicher, konstruktiver und strategischer Umgang mit ihnen möglich ist. Die Integration informeller Urbanität ist jedoch abhängig davon, ob sich diese Strukturen und Prozesse strategisch in die jeweiligen Stadtentwicklungsleitbilder und zur Umsetzung der generellen politischen Ziele einbinden lassen.

Für ein verändertes staatliches Verständnis von informeller Urbanität und eine entsprechende administrative Praxis, ist ein politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und rechtlicher Aushandlungsprozess über die Anerkennung der verschiedenartigen Urbanisierungspraktiken Voraussetzung. Dabei kommt es im Zuge der Urbanisierung aufgrund veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse im Zusammenspiel verschiedener Akteure zum Wandel von Konventionen und politischer und gesellschaftlicher Übereinkünfte über die Deutung von Informalität. Dieser entscheidende Aspekt soll am Beispiel von Kapstadt beschrieben werden, wo ein solcher Wandel im Stadtplanungsleitbild verankert wurde. Seit wenigen Jahren wird dort Informalität strategisch und konstruktiv in der Planung adressiert, da sie dem übergeordneten staatlichen Ziel der Demokratisierung entspricht. Es soll ge-

zeigt werden, wie hier die Bestimmung von urbaner Informalität nicht auf Grundlage mangelnder an Ressourcen oder Institutionalisierung erfolgt, sondern im Zuge veränderter urbaner Realitäten rechtlich neu bestimmt wird, welche informellen Praktiken staatliche Anerkennung finden, geduldet oder kriminalisiert werden.

Informalität im Urbanisierungsprozess von Kapstadt

Formell und Informell durchdringen sich in Südafrikas Städten mit ihren starken sozioökonomischen Disparitäten historisch bedingt stark. Kapstadt wurde 1652 als Versorgungsposten für die niederländische Seefahrt auf Land der einheimischen Khoi gegründet (Omer-Cooper 1994: 18) und ging erstmals 1795 bis 1910 als Kolonie in das britische Empire über (ebenda: 36). Bestehendes Landrecht der Einheimischen wurde nicht anerkannt und durch koloniale Gesetzgebung ersetzt (ebenda: 26ff). Unter anderem deshalb ist das Bodenrecht bis heute in Südafrika umstritten. Unter der Angabe hygienischer Bedenken wurde 1923 der „Native Land Act“ eingeführt, der den rechtlichen Grundstein für die Vertreibung der nicht-weißen Bevölkerung aus den Städten Südafrikas legte (ebenda: 169). Von 1948 bis 1994 herrschte darauf das Apartheid-Regime, welches die Hautfarbe als Kriterium für die Segregation der Bevölkerung in allen Lebensbereichen verankerte (ebenda: 193). Die Grundsätze der langjährigen Apartheid-Herrschaft sind als ökonomische Disparitäten und ethnische Segregation bis heute stark in der Stadtgestalt manifestiert. Die Rassentrennung bestimmte Siedlungsgebiete, die nach Hautfarbe und ethnischer Zugehörigkeit klassifiziert waren. Die schwarze Bevölkerung unterlag starken beruflichen Restriktionen und wurde vom Zuzug in die Stadt und dem Zugang zur Basisinfrastruktur weitgehend ausgeschlossen (Bizzell 2002: 117). Diese Marginalisierung machte informelles Siedeln in der Apartheid-Zeit weitgehend zu einem „schwarzen“ Phänomen (Myers 2011: 89).

Mit der Wahl der ersten demokratischen Regierung unter Nelson Mandela im Jahr 1994 änderte sich das übergeordnete staatliche Leitbild jedoch radikal. Nach dem Zusammenbruch des Apartheid-Regimes wur-

de zudem unter der neuen ANC-Regierung versucht, die Wohnungspolitik der Wohnraumnachfrage und infrastrukturellen Standards anzupassen. Mit dem Ziel, die Ungleichheit in der räumlichen Entwicklung zu überwinden, sollte das Reconstruction and Development Programme (RDP) durch ein groß aufgelegtes Subventionsprogramm für den Wohnungsbau für Geringstverdienende zudem Jobs im Bausektor schaffen (Bizzell 2002: 95). Das RDP schätzte 1994 den Wohnraumbedarf landesweit im Subventionssektor mit 1,3 Mio. Einheiten jährlich und zusätzlich 200 000 Einheiten für das Bevölkerungswachstum decken zu können (Bizzell 2002: 106). Der Zugang zu den Grundstücken funktioniert dabei über ein Wartelistensystem, in das man sich eintragen lassen kann, sofern man südafrikanischer Staatsbürger ist, das Haushaltseinkommen unter einer festgelegten Schwelle liegt und mit einem zusätzlichen Nachweis für Alleinstehende, dass sie weitere Menschen versorgen (Charlton und Kihato 2006: 254). Das Konzept des staatlichen Wohnungsbaus beruht auf sehr modernistischen Annahmen, die „Vollzeitarbeit, soziale Stabilität, Streben nach Ordnung, geregelte Zuwanderung, Fortbestand der Kernfamilien und soziale Homogenität“ einschließen. (Silverman und Zack 2008: 148, eigene Übersetzung) Das Wohnungsbauprogramm sollte die prekären informellen Unterkünfte ersetzen und formell dem Stadtwachstum begegnen. Als Instrument der räumlichen Planung und Ressourcenverteilung auf Gemeindeebene wurde zudem der Integrated Development Plan (IDP) als neues Planungsinstrument eingeführt (Harrison 2006), um bestehende räumliche Disparitäten innerhalb der Gemeinden perspektivisch auszugleichen.

Das urbane Wachstum seit Ende der Apartheid übersteigt jedoch alle politischen Erwartungen einer graduellen und permanenten Zuwanderung in die Städte (Atkinson und Marais 2006: 23). Es wird nun davon ausgegangen, dass Kapstadt mit ca. 3 % und etwa 50 000 Zuzüglern im Jahr weiter wachsen wird (City of Cape Town 2011: 33). Entgegen der ursprünglichen Zielvorgabe gibt es in den Städten auch weiterhin wachsende, informelle Siedlungen mit prekären Lebensbedingungen. Kapstadt hat dabei landesweit noch den niedrigsten Anteil an informellen Siedlungsstrukturen

(City of Cape Town 2009: 84), die informelle Urbanisierungspraxis gilt als „notable minority trend“ in einer weitgehend formellen Stadtentwicklung (Myers 2011: 88). Für die große Gruppe der zuwandernden Landbevölkerung, sind dabei „eine „hohe Arbeitslosigkeit, Mobilität und Migration, intensivierte transnationale Verbindungen, neue Haushaltsstrukturen und Hybridität“ die alltägliche Realität (Silverman und Zack 2008: 148, eigene Übersetzung). Die Urbanisierungsmuster sind in Südafrika wenig untersucht, scheinen jedoch auf (informeller) Arbeitsmigration, Diversifikation von städtischen und ländlichen Einkommensstrategien und Zuwanderung in die städtischen Randzonen zu beruhen, wo Familien-, Freundes- und Stammesnetzwerke wichtige Anlaufpunkte bilden (Atkinson und Marais 2006: 38f.). Die Stadterweiterung erfolgt somit weitgehend informell durch Alltagspraktiken und nicht durch institutionelle Prozesse.

Im Jahr 2008 lebten etwa 22,4 % aller Haushalte in informellen Unterkünften (City of Cape Town 2009: 27f), die Tendenz war dabei steigend (City of Cape Town 2011: 84). Davon befanden sich rund 58 % in informellen Siedlungen, während die übrigen knapp 42 % der Haushalte in Verschlägen auf Hinterhöfen regulärer Wohngebiete unterkamen (ebenda).

Die informellen Unterkünfte bieten eine Alternative zu den schwer zugänglichen und relativ aufwendig zu unterhaltenden formellen Wohneinheiten. Sie bedürfen keiner regelmäßigen Ausgaben für Ver- und Entsorgung, die selbst im voll subventionierten Eigenheim entstehen und die mit den aus den Migrationszusammenhängen resultierenden unregelmäßigen Einkünften, wechselnden Standorten und veränderlichen Haushaltszusammensetzungen schwer zu erbringen sind. Über die Bereiche der informellen Erwerbsarbeit und die genaue Verteilung informeller Unterkünfte gibt es nur wenige punktuelle Untersuchungen. Myers spricht jedoch von einem generellen Trend der „Informalisierung“, der durch die Verbreitung informeller Baustrukturen und Aktivitäten in allen Stadtteilen Kapstadts stattfindet (Myers 2011: 90). Informalität bietet Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit oder Subsistenzwirtschaft, die unmittelbar notwendig sind, um die akute Armut zu

reduzieren und das Überleben zu sichern. Inkrementelles Bauen und die Option des Selbstbaus ist bei unregelmäßiger Finanzierung und dem Einsatz jeweils gegenwärtig verfügbarer Baumaterialien eine Notwendigkeit. Dies entspricht damit eher einer Modernisierung des Vorgehens im traditionellen Wohnbau, wo ausgehend von einer Kernstruktur das Gebäude um Anbauten oder Rundhütten erweitert wird und letztendlich ein Gehöft entsteht (Bizzell 2002: 108). Dabei sind die Lebensbedingungen in den entstehenden informellen Gebiete keineswegs einheitlich zu bewerten. Eine systematische Erhebung der informellen Gebiete Kapstadts durch die NGO Shack Dwellers International zeigt die Vielfalt der informellen Spontansiedlungen (CORC 2006). Die Siedlungen stehen auf staatlichem oder privatem Land, bedienen sich unterschiedlicher lokaler Baumaterialien, sind unterschiedlich stark mit ihrer Umgebung im Austausch und verfügen über höchst unterschiedliche soziale und technische Infrastrukturen.

Die beschriebene Bevölkerungs- und Arbeitsmarktdynamik hat veränderte Realitäten erzeugt, für die in der politischen Umbruchsituation nicht vorausgeplant werden konnte. Das RDP-Programm ist in Verbindung mit der Wachstumsrate der Bevölkerung und jenseits von qualitativer Kritik zudem nicht in der Lage, dem Bedarf entsprechend Wohnraum bereitzustellen.* Die Situation wurde zum Anlass genommen, die weitere Existenz der informellen Siedlungen offiziell mit dem langsamen Vorankommen im staatlichen Wohnungsbau zu begründen. (Huchzermeyer 2006: 19). So wurde im State of Cape Town Report von der Stadtverwaltung erklärt, dass der Wohnungsnachfrage innerhalb der nächsten 25 Jahre nicht angemessen begegnet werden kann, da die Bereitstellung der großen Nachfrage nicht gewachsen sei. (City of Cape Town 2009: 26) Auch der State of Cape Town Report von 2010 erklärt, dass die Entstehung informeller Siedlungen dadurch zu begründen ist, dass der Bedarf an Wohnraum die Kapazitäten der Bereitstellung übersteigt (City of Cape Town 2011: 84). Inzwischen ist jedoch evident, dass die formelle Bereitstellung von Wohnraum im RDP vor allem dem qualitativen Bedarf urbaner Lebensstrategien nicht ausreichend gerecht werden kann, die oft auf informelle Einkommensgeneration,

Subsistenzwirtschaft und flexible Wohngelegenheiten ebenso angewiesen sind, wie auf den Zugang zu Basisinfrastruktur. Der Zugang zu städtischem Land als Wohnort und Versorgungsgrundlage ist somit formell und Versorgungsgrundlage ist somit formell und strikt reguliert und zu unflexibel für die Fragen der Multilokalität, für temporäre Migration und begrenzte Ressourcen der aktuellen Urbanisierung (Atkinson und Marais 2006: 23).

Inkrementelle Baugebiete

In einem Urteil des südafrikanischen Verfassungsgerichtes im Jahr 2000 wurden die Gemeinden unterdessen verpflichtet, die Bewohner informeller Siedlungen nicht länger im Wartezustand auf die versprochenen Häuser zu halten, sondern sich unverzüglich der Verbesserung der Lebensumstände in den spontan errichteten Siedlungen anzunehmen (Graham 2006: 231). Das Verhältnis von formeller Stadt und informellen Strukturen musste nach dieser Entscheidung aufgrund der unübersehbaren Diskrepanzen politisch überdacht werden. Man einigte sich daraufhin in Kapstadt, nicht die allgemeinen Baustandards und Planungsanforderungen zu senken, sondern suchte nach Möglichkeiten, die informellen Strukturen zu integrieren, ohne die wohlhabenden Bürger aus der rechtlichen Pflicht zur Einhaltung umfassender Baustandards zu entlassen. Das Urteil eröffnete ein Handlungsfenster, um planungsrechtliche Neuerungen für die informell entstandenen Siedlungsgebiete einzuführen und um in verschiedenen Gebieten informellen Einkommensstrategien eine offizielle Duldung zuteilwerden zu lassen. So wurde in Kapstadt die Legalisierung ehemals informeller Gebiete beschlossen und ab 2004 ihre Rechtsauffassung gegenüber den Spontansiedlungen revidiert (Graham 2006). Dies geschah, indem in der Verordnung der Cape Town Zoning Scheme Regulations zwei verschiedene Kategorien für Wohngebiete in Kapstadt eingeführt wurden (vgl. Appelhans 2011). Hier findet sich dann zum einen die Nutzungsausweisung der Single Residential Zones (SR1) für konventionellen Wohnungsbau, zusätzlich wurden die Incremental Housing Zones (SR2) geschaffen. In diese Kategorie wurden ehemals formelle Arbeitersiedlungen überführt, die Verslumungsprozessen ausgesetzt

*) Kapstadt hat einen geschätzten Bedarf von bis zu 18 000 zusätzlichen Wohneinheiten im Jahr, während noch 340 000 Leute auf der Warteliste für ein subventioniertes RDP Haus stehen (City of Cape Town 2011: 85). Unterdessen ist die Stadtverwaltung lediglich in der Lage 10.000 Wohneinheiten im Jahr zu realisieren (ebenda). Der RDP hat sich dieser Frage der Urbanisierung nicht explizit gestellt, denn generell wurde das Thema des städtischen Wachstums politisch lange zurückhaltend und skeptisch diskutiert (Atkinson und Marais 2006: 23).

waren und ausgewählte Spontansiedlungen, die zuvor keiner formellen Regulierung unterlagen. Durch die Überführung des informellen Status in ein inkrementelles Wohngebiet besteht für die Bewohner die rechtliche Möglichkeit zum Verbleib und damit eine relative Sicherheit für soziale und finanzielle Investitionen. Dort sind rechtlich zunächst alle baulichen Aktivitäten erlaubt, die Strukturen müssen den allgemeinen Baustandards nicht genügen. Die Stadtverwaltung kann in den SR2 Gebieten die Bewohner oder Eigentümer von Unterkünften nach gesetzlich festgelegten Kriterien zu baulichen Maßnahmen verpflichten (City of Cape Town 2007). Dahinter steht der von Jenkins beschriebene Gedanke, dass eine Legalisierung nur sinnvoll ist, solange die informellen Arrangements adäquat den Bedarf der Urbanisierung decken (Jenkins 2004: 2013). Alle Strukturen die dies nicht erfüllen, werden nicht legalisiert. Langfristig sollen die inkrementellen SR2 Entwicklungsgebiete konsolidiert und in den konventionellen SR1 Status gelangen. Ziel ist somit eine Konvergenz mit den generellen Baustandards als Norm. Dazu ist die Begleitung durch ein systematisches in-situ Upgrading notwendig. Auf diese Weise können die informell entstandenen Strukturen zunächst anerkannt werden und trotzdem graduell technische Versorgungsstandards zur Verbesserung der Lebensverhältnisse eingeführt werden (Abbott 2004).

Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel Kapstadt

In Kapstadt besteht aufgrund des Ausmaßes der städtischen Veränderungsdynamik und der damit verbundenen schlechten baulichen und sanitären Qualität der informell entstandenen Siedlungsstrukturen Handlungsbedarf hinsichtlich informeller Urbanisierung. Vor dem Hintergrund der Kritik an staatlichen Wohnraumprogrammen und der ungleichen Ressourcenverteilung wird in ausgewählten ehemaligen informellen Siedlungen und Townships Kapstadts seit 2004 inkrementelles Wachstum, Selbstbau und in-situ Upgrading ermöglicht. Die Anerkennung von Informalität eröffnet nun in Verbindung mit dem flankierenden Upgrading neue Möglichkeiten für den existierenden Bedarf an flexiblem, kostengünstigem Wohnraum in der

Stadt. Für inkrementelles Bauen wurden mit den planungsrechtlichen Änderungen Konsolidierungsprozesse mit Aussicht auf Legalisierung institutionalisiert. Die Spontansiedlungen genießen damit einen formellen Status. Dabei gewährleistet die räumliche Eingrenzung auf SR2 Gebiete, dass die übrigen Bautätigkeiten in der Stadt die allgemeinen Bauvorschriften einhalten und darüber hinausgehende Formen der Informalität weiterhin sanktioniert werden können.

In der Praxis gibt es jedoch noch keinen Überblick, was diese rechtliche Änderung für genaue Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in den Gebieten und für die Stadt insgesamt hat (Interview Gorgens 24.10.2012). Es gibt wenig Erfahrungswerte, wie sich die von der Verwaltung eingesetzte Bauaufsicht verhält und wie strikt und systematisch die Kriterien zur Erhaltung oder zum Rückbau durchgesetzt werden. Denn obwohl die Planungsgesetze, die ihren Ursprung teilweise in der Kolonialzeit haben, üblicherweise überarbeitet oder ersetzt worden sind, wird die alte, streng formalistische Planung bisweilen von der Administration verteidigt und formt das institutionelle Gedächtnis. (Interview Gorgens 24.10.2012; Berrisford 2011: 216). Noch ist unklar, ob hier das Recht möglicherweise der Verwaltungspraxis voraus ist.

Es ist ebenfalls festzustellen, dass nicht alle Strukturen und Formen den urbanen Informalität innerhalb der neu ausgewiesenen SR2 Gebiete endgültig in die Legalität überführt werden können. Trotz der eingeführten Begleitmaßnahmen und der Aufsicht durch die Verwaltung gelten nach wie vor soziale Organisationslogiken, die von Siedlung zu Siedlung unterschiedlich sind. Aufgrund der Diversität und Unüberschaubarkeit ist daher zur Zeit kaum ersichtlich, wer beim Zugang zu diesen Gebieten weiterhin marginalisiert wird. Vorfälle von Gewalt und Ausgrenzung lassen vermuten, dass der Zugang nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen offen steht. Die Frage, wer in die Stadt ziehen darf – auch in die SR2 Gebiete – ist somit weiterhin hochpolitisch und umstritten, der Zugang zur Stadt und ihren Ressourcen bleibt umkämpft. Die rechtliche Anerkennung der Spontansiedlungen hat somit die Fragen der Baupraktiken geregelt, die der Landfrage ist jedoch weiterhin offen.

Praktiken, die informell organisiert sind, um Gesetze oder Marktregulieren gezielt zu umgehen (vgl. Myers 2011: 74) sind zudem von einer Duldung per se ausgeschlossen. Unberührt von der Einführung des SR2 werden daher die Hütten in den Hinterhöfen formeller Wohnsiedlungen als illegale Strukturen weiterhin bestehen bleiben. Landbesetzer auf privatem Grundeigentum werden aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht ohne weiteres durch eine Änderung der Flächennutzung ein staatliches Bleiberecht erhalten. Auch der Bau nicht genehmigter, hochwertiger Architektur in landschaftlich spektakulären Naturschutzgebieten wird weiterhin geahndet. Die Außenmigration wird zudem nur unzulänglich aufgefangen. So führen Silverman und Zack (2008) viele informelle Strukturen in Johannesburg darauf zurück, dass es keine Regulierung für den Eintritt der Zuwanderer aus dem (afrikanischen) Ausland in den formellen Wohnungsmarkt gibt. Die Urbanisierungspraxis afrikanischer Zuwanderer bleibt weithin von den Formalisierungsprozessen ausgenommen, indem sie aus Wohngebieten vertrieben werden und keinen Zugang zum RDP haben. Migranten verschaffen sich daher durch Besetzungen und informelle Siedlungen Zugang zu südafrikanischen Städten, die ihnen sonst verschlossen wären (Silverman und Zack 2008: 158). In diesen überbelegten Unterkünften zieht sich die städtische Verwaltung zurück, um Druck auf die Eigentümer zur Instandsetzung auszuüben. Als Reaktion werden in einigen Fällen Behelfskonstruktionen, etwa Generatoren zur Stromversorgung installiert (ebenda: 156). Dadurch bleibt

der staatlich initiierte Druck unwirksam. Einzelne Stadtteile entziehen sich mit der Abkopplung von der staatlichen Versorgung auch der staatlichen Regulation. Die Situation ist in Kapstadt aufgrund der geringeren Zuwanderung im Ausmaß nicht mit Johannesburg vergleichbar, doch auch hier bleibt Informalität für gewisse Bevölkerungsteile weiterhin eine wichtige Strategie, um in der Stadt zu überleben. Konflikte mit der städtischen Verwaltung bis hin zu Räumungen nehmen sie dabei auch hier in Kauf. Festzustellen ist, dass informelle Strukturen und Praktiken weiterhin unterschiedlich behandelt werden: einige sind politisch gewollt und mit den generellen Entwicklungsleitlinien vereinbar, andere werden rechtlich bekämpft.

Aus der Betrachtung des Beispiels Kapstadt zeigt sich, dass bei der Abgrenzung von formell und informell um dynamische Deklarationen verhandelt wird. Das Fallbeispiel zeigt, dass die Politik zwar die Deutungshoheit über Informalität hat, aber gesellschaftliche Instanzen Druck auf die Rechtsprechung ausüben und so die politische und administrative Deutung formen können. Entwicklungsleitbilder und politische Strategien sind dabei ebenso wie konkurrierende Verwertungsinteressen bestimmend für die Deutung, ob die informellen Strukturen und Praktiken erhaltenswert sind. Im Fall Kapstadts gab es eine Verschiebung der Wahrnehmung hinsichtlich dessen, was man noch Anfang der 90er als informelle Urbanität verstand und dem was nun als Lebensrealität in die Rechtsverordnungen aufgenommen wurde. Der Engpass im staat-



Inkrementelles Bauen in Kapstadt

Foto: Nadine Appelhans

lich regulierten Wohnungsbau schloss die Lebensrealität der Bevölkerungsmehrheit weiterhin von der formellen Planung aus, während alltägliche Baupraktiken kriminalisiert wurden. Die Handlungslogik der Verwaltung mit Abriss und Umsiedlungen wurde zwar unter veränderter Zielsetzung, aber doch analog zur Apartheid-Praktik zunächst weiter umgesetzt. Durch den beschriebenen Wandel der Rechtsauffassung und die planerische Reaktion darauf wurde jedoch ein neues demokratisches Leitbild möglich, das weite Teile der Bevölkerung nicht länger von der Urbanisierung ausschließen wollte. Nun gibt es eine Anerkennung gewisser informell entstandenen Strukturen und Praktiken. Als langfristiges Ziel wurde zudem eine vollständige Formalisierung gesetzt. Die dahinterstehenden Begründungen betreffen vor allem die Verteilungsgerechtigkeit und streben an, über die Konsolidierung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bevölkerungsmehrheit zu fördern. Die Rechtsänderung ist somit keine Kapitulation vor den Verhältnissen, sondern der Versuch, die vormals informellen Siedler in den demokratischen Umverteilungsprozess von Ressourcen, wozu auch der städtische Siedlungsraum zählt, einzubeziehen. Die Überwindung des grundsätzlich destruktiven Umgangs hin zu einem konstruktiven Umgang mit informell entstandenen Strukturen wurde planungsrechtlich definiert, in die Entwicklungsleitbilder und politischen Strategien integriert. Etwaige auf externen Vorbildern des Urbanen beruhende modernistische Stadtverständnisse der formellen Planung, wurden dabei zugunsten lokaler Praktiken zurückgestellt. Der konstruktive Umgang mit Informalität in Südafrika beruht damit auf einem Leitbild, das Inkrementalität, Irregularität und ergebnisoffenes Bauen als Elemente zulässt. Das Fallbeispiel illustriert damit, wie auf Seiten der Verwaltung Stadtentwicklungsprozesse geplant werden können, ohne das bauliche Ergebnis der Konstruktion vorwegzunehmen. Dies entspricht dem, was Roy als Konzept der „strategischen Nutzung des Ausnahmezustands“ formuliert, das Informalität als Planungsinstrument einsetzt (Roy 2005, Appelhans 2011). Die Legitimierung urbaner Informalität durch den Staat erfolgt somit weniger taktisch, sondern vielmehr strategisch.

Die Integration formeller und informeller Urbanisierung in Deutschland

Das Fallbeispiel Kapstadt zeigt, dass die Identifikation urbaner Informalität im Zuge der Urbanisierung nicht zwangsläufig ihre Sanktionierung nach sich ziehen muss. Die Erkenntnisse über die Natur der Verflechtung von formeller/informeller Urbanisierung sind zunächst deskriptiv, ihre Abstraktion beinhaltet keinen Handlungsimperativ. Die dialektische Beschreibung formeller und informeller Handlungsstrategien der Urbanisierung ebenso als analytischer Zugang kann dabei geographisch unabhängig genutzt werden. So ist festzustellen, dass es in Deutschland inkrementelles Bauen zum einen als professionell begleitete Projekte gibt, die entweder temporären Charakter haben oder in Modulbauweise angelegt sind um Genehmigungspflichten entgegenzukommen. Zum anderen findet man jedoch auch informelle urbane Alltagspraktiken. Analog zu den bisher dokumentierten Prozessen im globalen Süden gibt es damit auch hier Situationen der Verflechtung von formellen und informellen Urbanisierungsprozessen. Beispiele hierfür lassen sich etwa in Hamburg Wilhelmsburg finden, wo nachbarschaftliche Aushandlungsprozesse als Grundlage für inkrementelle Erweiterungen des Wohnraums durch Selbstbau die Grenzen der Baugesetzgebung in Einfamilienhausgebieten ausreizen. Hier spiegeln die alten Baustufenpläne nicht mehr angemessen die aktuellen Gegebenheiten wider, so dass die Praxis bedarfsorientierte und ressourcengeleitete Lösungen gefunden hat (Interview Vollmer 03.12.13). Dabei ist die Deutung von formell und informell weitestgehend eine Frage der Aushandlung zwischen verschiedenen Nutzern mit den lokalen Behörden und der daraus resultierenden Bestimmung von Konformität oder Illegalität. Der Fall zeigt, dass der Duldungsrahmen von Informalität ist hier somit auch hier flexibel gehandhabt wird. Das traditionelle Ordnungsverständnis zugunsten formeller Genehmigungsverfahren lässt sich damit auch in Deutschland in Frage stellen. Die Grenzen der Duldung lassen sich verschieben und öffnen, ohne den bestehenden rechtlichen Rahmen zu ändern. Wohlmöglich steht dem eine Aktualisierung der Bebauungspläne sogar entgegen. So-

fern festgelegt wird, nach welchen Regeln inkrementelle Baupraktiken durch Konsolidierung legalen Status erreichen können, könnte dieses inkrementelle Vorgehen in der Verdichtung jedoch genauso in politische Konzepte überführt werden, die gezielt Vorteile der Informalität ausnutzen und neue Handlungsperspektiven für die Stadtentwicklung eröffnen. Auch in Deutschland kann man daher Dialektik nutzen, um einen differenzierten Umgang mit informellen Urbanisierungspraktiken zu finden. Dabei handelt es sich nicht nur um die Betrachtung marginaler Praktiken, sondern um weiterreichende Urbanisierungsprozesse, die der planerischen Begleitung bedürfen. Gleichzeitig handelt es sich in Deutschland bei den Urbanisierungsprozessen um wesentlich gegensätzlichere Dynamiken. Während einige Ballungszentren einen

Nutzungsdruck und Bevölkerungszuwachs verzeichnen, steht dem auf der anderen Seite der Leerstand anderer Gebiete gegenüber. Für beide Situationen sind Anwendungen denkbar. Wird die Schrumpfung als (umgekehrter) Urbanisierungsprozess gedeutet, ist innerhalb derer ein verändertes Verständnis von formell und informell hilfreich, um die Rückbauprozesse nutzerorientiert zu begleiten. Gleichzeitig sind ergebnisoffene Ansätze in Lagen mit hohem Nutzungsdruck denkbar, um das Spektrum der Nutzungen und Nutzer erweitern und Aneignungsprozesse ermöglichen. Herauszufinden, welche informellen Praktiken in deutschen Städten legalisiert werden sollten, wird jedoch nur gelingen, wenn informelle Urbanität als Möglichkeit der Stadtentwicklung differenziert betrachtet wird.

Literatur

- Abbott, John (2004): Upgrading an Informal Settlement in Cape Town, South Africa. In Karen Tranberg Hansen, Mariken Vaa (Eds.): *Reconsidering informality. Perspectives from urban Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, S. 193–209.
- Appelhans, Nadine; Senger, David (2008): „What about the houses, man?“. Neue Strategien für den Low-Income Siedlungsneubau in Südafrika. Diplomarbeit, HafenCity Universität, Hamburg.
- Appelhans, Nadine (2011): The State of Exception. Vereinbarkeit von informeller Stadtentwicklung und institutioneller Planung. In *Polis – Magazin für Urban Development* 18 (s02), S. 76–79.
- Atkinson, Doreen und Marais, Lochner (2006): Urbanisation and the future urban agenda in South Africa, in: U. Pillay, R. Tomlinson and J. Du Toit (Hrg.) *Democracy and delivery: Urban policy in South Africa*, pp. 22–49. Cape Town: HSRC Press
- Berrisford, Stephen (2011): Why It Is Difficult to Change Urban Planning Laws in African Countries. In *Urban Forum* 22 (3), S. 209–228.
- Bizzell, John (2002): Blueprints in black and white. The built environment professions in South Africa – an outline history. Durban, South Africa: Solo Collective.
- Charlton, Sarah und Kihato, Caroline (2006): Reaching the Poor? An Analysis of the Influences on the Evolution of South Africa's Housing Programme, in: U. Pillay, R. Tomlinson and J. Du Toit (Hrg.) *Democracy and delivery: Urban policy in South Africa*, pp. 22–49. Cape Town: HSRC Press
- City of Cape Town (2007): City of Cape Town Zoning Scheme Regulations. Retrieved from http://www.capetown.gov.za/en/planningandbuilding/Publications/LandUseManagement/Documents/CoCT_Zoning_scheme_4th_Draft_-_Nov_07_6122007171128_.pdf
- City of Cape Town (2009): State of Cape Town 2008: Development issues in Cape Town.
- City of Cape Town (2011): State of Cape Town Report 2010.
- Coquery-Vidrovitch; Catherine (1991): The Process of Urbanisation in Africa (From the Origins to the Beginning of Independence). In *African Studies Review* 34 (1), pp. 1–98.
- CORC Community Organisation Resource Centre (Ed.) (2006): Profiles of the Informal Settlements within Cape Town Metropole. Kapstadt.
- Graham, Nick (2006): Informal Settlement Upgrading in Cape Town-Challenges, Constraints and Contradictions within Local Government. In Marie Huchzermeyer, Aly Karam (Eds.): *Informal settlements. A perpetual challenge?* Cape Town: UCT Press, S. 231–249.
- Harrison, Philip (2006): Integrated Development Plans and Third Way politics. In Udesch Pillay, Richard Tomlinson, Jacques Du Toit (Hrg.): *Democracy and delivery. Urban policy in South Africa*. Cape Town: HSRC Press, S. 186–229.
- Huchzermeyer, Marie; Karam, Aly; Stemela, Ian Lamla; Siliiga; Nkhangweni; Frazenburg, Sierajodean (2006): Policy, Data and Civil Society: Reflections on South African Challenges through an International Review. In Marie Huchzermeyer, Aly Karam (Eds.): *Informal settlements. A perpetual challenge?* Cape Town: UCT Press, S. 19–40.
- Jenkins, Paul (2004): Beyond the Formal/Informal Dichotomy: Access to Land in Maputo; Mozambique. In Karen Tranberg Hansen, Mariken Vaa (Eds.): *Reconsidering informality. Perspectives from urban Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, pp. 210–226.
- Lemanski, Charlotte (2006): Spaces of Exclusivity or Connection? Linkages between a Gated Community and its Poorer Neighbour in a Cape Town Master Plan Development. In *Urban Studies* 43 (2), S. 397–420.
- Myers, Garth Andrew (2011): *African cities. Alternative visions of urban theory and practice*. London, New York: Zed Books Ltd.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary cities. Between Modernity and Development*. London: Routledge (Questioning cities series).
- Roy, Ananya; AlSayyad, Nezar (Hrg.) (2004): *Urban informality. Transnational perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia*. Lanham: Lexington Books (Transnational perspectives on space and place).
- Roy, Ananya (2005): Urban Informality – Towards an Epistemology of Planning. In *Journal of the American Planning Association* 71 (2), S. 147–158.
- Roy, Ananya (2009): Why India cannot plan its Cities: Informality, Insurgence and the Idiom of Urbanization. In *Planning Theory* 76 (8), S. 76–87.
- Roy, Ananya (2011): *Slumdog Cities: Rethinking Subaltern Urbanism*. In *International Journal of Urban and Regional Research* 35 (2), S. 223–238.
- Silverman, Melinda; Zack, Tanya (2008): *Housing Delivery, the Urban Crisis and Xenophobia*. In Shireen Hassim, Tawana Kupe, Eric Worby (Eds.): *Go home or die here*. Johannesburg: Wits University Press, S. 147–159.
- Tranberg Hansen, Karen; Vaa, Mariken (Hrg.) (2004): *Reconsidering informality. Perspectives from urban Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet
- Watson, Vanessa (2009): 'The planned city sweeps the poor away...': Urban planning and 21st century urbanisation. In *Progress in Planning* 72 (3), S. 151–193.

Interviews:

- Gorgens, Tristan. Isandla Institute, Kapstadt. 24.10.2012.
- Vollmer, Hans. Wissenschaftlicher Mitarbeiter Urban Design, HafenCity Universität Hamburg. 03.12.2013

Der Mellowpark in Berlin Köpenick – eine informelle Nutzung auf dem Weg ins formelle Leben

Stephanie Haury

Einleitung

Engagement wird in Deutschland groß geschrieben. Die Medien berichten von Engagement-Botschaftern, Engagement-Preisen und von der Woche des Engagements. Die Bedeutung von Engagement spiegelt sich auch im Engagementbericht der Bundesregierung wider, in dem die engagementpolitische Strategie des Bundes dargestellt wird. Auch Deutschlands Staatsoberhaupt, Bundespräsident Joachim Gauck, hat bei seinem Neujahrsempfang 2014 sechzig engagierten Bürgern gedankt und in seiner Rede den Wert gesellschaftlichen Engagements und die bedeutende Rolle der „Helden des Alltags“ herausgestellt. Engagement ist demnach ein unverzichtbarer Faktor des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Doch stellt sich die Frage: Gibt es auch Spannungsfelder und ungelöste Probleme bürgerschaftlichen Engagements? Die Antwort lautet: Ja, denn Menschen entscheiden selbst, ob, wann, wo und wie sie sich engagieren. Das führt zu Interessenskonflikten und dazu, dass Engagement nicht immer dort stattfindet, wo gerade eine zuvor durch die öffentliche Hand durchgeführte Aufgabe weggebrochen ist oder wo es am nötigsten gebraucht wird... Um diesem Dilemma zu entgehen, hat die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestags den Begriff des ermöglichenden Staates geprägt. Dieser kann und soll Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Zivilgesellschaft entfaltet und sich immer mehr Menschen für das Gemeinwohl engagieren können – wann, wo und wie sie möchten.¹ Die Idee eines „ermöglichenden Staates“ klingt vielversprechend, doch findet sich dieser Ansatz auch in der Realität wieder?

Betrachtet man ein von Bürgern initiiertes Projekt näher und befragt die Akteure nach ihren Erfahrungen mit den „geöffneten“ Türen von Vater Staat und dessen Ermög-



Wiederbelebung verwunschener Orte

Foto: Hans Friedrich

lichungskultur, hört man nicht selten vom Gesetzesdschungel, langen Genehmigungsphasen und der Überforderung des Einzelnen, sich darin auskennen zu müssen, um eigene Projektideen überhaupt realisieren zu können. Auch trifft man in zuständigen Verwaltungen nicht immer Befürworter kreativer Projekte an. Für viele Engagierte ist es schwer zu verstehen, dass Deutschlands Gesetze in erster Linie auf das Wohl der Allgemeinheit ausgelegt sind, das Bauordnungsrecht zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingerichtet wurde² oder in der Bauleitplanung eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Raumes gewährleistet werden soll. Doch wer bestimmt, was gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung verstößt? Und wer regelt letztendlich die nachhaltige Entwicklung des Raumes? Der Staat. Zur Umsetzung dieser schützenden und regulierenden Aufgabe erlässt er eine Vielzahl von Gesetzen und Normen.

Für engagierte Bürger, die selbst tätig werden und eigene Projekte umsetzen wollen, scheinen die Bestimmungen kein Ende nehmen zu wollen. Vor allem wenn sie sich

Stephanie Haury
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail:
stephanie.haury@bbr.bund.de



Skater beweisen sich als Stadtmacher

Foto: Hans Friedrich



Alles selbstgemacht: Vom Wegweiser bis zum Caféhaus

Foto: Stephanie Haury

zungsarten und Gebäudegruppierungen eindeutig einordnen und von Behörden schnell bescheiden. Doch informelle, nicht standardisierte und neuartige Projekte wie z. B. von sogenannten „Raumpionieren“ entsprechen meist keinen Standards. Das zeichnet sie gerade in qualitativer Hinsicht aus. Im Regelfall entwickeln sie sich aus einem persönlichen bzw. gesellschaftlichen Anliegen und Anspruch heraus. Viele dieser Projekte wollen sich auch von ihren Grundansätzen heraus nicht an den bestehenden Regeln orientieren, und manche von ihnen haben sogar zum Ziel „neue Formen der Regelfindung zu etablieren.“³ Viele bürgerschaftlich initiierte Projekte bewegen sich daher zwischen regelkonformen Ansätzen, Abweichungen, Ausnahmen und experimentellen Sonderlösungen bis hin zu gänzlich illegalen Ansätzen. Die Kunst eigene Projekte zu realisieren, die sich nicht an Standards orientieren, besteht darin, individuelle Lösungen der Umsetzung zu finden.

Aus Sicht der Stadtentwicklung gelten Projekte engagierter Bürger als unverzichtbare Standortfaktoren bei der Herstellung attraktiver Quartiere und Städte. Sie werden nicht nur aufgrund knapper staatlicher Kassen, sondern auch zur Belebung von Quartieren benötigt. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen muss Politik und Verwaltung gemäß ihrer Engagementpolitik neue Wege und Ansätze der Realisierung ausfindig machen und diese auch anwenden. Diese These wird durch eine zentrale Handlungsempfehlung des 1. Engagementberichts der Bundesregierung bestätigt: „Engagement benötigt verlässliche Staatstätigkeit unter dem Leitmotiv der Subsidiarität. Eindeutigkeit, Transparenz, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der staatlichen Rahmenordnung sind fundamentale Voraussetzungen für die Bildung von institutionellem Vertrauen und Sozialkapital... Gesetzliche, steuerliche oder bürokratische Hindernisse in der Ausübung des Engagements sind zu vermeiden bzw. abzubauen.“⁴

Die neue Rolle, die engagierten Bürgern zugesprochen wird, und das daraus resultierende Zusammenspiel zwischen Gesellschaft und Staat ist eine große Herausforderung für alle beteiligten Akteure. Die Ära der „Zuschauerdemokratie“ ist demnach vorbei: „Bürgerinnen und Bürger haben

abseits der üblichen Wege von Sportverein und Feuerwehr bewegen. Engagierte haben keine andere Wahl als Kompetenz zu erwerben und in der Verwaltung Befürworter ausfindig zu machen. Daran scheint kein Weg vorbeizuführen. Aber vor allem jene Aktive, die durch ihr Engagement versuchen, eine in ihren Augen negative Entwicklung zu verhindern, oder die durch ein Projekt eine positive räumliche Veränderung herbeiführen möchten, kommen in ein Dilemma: Das Planungs- und Bauordnungsrecht regelt den Umgang mit gesellschaftlich geprägten und standardisierten Nutzungen. Nach bekannten Mustern konzipierte Projekte lassen sich in die festgelegten Nut-

(1) Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (Hrsg.): *Miteinander Stadt Entwickeln. Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Berlin 2010, S. 7–14.

(2) Siehe: *Musterbauordnung (MBO) § 3 (1)*.

(3) Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Erster Engagementbericht 2012, Für eine Kultur der Mitverantwortung*, S. 9.

(4) *Ebd.*, S. 34.

sich ihrer Macht besonnen, verlassen gern die Zuschauertribünen (...) und mischen sich, gelegentlich auch wütend, ein. (...) Die Bereitschaft zur Einmischung auf direktem Wege geht einher mit großen Wissens- und Mobilisierungspotenzialen und neuen Möglichkeiten zu Vernetzung und Selbstorganisation. Aber Bürgerinnen und Bürger können weit mehr als sich in politische Prozesse einzumischen. Sie sind auf vielfältige Weise selbst Akteure der Stadtentwicklung. Das bestätigt ihnen die Politik gerne – und umwirbt sie als 'Potenzial' und 'Partner' für die ‚zukunftsfähige Entwicklung der Städte‘.“⁵

Doch wie sieht das Zusammenspiel zwischen aktiven Bürgern und regulierendem Staat aus und wie das Spannungsfeld zwischen informellen Ansätzen von Aktiven und formellen Rahmenbedingungen?

Ein sehr gutes Beispiel von sich einmischenden, engagierten und in diesem Fall jungen Bürgern ist der Mellowpark in Berlin. An ihm kann veranschaulicht werden, wie sich ein ehemals lose zusammengewürfelter Haufen Jugendlicher zu einem professionell handelnden Akteur entwickelt hat: Eine informelle Nutzung hat sich zu einem groß angelegten Sport- und Jugendpark verfestigt.

Der Mellowpark in Berlin-Köpenick genießt einen nationalen und internationalen Ruf: „Was 1994 als 'Sport- und Freizeitgelände im Bezirk Treptow-Köpenick' begann, ist inzwischen zu Deutschlands Skate- und BMX-Hochburg geworden.“⁶ Auf über 66 000 m² werden verschiedene Spots und Tracks für BMXer, Skater und Boarder angeboten, ergänzt um andere sportliche Angebote wie Basket- und Volleyball. Das Gelände wird vom Verein all eins e.V. betrieben, bei dem es sich um einen Jugendverein und einen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe handelt. Auf dem Gelände betreibt der Verein auch das Jugendkulturzentrum ALL.

Entstanden ist der Mellowpark 1999 durch einen Ideenentwurf von 14 Jugendlichen des Jugendklubs an der Friedrichshagener Straße in Köpenick. Diese reichten bei dem vom Senat Berlin und vom Stadtmarketing ausgeschriebenen Wettbewerb „Jugend entwickelt das Neue Berlin“ ihren Entwurf ein



Internationale Sportevents im Mellowpark

Foto: Hans Friedrich



Gute Seele und Geschäftsführer des Parks: Jens Werner

Foto: Stephanie Haury

zur Umgestaltung der ungenutzten Brachfläche des ehemaligen Kabelwerks „Obersee“. Die Brachfläche war 9 000 m² groß und ließ somit viel Platz für den Ideenreichtum der jungen Planer. Auf dieser Fläche schlugen sie eine Basket- und Streetballanlage, eine Skateboardbahn, einen Strand und einen Graffiti-park vor und erlangten damit in der Wettbewerbskategorie Stadtentwicklung den ersten Platz. Da der Wettbewerbspreis jedoch nicht wie bei Architektenwettbewerben aus der Realisierung des Entwurfs, sondern aus Kinogutscheinen bestand, mussten sich die Jugendlichen eine eigene Strategie ausdenken, wie sie ihre Ideen auf dem Gelände umsetzen konnten: Sie eroberten es nach und nach.

(5)
Selle, Klaus: Abschied von der „Bürgerbeteiligung“. In: pnd-online 2/2012.

(6)
RBB Online: Der Mellowpark in Köpenick, 25.09.2013. Zugriff: www.rbb-online.de/kinder/tipps/freizeitipps0/der-mellowpark-in-koepenick.html [abgerufen am 29.04.2014].

Gespräch mit Jens Werner,
Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des all eins e.V.

Haury:

Herr Werner, was verstehen Sie unter einer informellen Nutzung und welche Rolle spielt diese für den Mellowpark?

Werner:

Den Begriff „informelle Nutzung“ haben wir in unserer Gruppe nie benutzt. Diesen Begriff kannten wir nur durch Beschreibungen unseres Projektes von außen. Wir haben uns und unsere Tätigkeit nie definiert, sondern haben immer nur gehandelt und Dinge umgesetzt. Wir wussten nicht, ob dies nun ein informelles oder formelles Handeln ist.

Haury:

Aus welcher Motivation heraus haben Sie und Ihre anfänglichen Mitstreiter den Mellowpark ins Leben gerufen?

Werner:

Wir wollten junge Menschen darin unterstützen, das zu tun, was sie wirklich wollen und wo sie hundertprozentig dahinter stehen. Wir wollten damit den Bedarf decken, den andere Institutionen und Einrichtungen nicht decken. Unser Ziel war es, einen Ort zu finden, wo Jugendliche das verwirklichen können, was sie gerne machen wollen: ohne Druck von oben, sondern aus eigener Triebkraft und Eigeninitiative. Unsere Jugendgruppe hat sich aus diesem gemeinsamen Anliegen heraus entwickelt.

Haury:

Zu Beginn war die Gruppe ein lose zusammen gewürfelter Haufen junger engagierter Jugendlicher, der sich ganz ungezwungen getroffen hat. Ab welchem Zeitpunkt entwickelte die Gruppe festere Strukturen und warum?

Werner:

Aus eigenem Antrieb und von unserem Selbstverständnis her hätten wir uns keine feste Form geben müssen. Wir arbeiteten bis dato immer situativ. Unser Fokus lag im Umsetzen kleinerer Projekte und Events. Bei uns gab es kein langes Reden oder irgendwelche Strukturüberlegungen. Wir haben einfach das gemacht, was wir für richtig gehalten haben. Eine Vereinsgründung haben wir immer kritisch gesehen, da damit aus unserer Sicht ein Kreativitätsverlust verbunden ist. Wir wollten auch keine Hierarchien einrichten, da diese dem Selbstverständnis unserer Gruppe widersprachen. Wir haben aber mit der Zeit gemerkt, dass wir für Nutzungsvereinbarungen, Verträge und Sponsoring eine feste Form benötigen. Zudem ist ein Verein über den Landessportbund haftpflichtversichert. Nur deshalb gründeten wir 1994 den all eins e.V. Dies war für uns der erste formelle Akt, den wir aufgrund rationeller Gesichtspunkte vollzogen.

Haury:

Seinen Bekanntheitsgrad hat der Verein durch seinen Beitrag am Wettbewerb „Jugend entwickelt das neue Berlin“ erhöht, bei dem er zweimal den ersten Preis gewonnen hat: 1999 in der Kategorie „Stadtentwicklung“ und ein Jahr später in der Rubrik „Kultur“. Die Idee der 14 Jugendlichen bestand aus der Einrichtung eines Jugendsportparks, dem Mellowpark, auf einer brachliegenden Industriefläche, dem alten Kabelwerk in Berlin Köpenick. Die Freude über den Preis war aber bei Ihnen schnell getrübt, weil damit nicht automatisch die Realisierung der Projektidee verbunden war und dem Verein noch lange Verhandlungen bevorstanden. Was hatten Sie damals vom Bezirk und von der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft erwartet und wie kamen Sie Ihrem Traum vom Mellowpark näher?



Jugendliche benötigen Raum, um sich verwirklichen zu können Foto: Stephanie Haury

Werner:

Die Erarbeitung und Einreichung der beiden Wettbewerbsbeiträge war für unsere Vereinsmitglieder der erste Anlass, formell zu arbeiten. Zuvor haben wir nie Konzepte entwickelt. Erst war immer eine individuelle und gruppenbezogene Nachfrage da und dann wurden die Angebote erstellt. Wir haben dann unmittelbar die Ideen vor Ort umgesetzt und z. B. Skaterampen gebaut. Nachdem wir beide Wettbewerbe gewonnen und erkannt haben, dass es seitens des Bezirks und der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG) kein Angebot gab, uns bei der Realisierung unserer Idee zu unterstützen, haben wir dies selbst in die Hände genommen. Wir haben einfach losgelegt und angefangen, die ungenutzte und verwilderte Fläche mit kleinen Skaterampen und anderen kleinen Sportfeldern auszustatten. Parallel bemühten wir uns um einen Nutzungsvertrag für die Fläche. Unterstützt wurden wir dabei vom benachbarten Jugendzentrum und vom Jugendrat. Mit dem Jugendzentrum hatten wir schon immer einen engen Draht und haben zusammen schon viele Projekte durchgeführt. Zwischen uns bestand ein großes gegenseitiges Vertrauen. Nach einiger Zeit haben wir dann von der TLG einen einjährigen Nutzungsvertrag für das Gelände erhalten. Von außen wurden wir als „Zwischennutzer“ deklariert, wir haben uns aber nie so verstanden. Unser Ziel war immer die Einrichtung einer dauerhaften Nutzung, weil wir wussten, dass unsere Grundidee richtig war.

Haury:

Wie hat der Bezirk auf Sie als neue Mieter der Brachfläche reagiert? Die Fläche, auf der Sie sich befanden, war nach § 30 BauGB innerhalb eines bestehenden Bebauungsplans als Industriefläche ausgewiesen. Sie aber hatten zum Ziel, darauf einen Sportpark einzurichten. Welche Genehmigungen haben Sie beantragt?

Werner:

Wir haben beim Bezirk keinen Bauantrag gestellt, weil wir wussten, dass dieser sowieso abgelehnt werden würde. Es hätte sich auch als schwierig herausgestellt, die angestrebte Nutzung zu beschreiben, weil sich diese in einem ständigen Wandel befunden hat. Gearbeitet haben wir sukzessiv und nach dem work-in-progress-Prinzip. Die Abnahme von Bauten hätte sich als



Das alte Kabelwerk in Berlin-Köpenick, erster Standort des Mellowparks

Foto: Hans Friedrich

Durch den Abschluss von Nutzungsverträgen erhalten Eigentümer von Flächen die Sicherheit, am Ende der Zwischennutzung die Räumungskosten nicht selbst tragen zu müssen. Privatrechtliche Verträge nehmen bei Zwischennutzungen einen wichtigen Platz ein. Sie sind eine gut funktionierende Vereinbarung zwischen Eigentümer und Zwischennutzer. Geregelt werden müssen in diesen vor allem die Bedingungen, die der Eigentümer an den Nutzer stellt wie Entgelte, Dauer und Art der Nutzung. In ihnen kann aber auch der Rückbau des Geländes oder des Objekts festgesetzt werden. Wichtig ist jedoch auch, wie mit wertsteigernden Maßnahmen seitens der Zwischennutzer umgegangen wird, wenn diese z. B. nachhaltige Aufwertungen vorgenommen haben.



Selbstgebaute Dirtbikestrecke

Foto: Hans Friedrich



Der Übersichtsplan zeigt das große Ausmaß des Parks

Foto: Stephanie Haury

Eine aktive Duldung von Projekten kommt vor allem dann in Betracht, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet ist, die Duldung zeitlich befristet ist und von der Nutzung keine negativen Auswirkungen ausgehen. Aktives Dulden wird als bewusstes Nichteinschreiten und als Form informellen Verwaltungshandelns gegenüber Betroffenen definiert. Die Nutzung unterliegt dann zwar nicht den formellen Bestimmungen oder Auflagen, die eine Baugenehmigung enthalten kann, sie unterliegt aber trotzdem materiell z. B. den Sicherheits- oder Brandschutzbestimmungen.

schwierig erwiesen: Welcher Zeitpunkt wäre dafür geeignet gewesen, wenn am nächsten Tag alles anders aussieht als noch am Tag zuvor? Wir selbst sahen unsere Aufgabe darin, für die Sicherheit aller Nutzer zu sorgen.

Wir sind Profis, wenn es um den Bau von Skaterampen geht. Vielleicht ist man sogar vorsichtiger, wenn man keine offizielle Genehmigung hat, da man die Verantwortung selbst trägt. Wir haben lieber einen Balken zu viel eingebaut als zu wenig und darauf geachtet, dass keine spitzen Schrauben aus dem Holz herauschauen.

Haury:

Prof. Gerd Schmidt-Eichstädt, Experte für Planungsrecht, hat den rechtlichen Zustand des Mellowparks auf einer Tagung, bei der Ihr Projekt vorgestellt wurde, als „aktive Duldung“ seitens der Verwaltung bezeichnet. Warum wurden Sie aus Ihrer Sicht vom Bezirk geduldet?

Werner:

Hier spielte aus meiner Sicht das große Vertrauen eine Rolle, das uns die Jugend- und Sozialarbeiter aus dem benachbarten Jugendzentrum entgegenbrachten. Diese hatten uns immer „im Auge“, was wir jedoch nie negativ empfanden. Das Bauordnungsamt besuchte uns oft und konnte sich versichern, dass wir alle Sportbauten, die wir auf dem Gelände verwirklichten, verantwortungsvoll und mit möglichst hohen Sicherheitsstandards umsetzten.

Haury:

Dieser „Schwebezustand“ Ihres Projekts dauerte jedoch noch 10 Jahre lang an und Sie haben sich in dieser Zeit mit vielen einzelnen Nutzungsverträgen über Wasser gehalten. Der Mellowpark hat sich in diesen 10 Jahren zu einem erfolgreich agierenden Jugend- und Sportpark entwickelt, der nicht nur national, sondern auch international Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. 2009 erhielt der Verein jedoch die Kündigung des Nutzungsvertrags für die Brachfläche. Das war sicher ein harter Schlag.

Werner:

Wir konnten und wollten die Kündigung nicht akzeptieren, da wir unser Projekt als einen wichtigen Beitrag für Berlin und für junge Menschen allgemein hielten. Unsere Arbeit verzeichnete große Erfolge im Bereich Sport, aber auch im Bereich Jugendarbeit. Unser Verein war zwischenzeitlich sogar anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Wir protestierten, stürmten das Berliner Jugendforum im Abgeordnetenhaus und mobilisierten die Politik. Auf-

grund des nicht von der Hand zu weisenden Erfolgs des Protests wurden uns von der Bezirksverwaltung verschiedene Ersatzgrundstücke für den Mellowpark angeboten. Die meisten stellten sich jedoch als ungeeignet dar. Viele waren an Standorten, die nur schlecht verkehrstechnisch angebunden waren oder sich an inakzeptablen Orten befanden. Wir hatten das Gefühl, dass wir an einen Ort abgeschoben werden sollten, an dem wir keinen Ärger machen. Doch dann haben wir aus eigenem Antrieb das brachliegende Gelände an der Wuhlheide ausfindig gemacht, das wir als den idealen Ersatzort für das alte Gelände betrachteten. Nach vielen Verhandlungen mit dem Bezirk wurde uns das Gelände, das vier Mal so groß ist wie das alte, zur Verfügung gestellt.

Haury:

Der Einzug auf das neue Gelände „An der Wuhlheide“ war in gewisser Weise ein Neustart für das Projekt. Das Projekt und der Verein wurden aus rechtlicher Sicht ganz anders behandelt. Ich lese in der Veröffentlichung „Mellowpark 2001-11 - Das beste aus zehn Jahren“, dass durch den Umzug die Engagierten und der Verein „ernster“ geworden sind und „weniger gelacht, sondern mehr diskutiert, nicht mehr viel geträumt, sondern hart gearbeitet wird“. Was veränderte sich, als Sie sich die neue Fläche aneigneten und umplanten?

Werner:

Bei der Planung der neuen Fläche wollten wir alles richtig machen. Wir wollten nicht mehr als Zwischennutzer betrachtet werden, sondern strebten eine langfristige Nutzung des Geländes an. Wir wollten tatsächlich ernst genommen werden von Politik und Verwaltung. Wir haben uns sogar planungsrechtlich von Prof. Gerd Schmidt-Eichstädt beraten lassen, weil wir gegenüber dem Bezirksamt ernsthaft auftreten wollten. Die ersten Gespräche im Bezirk zeigten, dass wir den Kinderschuhen entwachsen waren und nicht mehr wie Jugendliche, sondern wie Investoren behandelt wurden.

Haury:

Zu was hat Ihnen Prof. Schmidt-Eichstädt geraten?



Container werden zu Bürogebäuden umgebaut

Foto: Hans Friedrich

Vorhabenbezogene Bebauungspläne nach §12 BauGB können von den Gemeinden auf der Grundlage eines von einem (privaten) Vorhabenträger mit der Gemeinde abgestimmten Vorhaben- und Erschließungsplans aufgestellt werden. Voraussetzung ist, dass der Vorhabenträger zur Durchführung des Vorhabens und der Erschließungsmaßnahmen bereit und in der Lage ist und sich in einem Durchführungsvertrag zur Durchführung der Maßnahmen verpflichtet. Am Anfang des Verfahrens steht ein Antrag des Vorhabenträgers. Über den Antrag muss die Gemeinde nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden. Dies beinhaltet u.a. die Prüfung der Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit der Nutzung, der Bonität des Vorhabenträgers und der städtebaulichen Ziele. Die Regelungen des §12 BauGB fördert die Privatinitiative zur Bauleitplanung.

Werner:

Das neue Gelände befindet sich im Außenbereich und ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche mit der Bestimmung „Sport“ ausgewiesen. Es können damit Sportnutzungen im Einzelfall zugelassen werden. Schwierig wird jedoch die Mischung aus Sportnutzungen und Jugendbauten, die wir beabsichtigen. Prof. Schmidt-Eichstädt riet uns daher, uns als Vorhabenträger für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu bewerben, was wir in der Zwischenzeit auch getan haben.

Haury:

Die Entwicklung von einer ehemals situativ arbeitenden und informellen Gruppe zu einem Vorhabenträger ist ein steiler Aufstieg. Wie kann der Verein gewährleisten, dass weiterhin innovativ und experimentell gearbeitet werden kann?



Die neue Experimentierfläche des Parks

Foto: Hans Friedrich

Werner:

Das neue Gelände hat unterschiedliche Gesichter. Es gibt die professionell erstellte Dirtbike-Racestrecke, auf der wir große Events veranstalten können. Dieses Jahr wird dies z. B. der Worldcup sein. Unser Gelände ist aber so groß, dass wir viel Platz zum Ausleben jugendlicher Kreativität haben. In einer Ecke des Parks wurde von Jugendlichen das Moods-Festival veranstaltet. Dieses wurde von den Jugendlichen komplett selbst kreiert und alle Möbel wie Bars und Bühnen selbst gebaut. Wir lassen dort die Jugendlichen einfach machen. Am Eingang des Parks haben wir auch eine ausgewiesene Experimentierfläche. Auf dieser können die Jugendlichen selbst Rampen bauen und damit experimentieren. Die Fläche verändert ihr Aussehen täglich. Wir finden es eigentlich absurd, dass wir zwischenzeitlich so professionell arbeiten, dass wir Experimentierflächen schon extra ausweisen müssen. Das ist der Preis für Planungssicherheit.

Haury:

Wie erlangen Sie Planungssicherheit für einzelne Skaterampen, die als bauliche Anlagen gelten? Es gibt für diese ja noch keine etablierten DINs oder Richtlinien.

Werner:

Hier bewegen wir uns auf Neuland. Für alle Rampen auf dem Gelände werden objektbezogene Einzel-TÜV-Abnahmen durchgeführt. Der TÜV überprüft dabei vor allem die statische Sicherheit und mögliche Verletzungsgefahren. Die Abnahmen sind damit sehr aufwendig, baurechtlich konnten damit aber alle Rampen und Spots abgenommen werden. In der Zwischenzeit hat der all eins e.V. eine Rampenbau-firma gegründet und fungiert für den TÜV als externer Berater bei der Abnahme von Skateranlagen. Wir haben uns durch unsere langjährige Erfahrung und durch unser permanentes Experimentieren an Bauten und Material zu Experten für Rampenbau entwickelt.

Haury:

Vielen Dank für das Gespräch,
Herr Werner!



Skaten und Biken zieht viele unterschiedliche Altersklassen an Foto: Hans Friedrich



Aufräumarbeiten im Park über gemeinsames Arbeiten (Subbotniks)

Foto: Hans Friedrich

Fazit

Der Verein all eins e.V. hat in der Zwischenzeit nicht nur eine Rampenbaufirma und einen eigenen Sportverein gegründet. Er hat sich zu einem professionellen Projektentwickler entpuppt, der nun als Träger eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auftritt. Finanzieren kann er dies durch langjährige Sponsorverträge mit Red Bull. Aber neben allen Erfordernissen, die man als Vorhabenträger erfüllen muss, neben der geforderten Ernsthaftigkeit und dem professionellen Auftreten spürt man bei einem Spaziergang über das Gelände noch an jeder Stelle den Pioniergeist, Ideenreichtum und die Experimentierfreudigkeit der jungen Planer und Nutzer des Parks. Die bestehenden Rampen und Half Pipes unterliegen einem ständig Erneuerungsprozess. Begleitet wird dieser durch Graffiti-Sprayer, die sich auf dem Gelände verwirklichen können. Das Übersprühen der Rampen ist hier mit den anderen Nutzern geregelt und legal. Die Rampenbauer recyceln nicht nur alles, was im Haushaltsmüll, Schuttmulden oder Recyclinghöfen zu finden ist: Der neue Trend liegt im Upcyclen – in der Aufwertung nicht mehr benötigter Produkte. Alte Türen werden so zu Tischen; Verschalungshölzer zu Bars oder ausgediente Bauwagen zu neuen Jugendherbergen.

Der Mellowpark zeigt, dass aus ehemals informellen sportlich Aktiven im städtischen Raum ernst zu nehmende, formelle Akteure der Stadt entstehen können. Dies entspricht zwar nicht immer dem Selbstverständnis



Der Sportpark ist ein wichtiger Magnet im Quartier

Foto: Hans Friedrich

informeller Akteure. Denn diese Entwicklung geht einher mit einem großen Wandel für die einzelnen Gruppen. An einer Unterstützungs- und Ermöglichungskultur seitens der Verwaltung muss allerdings noch gearbeitet werden. Denn nicht jeder Kreative zeigt so viel Durchhaltevermögen und Energie wie die Akteure des Mellowparks. Viele ziehen vor den Schranken, die durch vorhandene Richtlinien, Bestimmungen und uneinsichtige Verwaltungsmitarbeiter aufgebaut werden, den Kürzeren. Wenn die Bundesregierung weiterhin das Ziel kreativer Städte verfolgt, muss es einen Paradigmenwechsel geben. Und es müssen alle vorhandenen rechtlichen Spielräume genutzt werden, um Aktive und Engagierte in ihren Vorhaben zu unterstützen.



Foto: J. Quitsch

Bleiberecht zum Höchstgebot?

Wolfgang Kil

Am Anfang war der Leerstand. Vor geschlossenen Fabriken, aufgelassenen Militärbereichen oder zugenanagelten Bahnhöfen konnte man noch tapfer die Augen verschließen. Ein jahrelang verrammeltes Kaufhaus oder das einst glamouröse, heute verrottende Premierenkino im Herzen der Innenstadt waren schon schwerer zu ignorieren. Eine Million leere Wohnungen in Ostdeutschland gaben endlich Anlass für Alarm: Technologischer plus demografischer Wandel zwingen die Gesellschaft, sich neu zu sortieren. Auch Disparitäten verteilen sich neu: Städte schrumpfen, Regionen entleeren sich. Für davon betroffene Wohnungsunternehmen ging es ums blanke Überleben. Ab jetzt war von Leerstandskrise die Rede.

Krise kann Panik erzeugen, doch auch zu Neuem Denken ermutigen – getreu Karl Gansers optimistischer Drohung, dass es jemandem nur erst so richtig schlecht gehen müsse, dann sei er auch bereit, ausgetretene Pfade zu verlassen.¹

Räume für ein nicht entfremdetes Leben (Boris Sieverts)

In ihrer Anfangsphase verbreitete die Schrumpfungsdiskussion vor allem Furcht und Schrecken, aber sie weckte auch manch hochgestimmte Erwartung. „Warum in den nicht mehr systemisch integrierten Räumen ... nicht neuen Sinn entdecken, Lebensqualität und Abenteuer?“², fragte etwa die Berliner Planungshistorikerin Simone Hain, und in den verlotterten städtischen Randlagen zwischen Rhein und Ruhr begann Boris Sieverts seine Wanderungen mit „den Neugierigen und Tatendurstigen, die Zonen mit utopischem Potenzial suchen für soziale und gestalterische Experimente im Sichtschaten unserer kontrollierten Welt. Wo Lebensräume durch Gebrauch und nicht durch Eigentum definiert werden. In diesem Sinn sind sie Raum für ein nicht entfremdetes Leben.“³ Sogar der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI ließ das Innovationspotenzial entspannter, weil aus der Nachfrage entlassener Areale untersuchen, wo „Bodenwerte und Regungsdichte niedriger sein können als in

hochverdichteten Räumen. Wo also Freiräume und Milieus entstehen können, die die Risikobereitschaft für das ideologiefreie Aufgreifen von Tabuthemen erlauben (z. B. Müllverarbeitung, Hanfanbau, Verschenken von Land etc.) und die attraktiv sind für Menschen mit alternativen Lebensentwürfen.“⁴

Von solchen Träumen und Visionen ermutigt, machten sich Scouts und Sondierer auf, um in schrumpfenden Städten und Regionen den vielen leeren Häusern und Brachflächen mit kulturellen und sozialen Projekten neuen Nutzen abzugewinnen. Genau jene Problemorte hatten es ihnen angetan, die Planern und Verwaltern auf der Seele lagen. Dafür ernteten sie Dankbarkeit, und es dauerte auch gar nicht lange, da wurde ihnen ein Etikett verliehen, das nur ehrenvoll gemeint sein konnte: Raumpioniere. Ein wirklich trefflicher Titel! Denn um was es ihnen ging, war ja RAUM. Genauer, noch einmal mit Boris Sieverts, „Raum für ein weniger entfremdetes Leben“.

Inzwischen, ein reichliches Jahrzehnt später, klingt alles deutlich anders. In ostdeutschen Großstädten werden bisherige Problemviertel plötzlich zu überraschenden Aufsteigern in den Immobiliencharts: „Die Werkzeuge Zwischennutzung sowie künstlerische Aktionen zur Imageverbesserung waren erfolgreich. Leerstehende Häuserblocks wurden gekauft, saniert und sind inzwischen wieder vermietet. Zum Teil entwickelt sich der Wohnungsmarkt so gut, dass die kreativen Newcomer kaum noch Räume für ihre Nutzungen finden.“⁵ In solchen Berichten schwingt Erleichterung mit, sogar ein bisschen Selbstzufriedenheit. Die Regeln des Immobilienmarktes scheinen wieder zu greifen. Ist die Krise tatsächlich gebannt?

Ein anschauliches Beispiel für den durchaus zwiespältigen Wandel der Verhältnisse kann der Postkult e.V. in Halle liefern, ein 2007 von Studenten gegründeter Verein für Jugend- und Sozialprojekte, der ursprünglich kreuz und quer durch die Saalestadt vagabundierte. Im Rahmen der IBA Stadtbau 2010 kamen sie erstmals auch in den

Wolfgang Kil
Lychener Straße 59 a
10437 Berlin
Email: w.kil@gmx.de

Stadtteil Glaucha. Weil das benachteiligte Quartier sich für ihre Aktivitäten besonders aufgeschlossen zeigte, nisteten sie sich in zwei leeren Läden ein und nahmen Kontakt zu den Nachbarn auf. Das Nomadendasein verbraucht viel Kraft, sie wollten endlich eine feste Bleibe. Als erstes zauberten sie aus einem Ruinengrundstück einen „Nachbarschaftsgarten“. Auf der Parzelle dahinter vergammelte ein kleiner Gewerbehof. Von solcher „Leerstandsvielfalt“ hatten sie geträumt. Doch während ihre Gärtnerei auf der Ruinenbrache vom Eigentümer „großzügig“ geduldet wurde, hieß beim Gewerbehof die Bedingung ganz klar: Kaufen!

Für das Projekt „Jugend belebt Leerstand“ hat Alexander Hempel, ein Mitbegründer des Vereins, recht anschaulich die inneren Hürden beschrieben, die vor Eintritt in die Welt des Grundbesitzes zu überwinden waren: „Beim Nachbarschaftsgarten war der Verein noch nicht reif genug. Wir hatten wohl zu viel Respekt vor Immobilieneigentum.“ Beim zweiten Anlauf, als sie sich für den Kauf ihres Gewerbehofes bewarben, half ihnen (neben einer moderaten Kaufsumme, die durch Mikrokredite aufzubringen war) ein Kunstgriff zur Selbstermutigung: Sie nahmen sich vor, den Rollentausch – vom Nutzer zum Besitzer – als ein Projekt zur Stärkung der Vereinsidentität zu begreifen. Von Anfang an war klar, welcher Drahtseilakt ihnen bevorstand: „Das Grundstück darf niemals zum Selbstzweck werden. Es muss immer Rahmen für unsere Aktivitäten, also ein Mittel für unsere eigentlichen Zwecke sein.“ Und dann die Konsequenz: „Auf das Prädikat Leerstandsnutzer müssen wir nun wohl verzichten.“⁶

Solche Probleme einer neuen Sesshaftigkeit wollten die Gründer des Leipziger Vereins HausHalten e.V. von vornherein vermeiden. Ziel ihrer Initiative war es ursprünglich, für von Verfall bedrohte, aber stadträumlich wichtige Wächterhäuser Vereine und Akteure der Kreativwirtschaft zu finden, die zu den reinen Betriebskosten die gefährdeten Objekte nutzen. Die Vereinbarungen zwischen den Eigentümern der leeren Häuser und den zur Mindestpflege bereiten Zwischennutzern sollten einen unklaren Zustand überbrücken. Wächterhäuser waren also per definitionem auf Zeit angelegt. Es ging einzig darum, den Verlust der betreffenden Gebäude zu verhindern.

Auch den Leipziger Hauswächtern ist die neue Lage nicht entgangen, weshalb sie neuerdings betonen, dass es auch anders geht: Hier und da würde ein Haus von seiner Nutzergruppe übernommen, in einem Fall hätten sich sogar exmittierte Zwischennutzer als Verein ein Haus an anderer Stelle gekauft. Die veränderte Strategie lautet: „Von der Sicherung der einzelnen Immobilie hin zum Erhalt der gewonnenen Freiräume“, was bedeutet, „die ursprünglichen Zwischennutzer der Wächterhäuser langfristig an ‚ihre‘ Immobilie zu binden, Verträge zu verlängern oder eventuell sogar den Erwerb eines Hauses zu unterstützen.“ Waren Hauswächter bislang mutige Streiter in einem riskanten Prozess mit durchaus offenem Ausgang, so porträtiert man sie neuerdings als „Pioniere, die angekommen sind“.⁷

Ankommen, um zu bleiben – wenn dies nun zum erklärten Ziel sogar der Wächterhäuser wird, dürfte das diverse Zwischennutzer-Initiativen vor grundsätzliche Probleme stellen: Wie oft sind es Studenten, Künstler und anderes unstetes Volk, die sich voller Elan dem improvisierenden Leben verschreiben. Sie sind auf der Suche nach Erfahrungen tausenderlei Art – bloß nicht erpicht auf Kredit-, Grundbuch- oder Abschreibungsfragen.

Und es empfiehlt sich, genau hinzuhören: Sobald es ums Ankommen geht, ist von Räumen keine Rede mehr. Ab jetzt geht es um Immobilien.

So können etwa beim Nachfolgemodell des Wächterhauses – das jetzt AusBauHaus heißt – bleibewillige Bewohner „ihr“ Haus nach eigenen Vorstellungen umbauen und haben ein langfristig günstiges Mietverhältnis⁸. Aus den vormaligen Zwischennutzern sind Selbsthilfemmieter geworden. Der alte (oder neue) Eigentümer darf wieder mit regelmäßigen Einnahmen und, dank der investierten Muskelhypothek seiner Mieter, sogar mit einer Wertsteigerung seiner Immobilie rechnen. „Man kann den Erfolg einer Zwischennutzung auch an der Bodenpreissteigerung erkennen“, so die nüchterne Analyse von Matthias Bürgin vom Schweizer Büro Metis. Bei ihnen in Basel habe dieser Wertzuwachs „leider“ gegen 400 Prozent betragen, wovon nicht ihr Verein, sondern die Eigentümer profitierten. „Da fühle ich mich als Zwischennutzer manchmal ganz schön ausgenutzt.“⁹

Schafe im Wolfspelz?

Für den ganzen hier beschriebenen Prozess lässt sich ein symbolisches Datum nennen: der 3. Oktober 2012. Da erhielt eines der bundesweit bekanntesten Zwischennutzer-Projekte, die vielseitige und vor allem kommerziell erfolgreiche Kulturinitiative „Kater Holzig“ vom Berliner Senat den Zuschlag für ein heftig umkämpftes Uferstück an der Spree. Flankiert von einer Schweizer Stiftung, stachen die umtriebigen Clubunternehmer alle übrigen Mitbieter aus. Nun können sie, geschützt durch einen Erbpachtvertrag, 18 000 m² feinste Berliner Wasserlage nach eigenen, unkonventionellen Vorstellungen auf Dauer entwickeln. Was von Vielen als endlicher Durchbruch für alternative Stadtentwicklungskonzepte gefeiert wurde, bedarf aber wenigstens eines relativierenden Einwurfs: Hier ist nicht etwa eine einsichtige Verwaltung auf einen nutzerfreundlichen Vermarktungskurs umgeschwenkt. Des ewigen Herumwanderns müde, hatten sich die Leute vom „Kater Holzig“ ein Bleiberecht erkaufte – schlicht zum Höchstgebot.

Um gegen die Konkurrenz der Investoren auf Augenhöhe bestehen zu können, mussten sie sich selber in solche verwandeln. Treten sie nun also als Schafe im Wolfspelz an? Es wird spannend sein zu beobachten, was die teuer errungene Sesshaftigkeit für die „alternativen“ Pläne der nunmehrigen Genossenschaft Holzmarkt e.G. bedeutet.

Auch bei HausHalten e.V. dürften sie ins Grübeln gekommen sein. Die Vereinsgründer rechneten bei ihrem Modell mit einem Zwischennutzungs-Zeitraum von fünf Jahren. Doch kaum begannen sich bei den ersten Häusern erneut Rentierlichkeiten abzuzeichnen, waren die üblichen Interessenten zu Stelle: „Nun müssen alle Nutzer aus dem Wächterhaus N.N. ausziehen“, berichtete die lokale Presse im Sommer 2012, weil eine „Holding als Eigentümer plant, in dem Doppelhaus 16 Eigentumswohnungen und drei Gewerbeeinheiten unterzubringen.“¹⁰ Auch wenn der Reporter der Leipziger Volkszeitung in den geschilderten Vorgängen „keinerlei Bezüge zur Gentrifizierung“ erkennen wollte – praxiserfahrene Akteure geben sich da keinen Illusionen hin: Entgegen allen Erwartungen bleiben selbst schrumpfende Städten nicht von Verdrängungsprozessen verschont. Aber sollen

sie auf ihre eigenen Leistungen dabei nicht doch pochen dürfen? „Man müsste die Zwischennutzer als Standortaufwerter an der Wertsteigerung teilhaben lassen“, so ein Vorschlag von Alexander Hempel aus Halle, und Juliana Pantzer von HausHalten forderte aus ihrer reichen Vereinerfahrung, „noch viel stärker die Sozialrendite der Projekte zu berücksichtigen, um ihren echten Wert zu erfassen.“¹¹ Nur ... zählt Sozialrendite nicht eher zu den gefühlten Werten?

Ob vakante Räume nur als Zwischen- oder auch als Endstationen zu betrachten sind, daran scheiden sich die Diskursgeister. „Verrennen Sie sich nicht in Permanenz!“ Mit diesem Rat der Berkeley-Professorin Margaret Crawford haben sich die Vordenker von Urban Catalyst gegen allzu euphorische Erwartungen gewappnet. In ihrer rasch zum Standardwerk avancierten Beispielsammlung¹² wird der Begriff Zwischennutzung grundsätzlich wörtlich genommen: In der Vorsilbe Zwischen- sehen sie die Endlichkeit jeder dieser Unternehmungen unabänderlich gegeben. Solch rationale Betrachtung schärft den Blick für die Potenziale eines urbanen Raumverhaltens, das sie Stadtnutzung auf Probe nennen. Und es hilft offenbar auch, das so häufige Scheitern hochfliegender Träume kühl zu verkräften.

In Bremen sieht man das anders. Den Aktivisten der dortigen ZwischenZeitZentrale geht es nicht nur um vorübergehende Außerkraftsetzung von Regeln, sondern um nachhaltig geänderte Verhältnisse, weshalb sie, anstatt von Zwischennutzung, auch lieber von *Second Hand Spaces*¹³ sprechen. Schon mal gebrauchte Räume sollen, anstelle der befristeten Freuden des Lückenfüllers, echten Funktionswandel ermöglichen: Durch das Recyceln von Orten sollen am Ende gänzlich neue Orte entstehen.

Zwischen diesen zwei Positionen ist letztlich die Kernfrage aller temporären Aneignungen zu stellen: Um wen oder was dreht sich die Zwischennutzungsdebatte eigentlich? „Steht der Nutzen für das direkte Umfeld im Vordergrund, oder der Wunsch nach Selbstverwirklichung?“¹⁴ Geht es um einen vorübergehend aus dem Takt geratenen Grundstücksmarkt, oder um die Zwischennutzer als aktive und sich deutlich artikulierende Interessengruppe einer Gesellschaft im Wandel?

Damit die Frage nicht gleich in ein idealistisches Abseits rutscht, sei noch einmal an die Anfänge der Stadtumbaudebatten nach der Jahrtausendwende erinnert: Waren damals die Hoffnungen nicht auch auf das Entdecken neuer Chancen gerichtet? Lautete das Ziel wirklich nie anders als Rückkehr zum Status quo? Sollten nicht Zwischennutzer oder Raumpioniere mit ihrem kreativen wie selbstausbeutenden Engagement in den vielfach ratlosen und verwaltungstechnisch festgefahrenen Städten die Verhältnisse wieder in Bewegung, womöglich gar ein wenig zum Tanzen bringen?

Vom Raumkonsumenten zum Raumproduzenten (Klaus Overmeyer)

„Die Zwischennutzung frisst ihre Kinder“ – so sarkastisch umschreibt Robert Huber vom Berliner Verein zukunftsgerauesche e.V. den Vorgang, dass gerade erfolgreiche Modelle immer irgendwann Eigendynamiken entwickeln, die die Ursprungsidee aus der Spur bringen, gar konterkarieren können. Für Zwischennutzer gelte das Verhängnis, dass Eigentum sich auf Dauer nicht im Status fröhlicher Improvisation wahren und betreiben lasse. Die also früher oder später unvermeidlich werdende Professionalisierung der Akteure läuft dem anarchisch-kreativen Potenzial der geschenkten Räume von der Sache her zuwider.

Aber lassen sich gegen solch deprimierende Kompromisse gar keine Schutzvorkehrungen treffen? Die Freude über die geschenkten Räume galt doch nicht dem reinen Spaßvergnügen verwöhnter Großstadtkinder. An diese Räume wurden doch ernsthafte Erwartungen gestellt! Nach Klaus Overmeyer waren (und bleiben) sie eben keine temporären Spielwiesen, sondern „Nährboden für experimentelle Arbeits- und Wohnformen, alternative Ökonomien oder die Erfindung neuer kultureller Szenen. Werte, die unter herkömmlichen immobilienwirtschaftlichen Bedingungen nur schwer entstehen, auf die Städte künftig aber dringend angewiesen sind.“¹⁵

Was jetzt allenthalben als Rückkehr in vermeintliche Normalzustände begrüßt, mitunter geradezu gefeiert wird, bedeutet für die betroffenen Stadtquartiere eben nicht nur die lange erwartete Aktivierung privater

Sanierungsanstrengungen. Der alte Status quo stellt auch eine effektive Verarmung dar: Den Städten gehen mühselig errungene, aber notwendige Freiräume, und damit Entwicklungs- und Entscheidungsspielräume wieder verloren. Und mit den Räumen verschwindet am Ende auch der frische Geist von Improvisation und Experiment. „Die Bedingungen von Transformationsräumen entsprechen in der Regel nicht den Standards der Immobilienvermarktung...“, schreibt Overmeyer richtig, was aber umgekehrt bedeutet: Die Rückverwandlung eines vorübergehenden Freiraums in ein erneutes Vermarktungsobjekt erfordert schlicht andere Nutzer. Oder es bleibt nichts anderes übrig, als den hartnäckig ausharrenden Zwischennutzern ein ganzes Arsenal an Einschränkungen aufzuerlegen, bis noch der letzte Funke anarchischer Kreativität erlischt.

Wer sich zu diesem traurigen Szenario kein Bild machen kann, der schaue nur auf Prenzlauer Berg, den legendären Berliner Stadtbezirk, der von weither zugereisten Wohlstandskindern regelrecht überschwemmt wurde, „fasziniert vom Geruch der Revolution in gerade noch bewohnbaren Ruinen, vom Zwang zur Improvisation in Häusern, die kein Telefon hatten und nur Ofenheizung.“ Dann hat die Sache „ihren üblichen Verlauf genommen: Die jungen Wilden wurden ruhiger, bekamen Jobs und Kinder und wollten Eigentum. Jetzt leben sie ähnlich wie ihre Eltern. [...] Ihre Kinder nennen sie Paul und Paula, Conrad und Jacob, Marie und Mathilda. Alternativ zu sein heißt hier mittlerweile, zu seiner Bürgerlichkeit zu stehen.“¹⁶ Die bunte Clubszene wurde wegen Ruhestörung auf Räumung verklagt, Bars und Kneipen schließen jetzt oft schon vor Mitternacht. Denn sie gehen früh zu Bett, diese „Totengräber all der Dinge, deretwegen sie angeblich kamen“.¹⁷

Postscriptum

Nun ist der Verdacht schwer zu vermeiden, dass die so erleichtert registrierte Rückkehr zur Normalität vielerorts zu gar keiner echten Normalität führt. Sollte denn in den von Strukturwandel und demografischen Verlusten gebeutelten Städten wirklich ein derartiger Nutzungsdruck entstanden sein, dass die Nachfrage nach Brachflächen und Leerräumen auf einmal die bislang geduldeten Billigheimer vertreibt?

Zum einen haben wir es hier mit den – bezweckten und erwarteten – Resultaten des gigantischen Rückbauprogramms im Stadtumbau-Ost zu tun. Ein merkbarer Anteil an Flächen- und Raumüberschuss ist damit

tatsächlich verschwunden. Weil aber das Zutrauen in traditionelle Anlageformen der Banken immer weiter sinkt, werden inzwischen auch Flächen und Häuser aufgekauft, ohne sie wirklich bebauen bzw. betreiben zu wollen. „Auf der Suche nach attraktiven Anlagen werden die Investoren weiter in klassisches Betongold flüchten“,¹⁸ beruft sich etwa die Berliner Zeitung auf Marktforscher der Immobilienwirtschaft, und nach dem großen Schrumpfungsschock gewinnen mittelgroße Städte Ostdeutschlands für süd- und westdeutsche Anleger plötzlich wieder an Attraktivität.¹⁹ Doch Grundstückserwerb zum Zwecke reiner Geldverwertung hatte noch nie Nutzerbedürfnisse oder überhaupt ein Wohl der Stadt im Blick.

Anmerkungen

- (1) Ein Diktum, dem sich sogar das Bundesbauministerium, mit Blick auf die IBA Lausitz, anschloss: „Der hohe Leidensdruck in der Region führt zu einer hohen Risikobereitschaft und stellt eine Bedingung für innovative Gestaltungsansätze dar.“ BMVBS (Hrsg.): Die Zukunft Internationaler Bauausstellungen. Internationale Fallstudien und ein Monitoringkonzept. Berlin 2011, S. 59
- (2) Zit. nach Wolfgang Kil: Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Wuppertal 2004, S. 156
- (3) Boris Sieverts: Vom Reichtum des Informellen. In: Deutsche Bauzeitung Nr. 7/2003, S. 55
- (4) Inken Baller, Heinz Nagler: Ausblick. In: Neue Medien – Der Raum und die Grenzen. Städtebauliches Modellprojekt und Ideenwettbewerb 1998/99 für die Region Niederlausitz. Dokumentation, hrsg. vom Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI, o.O., 2000
- (5) BMVBS (Autor Janos Brenner): Eigentümerstandortgemeinschaften. In: planerIn 3/12, S. 45
- (6) Wolfgang Kil: Ein Übertritt. Von der Brache zur Adresse. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jugend belebt Leerstand. Berlin 2013, S. 85
- (7) „Pioniere, die angekommen sind“ In: BBSR (Hrsg.): Offene Räume in der Stadtentwicklung. Leerstand – Zwischennutzung – Umnutzung. stadt:pilot spezial. Juni 2012. S. 42 ff.
- (8) ebenda
- (9) Zitate von der Pinnwand des Werkstattgesprächs „Strategien zum Umgang mit Leerstand in der Stadtentwicklung“, Leipzig, 22. bis 24. September 2011. In: BBSR (Hrsg.): Offene Räume ... a.a.O.
- (10) Daniel Große: Ein Wächterhaus hat fertig. In Leipziger Volkszeitung vom 26.05.2012
- (11) s. Anm. 9
- (12) Philipp Oswalt, Klaus Overmeyer, Philipp Misselwitz (Hrsg.): Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Dom Publishers, Berlin 2013
- (13) Michael Ziehl, Sarah Oßwald, Oliver Hasemann, Daniel Schnier (Hrsg.): Second Hand Spaces. Über das Recyceln von Orten im städtischen Wandel. Jovis Verlag, Berlin 2012
- (14) Thomas Busch von der Stiftung „Fabrik für Kultur und Stadtteil“ Düren, wie Anm. 9
- (15) Klaus Overmeyer: Zwischennutzung ff. In: BBSR (Hrsg.): Offene Räume ... a.a.O., S. 38. ff.
- (16) Hartmut Häußermann im Gespräch, in Henning Sußebach: Bionade-Biedermeier. In: DIE ZEIT vom 8.11.2007
- (17) Wolfram Kempe: Niemandsland. In: Prenzberger Stimme, 14. Oktober 2011
- (18) Mieten steigen weitere fünf Prozent. In Berliner Zeitung vom 23.12.2013, S. 11
- (19) Vgl. „Wahnsinn Immobilie“ in Süddeutsche Zeitung vom 21.7.2012, S. 32



I NEED HELP

- BUILDING A "NEED-HELP-BOARD" (EVERYONE)
- ~~CONSTRUCTING THE BUNK-BED (JORN)~~
- LOOKIN' FOR MY SUNGLASSES ~~211~~ 222 (Katharina)
- Please help with the stair railings for the garden (Jono)

Informelles und Experimentelles als Vorreiter neuer Entwicklungen?

Juliane von Hagen

Urbane Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten

Das Stichwort des *informal urbanism* lässt schnell an große Metropolen wie Mexiko City, Caracas oder Lima denken, deren scheinbar bis ins Unendliche reichende Ränder von informellen, kleinteiligen, dichten Bau- und Erschließungsstrukturen geprägt sind. Dass diese ohne stadträumliches Konzept oder Baugenehmigung entstanden sind, vermutet der Betrachter schnell. Ebenso schnell werden diese Strukturen auch als Ausdruck mangelnder oder fehlgeschlagener Stadtentwicklung bewertet. Doch es gibt auch andere Perspektiven: Man kann informelle urbane Strukturen auch als kreative, von engagierten Stadtbewohnern geschaffene, Ressourcen schonende Ergebnisse sehen. Mit diesem wertschätzenden Blick geht es nicht darum, unkontrollierte Urbanisierungsprozesse oder schwierige Lebensräume schön zu reden. Es geht darum, selbst- und oftmals gemeinschaftlich organisierte Projekte zur Gestaltung von Stadträumen wahrzunehmen und deren Potenziale zu ergründen. Denn informelle Strukturen sind nicht nur in fernen Metropolen zu finden. Auch in deutschen Städten greifen Bürger immer wieder in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes ein, organisieren sich und arbeiten aktiv, gemeinschaftlich und auf bisher ungewohnte Weise zusammen. Vielleicht entstehen da Orte, die zukünftig fester Bestandteil unserer Städte werden. Noch passiert vieles jenseits fester Regelstrukturen, aber das könnte sich ändern.

Informelles und Ungewohntes

Wer aufmerksam durch Städte läuft, stolpert dort immer öfter über Phänomene besonderer Art: spontan und unerwartet im Stadtraum agierende Menschen, in Strickmäntel gehüllte Poller, Bänke und Fassaden, liebevoll bepflanzte Baumscheiben oder mit Gemüsepflanzen dekorierte Verkehrsinseln. Zunächst irritieren diese Erscheinungen und fordern unsere Sehgewohnheiten heraus. Genau das ist in vielen

Projekten auch die zentrale Botschaft: Ihre Initiatoren wollen den Umgang mit Stadt verändern, sie erkennen Defizite, aber anstatt auf hoheitliche Planungen und Eingriffe zu warten, werden sie selber aktiv. Das war beispielsweise in einem Münchener Flashmob der Fall, als eine viel befahrene Straßenkreuzung innerhalb kürzester Zeit mit rot-weißem-Flutterband eingewebt und damit unpassierbar gemacht wurde. Die Botschaft war deutlich: Der Verkehr nimmt zu viel Raum ein, er mindert die Aufenthaltsqualität der Stadt. Ein ähnliches Ziel verfolgte das „Team Dorfmasche“ in der Kleinstadt Neukirchen-Vluyn. Die Mitglieder des Arbeitskreises wollten auf zunehmende Missstände in ihrer Innenstadt aufmerksam machen, als sie die Fassade eines leerstehenden Hauses mit einer gestrickten Hülle versahen. Bürger werden also auf ungewöhnliche Art aktiv und verändern ihr unmittelbares Lebensumfeld nach ihren Fähigkeiten. Die Resultate sind verschiedener Art und Dauer: Während Flashmobs nur wenige Minuten für Aufsehen sorgen, senden gestrickte Objekte oder begrünte Baumscheiben dauerhaftere Botschaften. Wichtiger als die sichtbaren Resultate aber sind die Veränderungen, die dadurch initiiert werden. Diese ungewöhnlichen Gestaltungsansätze generieren neue Sichtweisen auf Stadt, die nicht mehr nur als Objekt hoheitlicher Planung gesehen wird, sondern auch durch gemeinschaftliches Engagement und aktive, nicht selten handwerkliche Mitarbeit verändert werden kann.

Gemeinschaftsgärten als Orte informeller Gestaltung

Eine besondere Rolle im Reigen informeller Orte, in denen auf vielfältige Weise experimentiert wird, nehmen urbane Gemeinschaftsgärten ein. Je nach Stadt und Quartier überraschen auf leerstehenden Grundstücken, am Rande von öffentlichen Grünflächen oder im Abstandsgrün Gärten, in denen Nutzpflanzen angebaut werden. Dabei spielt kaum ein Rolle, wem

Dr. Juliane von Hagen
Holunderweg 37
45133 Essen
E-Mail:
vonhagen@stadtforschen.de

das Grundstück gehört; es wird sowohl auf privaten Flächen gegärtnert, deren Nutzung die Gärtner mit dem jeweiligen Eigentümer vereinbaren als auch auf kommunalem Grund. Ist dies der Fall, werden einige Gärten sogar in Kooperation mit der Stadt entwickelt. Viele Gartenprojekte agieren und existieren aber jenseits öffentlicher Regelstrukturen. Genauer noch: Viele Kommunen wissen nur wenig über diese informellen Orte. Obwohl der Anteil von gemeinschaftlich gestalteten Freiräumen flächenmäßig noch gering ist, steigt ihre Anzahl doch stetig. Wer beispielsweise durch Berlin streift, kann über 100 urbane Gemeinschaftsgärten finden; in anderen Städten sind die Zahlen geringer aber auch stetig steigend. Urbane Gärten erfreuen sich in Deutschland zunehmender Beliebtheit und ihre Gesamtzahl wird landesweit auf über 500 geschätzt.

Aus stadtgestalterischer Sicht muten die Orte des Gemüse- und Obstanbaus – insbesondere im Vergleich zu gartenkünstlerisch gestalteten Freiräumen – nicht selten chaotisch an, sind geprägt vom Improvisieren und kreativem Recycling ausrangierter Materialien und Güter.

Ob individuell auf kleiner Fläche oder gemeinschaftlich in größeren Beeten, in vielen Gärten werden auf engem Raum zahlreiche Gemüsepflanzen, Kräuter und Obststräucher gepflegt. Oft schaffen die gärtnernden

Gemeinschaften es, eine reiche Vielfalt an Sorten heimischer Nutzpflanzen inmitten von Städten zu kultivieren. Je nach Standort und Bodenbeschaffenheit gärtnern Städter nicht im Boden sondern mobil in selbstgebaute Beetkisten, in alten Badewannen oder Bäckerkisten, die auf versiegelten Flächen aufgestellt werden. Auch Rankgerüste oder Gewächshäuser werden aus ausrangierten Dachlatten, aus Resten alter Duschkabinen gezimmert und mit Plastikfolien versehen. Nicht selten bieten Bauwagen, ausrangierte Seecontainer oder selbstgebaute Hütten Stauraum für Arbeitsmaterial und Werkzeug. Zugang zu Gießwasser muss oft kreativ beschafft werden; manchmal ist es ein saisonaler Baustellen-Wasseranschluss, manchmal ein selbstgebautes Sammelbecken oder die gute Beziehung zum Nachbarn, der die Mitnutzung seines Anschlusses erlaubt. Zum Verweilen nach getaner Arbeit laden in zahlreichen Gärten Sammelsurien aus alten Gartenstühlen, Hollywood-Schaukeln oder selbstgebaute Bänke ein. Jegliches ausrangiertes Konsumgut findet in urbanen Gärten eine neue Verwendung und gibt diesen Orten ihr besonderes Gesicht.

Urbane Gemeinschaftsgärten unterscheiden sich also auf den ersten Blick von gepflegten Privatgärten und öffentlichen Parkanlagen. Dazu tragen auch die Flächen bei, die für das Gärtnern genutzt werden. Während einige Projekte kleine Baulücken in



Der Charme des Improvisierten

Urbane Gärten sind geprägt von Ungewohntem: Menschen unterschiedlicher Herkunft kommen zum Gärtnern zusammen, Flächen werden „entfremdet“ und ausrangierte Güter umgenutzt. Von Europaletten, die zu Beetkisten umgebaut werden, über Bäckerkisten bis zu alten Badewannen wird fast alles recycelt, was zum Kultivieren von Pflanzen taugt. Zum einen geht das auf die bescheidenen finanziellen Ressourcen zurück, mit denen die Projekte agieren. Zum anderen ist die Idee des Wiedernutzens und der Wiederherstellung von lokalen Kreisläufen wichtiges Anliegen vieler Gärtner.

Nachbarschaftsgarten Prachttomate
in Berlin-Neukölln

Foto: Juliane von Hagen

Nutzgärten verwandeln, dürfen andere Gemeinschaften auf brachliegenden Grundstücken, im Abstandsgrün von Wohnsiedlungen oder auf Dächern von Parkgaragen gärtner. Entsprechend der unterschiedlichen Kontexte der Projekte, sind auch ihre Ränder unterschiedlich gestaltet. Üblicherweise sind die Gartenprojekte für die Gemeinschaft der Gärtnernden zugänglich, die wiederum generell offen für Mitstreiter ist. Aber nicht alle Gärten sind uneingeschränkt öffentlich zugänglich. Manchmal schützt ein verschließbarer Zaun vor Ein- und Übergriffe von außen; in anderen Fällen reichen Hecken als Begrenzung.

Gemeinschaftsgärten als soziale Experimentierräume

Wer der do-it-yourself-Ästhetik von Gemeinschaftsgärten nur wenig abgewinnen kann, wird vielleicht die Besonderheit dieser Orte erkennen, wenn er hinter die Kulissen auf die dort tätige Gemeinschaft blickt. Die gärtnernden Gemeinschaften in diesen handwerklichen Experimentierräumen haben oft einen ungewöhnlichen Charakter. Neben dem Wunsch, Gemüse für den eigenen Bedarf anzubauen, ist es das gemeinschaftliche, kollektive Tun, das diese Projekte prägt. In vielen Gemeinschaftsgärten kommen Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft, verschiedenen Alters und Bildungsstandes zusammen um gemeinsam zu gärtner. Das Arbeiten

in der Erde verbindet sie auch ohne Worte und Sprache; es führt zu Begegnungen und Kontakten, die außerhalb des Gartens nur schwer zustande kämen. Entsprechend der Unterschiedlichkeit der gärtnernden Gruppierungen sind auch deren Organisationsformen verschieden. Während die einen lange als informelle Initiative wirken, organisieren sich andere schnell als Verein. Und wiederum andere arbeiten mit existierenden Vereinen zusammen, die dann u. a. bei der Akquisition von Projekt- und Fördergeldern, bei der Organisation von Aktivitäten und Projekten unterstützend wirken.

In vielen Gärten werden zahlreiche Feste gemeinsam gefeiert, Bildungs- und Betreuungsprojekte angeboten, Tausch- und Flohmärkte abgehalten. Je nach Ideen und Möglichkeiten der gärtnernden Gemeinschaft, nach Bedarf der Nachbarschaft und finanziellen Ressourcen unterscheiden sich die Angebote. Obwohl für alle Beteiligten das Gärtnern wichtiges Motiv für ihr Engagement ist, bieten die Gärten viel mehr: Sie ermöglichen nicht nur Zugang zu einem Stück Erde und damit zum Anbau eigenen Gemüses; sie sind Orte der Begegnung und des gemeinsamen Handelns; sie bieten Raum für Betätigung an frischer Luft und Erholung; sie fördern den Austausch von Wissen und tragen zur Integration bei. Nicht ohne Grund werden Gemeinschaftsgärten mit Dorfplätzen verglichen oder als Draußen-Stadtteilzentren bezeichnet.

Informell und mobil

Während einige Gemeinschaftsgärten schon viele Jahre existieren, fristen andere ein Dasein auf dem Sprung. Insbesondere Gartenaktivisten, die sich eines brachliegenden Stückes Stadt bemächtigen, müssen mit unsicherer Zeitperspektive rechnen. Manchmal ist ein befristeter Nutzungsvertrag der Anfang und bei erfolgreichem Gartenbetrieb wird dieser immer wieder verlängert. Manchmal ist das Grundstück aber auch so begehrt, dass die Gärtner weiterziehen müssen.

Temporärer Garten Neuland in Köln-Bayenthal
Foto: Juliane von Hagen



Schon die unterschiedliche Bezeichnung vieler Gärten als interkultureller Garten, Nachbarschafts- oder Quartiersgarten, als mobiler Garten oder Labor urbaner Landwirtschaft verweisen auf die unterschiedlichen Ausrichtungen der Gärten. Manchmal wollen Nachbarn nur einen Ort zum Gemüseanbau kreieren und andernorts werden weitreichende Ziele städtebaulicher und sozialer Quartiersentwicklung verfolgt. Gleichermaßen vielfältig sind die Entstehungs- und Entwicklungsprozesse. Während viele Gärten auf ein bottom-up-Engagement einzelner Bürger oder Bürgergruppen zurückgehen, entstehen andere Gärten in kommunal-bürgerschaftlicher Kooperation oder durch kommunalen Anstoß. Entsprechend unterschiedlich ist dann jeweils auch die Interdependenz der beteiligten Akteure gestaltet. Je nach deren Interessen und Ressourcen, werden die Rechte und Pflichten unterschiedlich verteilt, der zeitliche Horizont der Zusammenarbeit definiert und die Vereinbarungen oder Verträge gestaltet. Abhängig vom Eigentümer der Flächen und den möglichen Entwicklungsperspektiven unterscheiden sich auch die zeitlichen Horizonte. Vielfach werden zunächst kurze Nutzungszeiten avisiert; wenn die Projekte sich positiv entwickeln, werden dann zum Teil auch längerfristige Vereinbarungen getroffen. Eine planungsrechtliche Sicherheit, jenseits von (Nutzungs-)Verträgen zwischen den beteiligten Akteuren, gibt es bisher nicht. Insgesamt gibt es hier viele

projektbezogene Individuallösungen. Erst langsam wächst der Erfahrungsaustausch, Garten- und kommunale Akteure kommen ins Gespräch und erarbeiten übertragbare Lösungsansätze.

Das Informelle und Experimentelle

Informelle urbane Strukturen sind also nicht nur Phänomene fremder Städte und Planungskulturen. Auch bei uns ermächtigen sich mehr und mehr Bürger städtischer Räume und gestalten sie nach ihren Vorstellungen. Dass dabei ungewohnte Freiräume entstehen, die tradierten Bildern von Grün in der Stadt widersprechen, ist Teil der Botschaft. Hier werden bewusst Zeichen gesetzt: Hier wird kollektiv erprobt, experimentiert, improvisiert, getauscht und gelernt. Christa Müller, die Geschäftsführerin der Stiftung Interkultur, beschreibt die ungewöhnlichen Strukturen als „Architekturen des Gemeinschaftlichen“, als „bricolage“. Die Resultate erinnerten manchmal eher an Kunstinstallationen als an Nutzgärten.

Bei urbanen Gärten handelt es sich also um offene Werkstätten, in denen der Anbau von Nutzpflanzen, das handwerkliche Selbermachen und das gemeinschaftliche Tun von großer Bedeutung sind. Dabei ist der Prozess des kollektiven Arbeitens und Abstimmens genauso wichtig, wie dessen Produkte. Selbstgeerntetes Gemüse, selbst-



Vom Ideengeber zur Gemeinschaft, von der Initiative zum Verein

Am Anfang sind es meist ein oder zwei Leute, die auch gerne einen Gärten hätten. Langsam wächst daraus die Idee, einen Gemeinschaftsgarten anzulegen und nach und nach scharen sich Interessierte dazu. Plötzlich ist eine Fläche da und es kann losgehen. So beginnen gärtnernde Gemeinschaften zu wachsen, agieren zunächst als Initiative. Im Laufe der Zeit realisieren viele, dass z. B. die Struktur eines Vereins doch einen hilfreichen Rahmen geben kann, was einigen zunächst zuwider ist. Der Garten sollte doch Frei-Raum sein.

Interkulturelle Gärten in Marburg-Stadtwald

Foto: Juliane von Hagen

gekochte Marmeladen oder eigens geimkter Honig ergänzen die Ernährung vieler Gärtner. Gleichmaßen wichtig ist aber das Gefühl, Gleichgesinnte gefunden, gemeinsam etwas geschaffen und zur Verbesserung des eigenen und des Lebensumfelds Stadt beigetragen zu haben. Da dies ungewohnt und wenig geübt ist, wird zunächst experimentiert und erprobt, werden Erfahrungen schrittweise gesammelt. Erst langsam gewinnt ein projektübergreifender Austausch an Relevanz, nehmen Kommunen diese Orte wahr, erkennen in der Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren Potenziale und treten in einen Dialog. Wohin die Reise dabei geht, ist noch unklar: Sind informelle, urbane Gärten vielleicht Vorreiter eines neuen koproduzierten Freiraumtypus?

Obwohl Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten flächenmäßig noch unbedeutend sind, sollten die Botschaften dieser experimentellen Orte diskutiert werden: Was zeigen uns diese Projekte? Welche Rolle spielen diese Strukturen und Räume im Gefüge der Stadt? Welche strategische und kommunale Unterstützung brauchen sie? Welche formellen Regeln helfen bei der Entwicklung von Gartenprojekten? Welche aber widersprechen dem Grundgedanken dieser Gärten?

So vielfältig und unterschiedlich die Rahmenbedingungen, die Akteursgruppierungen und deren Interdependenzen bisher

Individuelle Idee oder Stadtteilbedarf?

Nicht immer sind es urbane Aktivist:innen, die einen Garten im Alleingang gründen. Auch Stadtteilvereine oder Quartiersakteure erkennen den Wert von urbanen Gärten als Räume der Gemeinschaft und als Orte, an denen insbesondere Zugewanderte an heimatische Gartentraditionen anknüpfen können. Neben dem Anbau von eigenem Gemüse tragen die Gärten zur Begegnung, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Verwurzelung und Integration im Quartier bei.

sind, so unterschiedlich und informell sind auch die Entwicklungs- und Entstehungsprozesse der Projekte. Noch wird viel experimentiert – auf bürgerschaftlicher genauso wie auf kommunaler Seite. Und da Experimente probate Wege auf der Suche nach Lösungen sind, sollte dieser Prozess zunächst mit Offenheit und Neugierde beobachtet werden. Und um die Offenheit und Gestaltungsfreiheit der Projekte zu sichern, sollten mögliche Ansätze zur Regulierung und Institutionalisierung nur im Dialog mit den gärtnernden Gemeinschaften entwickelt werden. Dabei müssen sich auch die Gärtner darüber klar werden, wie viel Unterstützung und rechtliche Absicherung sie einerseits anstreben, und wie viel Freiraum sie andererseits für ihre Ansätze und Experimente erhalten wollen.

Eine genauere Untersuchung von urbanen Gemeinschaftsgärten erscheint im Sommer 2014 mit dem Endbericht des BBSR-Forschungsprojekts „Gemeinschaftsgärten im Quartier“. Der aktuelle Projektstand ist beschrieben unter: www.bbsr.bund.de > Programme > Allg. Ressortforschung > Stadtentwicklung.



ZAK Bewohnergärten in München-Neuperlach
Foto: Juliane von Hagen



Raumunternehmen zwischen informeller Aktivierung und formeller Planung

Klaus Overmeyer
Lisa Buttenberg

Zwischen Gewerbehöfen, Ateliers, Veranstaltungsorten und leeren Betriebsgebäuden liegt das Münchner PATHOS-Theater. Bislang galt dieses Theater als typische kreative Zwischennutzung in einem der wichtigsten Münchner Entwicklungsgebiete zwischen Innenstadt und Olympiapark – mit absehbarem Ende. Die Stadt lobte 2012 einen städtebaulichen Wettbewerb für das Gelände aus und wollte damit der enormen Nachfrage nach Wohnraum gerecht werden. Der Startschuss für neue Stadtquartiere läutet meistens das Ende der Zwischennutzungen ein, doch in München wurde Angelika Fink „über Nacht“ zur Raumunternehmerin. Der prämierte Entwurf des Berliner Architekturbüros Teleinternetcafé zusammen mit TH Treibhaus Landschaftsarchitektur aus Hamburg¹ schlägt eine wegweisende Strategie vor. Teile des Gesamtareals können zügig erschlossen und mit Wohnungen in hoher Dichte bebaut werden. Im Gegenzug wird eine fünfeinhalb Hektar große Teilfläche zum „Kreativlabor“ erklärt. Hier sollen mittelfristig zwar auch Wohnungen und Gewerbeeinheiten gebaut werden; wo und wann, bleibt aber zunächst offen. Dafür sollen intakte Bestandsgebäude nach Möglichkeit erhalten werden. Zwischennutzungen wie das PATHOS sollen eine langfristige Perspektive bekommen und eigene Ideen zur Gestaltung des Labors beitragen und umsetzen können. „Für uns ist das eine Riesenchance“, meint Angelika Fink, künstlerische Leiterin des Theaters. „Zum ersten Mal wird der Wert unserer Arbeit ernst genommen. Auf der anderen Seite müssen wir Verantwortung für Dinge übernehmen, die bisher nicht zu unserem Job gehörten: Wir lesen bauliche Gutachten, besprechen mit Anwälten die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Organisationsformen, initiieren öffentliche Veranstaltungen zum Gelände oder müssen uns über Finanzierungsquellen, Pachthöhen und Investitionspläne Gedanken machen.“ Für die Raumunternehmen auf dem ehemaligen städtischen Betriebshof stellt sich damit eine besondere Herausforderung. Kümmerten sich die Projektmacher bislang um die Nutzung und den Betrieb einzel-

ner Gebäude und Grundstücke, so setzt die Transformation eines mehrere Hektar großen Geländes nun Kompetenzen in den Bereichen Planung, Organisation, Ökonomie und Steuerung voraus.

Wer sind die Raumunternehmen?

Die Akteure auf dem Münchner Konversionsgelände zählen zu einer neuen Spezies von Projektentwicklern: Sie sind Raumunternehmen*. Als Raumunternehmen sind Projekte und Initiativen zu verstehen, die häufig keine Fachleute der Stadtentwicklung und der Immobilienwirtschaft sind und doch als Do-it-yourself-Projektentwickler auftreten. Aus eigenem Antrieb eignen sie sich Räume für die Umsetzung ihrer Nutzungsideen an und bauen diese schrittweise aus. Sie entwickeln eine langfristige Projektperspektive und entsprechende Entwicklungs- sowie Finanzierungsstrategien, um diese Langfristigkeit zu realisieren – sei es durch den Erwerb von Boden, stabile Miet- und Pachtverträge, Genossenschafts- oder Erbpachtmodelle. Damit wandelt sich im Projektverlauf ihr Status: Sie werden vom Nutzer zum Eigentümer, Verwalter, Betreiber. Raumunternehmen richten ihr Handeln an wirtschaftlichen Grundsätzen aus. Dabei sind Gewinnmaximierung und individuelle Gewinnausschüttung nicht das prioritäre Ziel, ebenso wichtig sind die Entwicklung und Nachhaltigkeit des Projektes und die Realisierung ihrer Vision und Vorstellung von lebenswerter Stadt und Gemeinschaft. Raumunternehmen bedienen sich multipler, nicht nur monetärer Ressourcen. Sie beleben, nutzen und kombinieren brachliegende Ressourcen und diverse Wertschöpfungsdimensionen. Die Bandbreite umfasst: Recycling von physischen Beständen, Umwertung und Upcycling, aber auch immaterielle Ressourcen wie Muskelhypotheken, Zeit und Eigenengagement. Eine weitere Ressource von Raumunternehmen ist das hohe soziale Kapital ihrer Akteure. Diese arbeiten in Netzwerken, schaffen besondere Allianzen und generieren neue Öffentlichkeiten.

* Raumunternehmen ist ein Forschungsprojekt der Lehrstühle Ökonomie des Planens und Bauens, Prof. Dr. Guido Spars und Landschaftsarchitektur, Prof. Klaus Overmeyer an der Bergischen Universität Wuppertal. Die gleichnamige Publikation ist 2014 im Jovis Verlag erschienen.

Prof. Klaus Overmeyer
Eichenstraße 4
12435 Berlin
E-Mail: overmeyer@uni-wuppertal.de

Lisa Buttenberg
Schomburgstraße 35a
22767 Hamburg
E-Mail: lb@spacedepartment.de

Ohne einen externen Auftraggeber treten sie selbstinitiiert und selbstorganisiert auf. Angestachelt von eigenen Nutzungswünschen, Entwicklungsgeist und lokaler Verbundenheit entwickeln sie den Ort, den sie nutzen und bringen damit etwas hervor, das durch externe Entwickler und Investitionen so nicht entstehen würde. Dadurch, dass Laien der Immobilienwirtschaft agieren, die nicht auf gelernte und erprobte Verfahrensweisen zurückgreifen, eröffnen sich neue Wege der Projektentwicklung, werden andere Fragen gestellt und Lücken der üblichen Vermarktung aufgespürt und genutzt. Das notwendige Fachwissen wird im Projektverlauf und aus der Nutzungserfahrung sowie mithilfe von Beratern autodidaktisch erworben.

Postzwischennutzer oder mehr?

Sind Raumunternehmen nun eine verestigte Form der Zwischennutzung, die für Einzelprojekte in marktwirtschaftlichen Krisen von Bedeutung sind? Oder liegt in ihrer Praxis der Raumentwicklung ein Modell, dass weitaus grundsätzlicher die herkömmlichen Paradigmen von Stadtentwicklung und Städtebau in Frage stellt?

Der Städtebau der Moderne war in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg geprägt durch einen ganzheitlichen und flächendeckenden Anspruch. Gute Lebensbedingungen sollten für die Gesamtheit der Bevölkerung hergestellt werden. Das paternalistische Planungsmodell des versorgenden Staates geriet seit den 1970er Jahren immer stärker in die Krise und wurde von dem Konzept der *unternehmerischen Stadt* abgelöst². In der Folge wurden ursprünglich staatlich Aufgabenfelder wie der kommunale Wohnungsbau durch Public-Private-Partnership-Modelle abgelöst. Im Prinzip zeichnen sich die Aushandlungsprozesse zwischen Markt und Staat in der Stadtentwicklungspolitik westeuropäischer Länder dadurch aus, dass einerseits die Deckung des Wohnungsbedarfs größtenteils dem Markt überlassen wird und im Gegenzug private Eigentümer und Investoren an der Finanzierung von öffentlichen Belangen wie Erschließungen, dem Bau von öffentlichen Räumen und teilweise auch sozialgerechten Wohnungen über eine Abschöpfung des Planungsgewinns beteiligt werden.

In der Realität sind Quartiere heutiger Stadtproduktion ein räumliches Konstrukt aus – meist monofunktional genutzten – Baukörpern und gestalteten, öffentlichen Räumen, die als Adresse für die Vermarktung dienen. Kaum ein städtebauliches Projekt, das nicht den Anspruch verfolgt, ein „urbanes und gemischtes“ Quartier schaffen zu wollen. Die Ansprüche an Nachbarschaften haben sich mittlerweile jedoch stark geändert. Über einen flächenschonenden, klimaverträglichen Wohnungsbau hinaus geht es vielen Menschen um neue Formen des Zusammenlebens und der Gemeinschaft, um Teilhabe durch zivilgesellschaftliches Engagement, die Re-Lokalisierung von Produktionskreisläufen und Lebenswelten, um sinnvolle Lebensarbeit und nachhaltiges Wirtschaften. Nicht mehr expansives Wachstum um jeden Preis, sondern vielmehr die Frage, wie wir in Zukunft in der Stadt gut leben können, rückt in den Vordergrund. Raumunternehmen schaffen Nachbarschaften, die darauf Antworten suchen. Ihre Projekte sind für Städte attraktiv, weil sie Plattformen der Teilhabe und Mitbestimmung eröffnen. So kann der Stadtbewohner zum Ko-Produzent (wie auch Ko-Investor) seiner Stadt werden. Raumunternehmen stehen also für eine nutzergetragene Stadtentwicklung.

Vom angeeigneten Gebäude zum selbstbestimmten Quartier

Wie in München gibt es mittlerweile in vielen Städten Projekte, in denen Raumunternehmen in die städtebauliche Entwicklung eingebettet werden sollen. In Hamburgs HafenCity wurde der Masterplan im östlichen Bereich zu Gunsten einer nutzergetragenen Entwicklung geändert³, im Rotterdamer Bahnhofsquartier haben Raumunternehmen mitten in der niederländischen Finanzkrise einen Büroblock in Eigenregie übernommen und in Basels größtem Entwicklungsgebiet im Rheinhafen hat sich im Zuge eines Vergabeverfahrens ein Trägerverein zur Nutzung der öffentlich zugänglichen Räume gebildet⁴.

Alle genannten Projekte stehen am Anfang. Noch gibt es bei den wenigsten eine klare Vorstellung davon, wie das Gebiet in 10, 15 Jahren aussieht und welche Rolle die heutigen Projektakteure dann spielen werden. Wie viel Festlegung und Steuerung, wie

(1) Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung: „Kreativquartier an der Dachauer Straße“. München 2013. www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Projekte/Dachauerstrasse-Werkstattgesprach.html, Zugriff 15.9.2013

(2) Oswalt, Philipp/Overmeyer, Klaus/Misselwitz, Philipp: „Einführung“. In: Oswalt, Philipp/Overmeyer, Klaus/Misselwitz, Philipp (Hg.): *Urban Catalyst*. Berlin 2013, S. 11

(3) www.hafencity.com/de/oberhafen.html, Zugriff 20.9.2013 www.i-land.ch, Zugriff 3.9.2013

(4) Verein I LAND: „Zwischennutzung Klybeckinsel“. Basel 2013. www.i-land.ch, Zugriff 3.9.2013

viel Offenheit und Unbestimmtheit sind notwendig? Wie stark müssen die Projekte gemeinwohlorientiert sein, wer schöpft den Mehrwert ab? Auch ist unklar, wie das Verhältnis zwischen Neubau und Bestand austariert wird und wer die wesentlichen Entscheidungen fällt: Nutzer, Eigentümer, Investoren, die Politik oder eine Entwicklungsgesellschaft?

Allen Projekten gemein ist – und damit zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung ab –, dass es um die nutzergetragene Entwicklung eines größeren Gebietes geht, nicht mehr um die bloße Zwischennutzung oder den Erhalt von einzelnen Bestandsgebäuden. Deutlich wird an den Projekten auch, dass Nutzer nicht als zahlende Mieter oder potenzielle Eigentümer gefragt sind, sondern als eigenständige Raumentwickler, die ein Stadtviertel mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrer Verantwortung mit voranbringen. Möglich werden die experimentellen Gebietsentwicklungen in der Regel außerhalb von marktüblichen Verwertungsmechanismen. Meistens handelt es sich um öffentliche Flächen mit einem politischen Mandat für einen alternativen Transformationsprozess. Oder der Immobilienmarkt ist wie in den Niederlanden so stark in der Krise, dass auch private Investoren ihre Flächen, zumindest befristet, Raumunternehmen überlassen und sich davon Impulse für neue Entwicklungsoptionen erhoffen.

Städtebau und Pioniere, die bleiben wollen – eine schwierige Beziehung

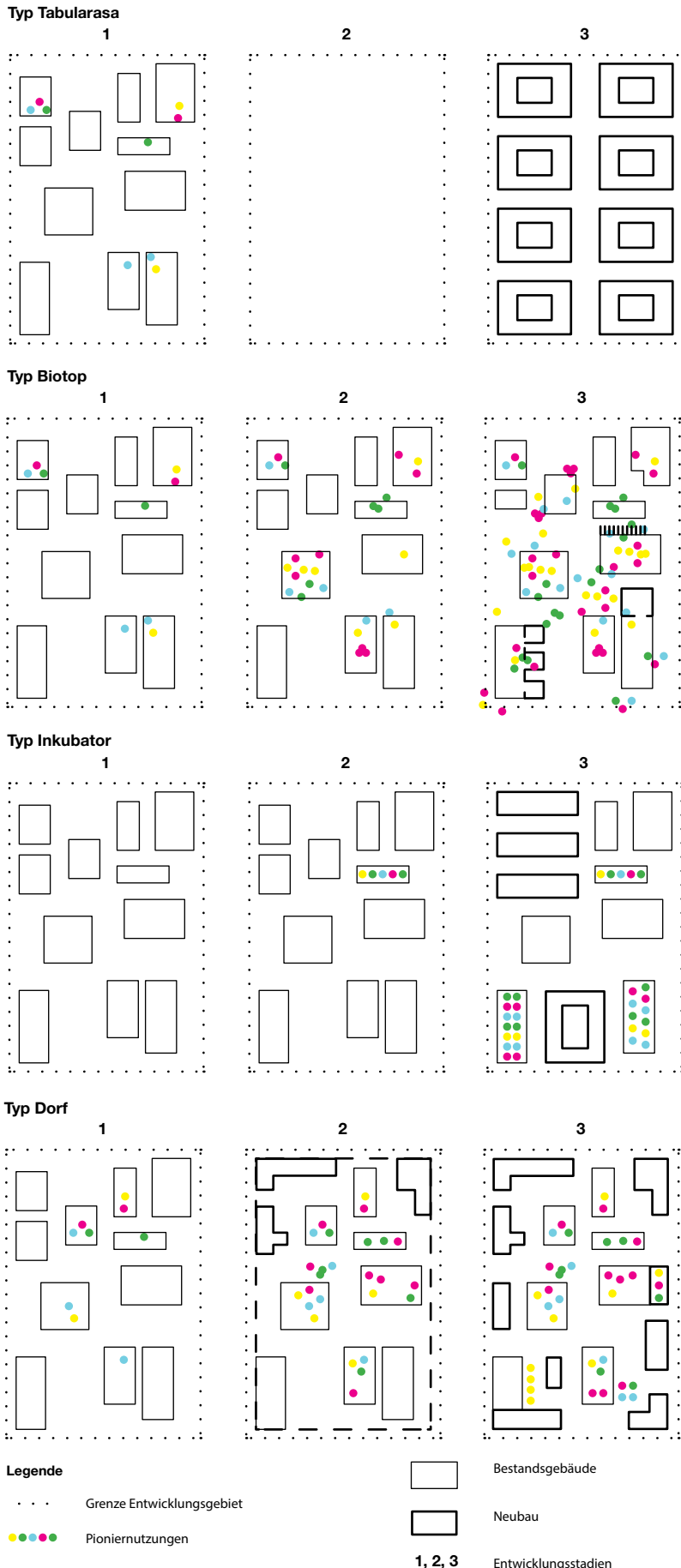
Der Konflikt um die Verstetigung von Zwischennutzungen ist ein wiederkehrendes Phänomen in vielen städtebaulichen Entwicklungsprojekten, besonders wenn es einen geeigneten Gebäudebestand gibt und die Raumpioniere bereits eine Szene mit hoher öffentlicher Anziehungskraft ausgebildet haben. Die Ursachen der Auseinandersetzung liegen auf der Hand: die Bestandsnutzung entspricht nicht der vorgesehenen Dichte und kalkulierten Rendite der Projektentwickler. Wie sich das Spannungsfeld gestalten kann, zeigen die folgenden Typen von Entwicklungspfaden mit jeweils sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die die Konsolidierungsstrategien von Raumunternehmen maßgeblich beeinflussen.

„**Tabula rasa**“ ist die Regel in vielen städtebaulichen Vorhaben, ohne Option für Raumunternehmen. Die Zwischennutzung endet, wenn die Entwicklung einer höherwertigen Nutzung marktfähig wird. Die Bestandsnutzung wird gekündigt, bestehende Gebäude abgerissen. Es entsteht ein freier Raum, der vollständig neu beplant und bebaut wird. Es gibt keine Verbindung zwischen der vergangenen und der neuen Nutzung des Raumes.

Der Typ „**Biotop**“ ist das Gegenteil des vorherigen Modells. Aus der informellen Aneignung eines Areals bildet sich ein Zusammenschluss von Nutzern, dem es gelingt, das Gebiet langfristig zu sichern. Ideale Bedingungen für Raumunternehmen: sie verfügen selbstbestimmt über Zeit, Raum und Geld und können ihre Vision auf einem größeren Gebiet umsetzen. In wachsenden Städten mit einem hohen immobilienwirtschaftlichen Druck und Raumknappheit gibt es diese „Biotop“ kaum. Es sei denn, die Politik ermöglicht das Projekt auf einer öffentlichen Fläche oder die Nutzer sind selbst Eigentümer bzw. langfristige Pächter des Gebietes, wie es im Hamburger Gängeviertel der Fall ist.

In strukturschwachen Regionen mit schrumpfender Einwohnerzahl wären durchaus freie Flächen vorhanden, allerdings fehlt es hier meistens an potenziellen Raumunternehmen.

Viele Kommunen und Projektentwickler haben mittlerweile erkannt, dass Bestandsnutzer mit eigenen Ideen zur Arealentwicklung vielfältige Anknüpfungspunkte für neue Nutzungsprogramme, die öffentliche Ausstrahlung des Gebietes oder das städtebauliche Konzept ausbilden können. Während der Planungsphase werden beim Typ „**Inkubator**“ gut erhaltene Gebäude identifiziert und in den städtebaulichen Entwurf eingebettet. Zwischen- und Bestandsnutzungen bietet sich hier die Möglichkeit der Verstetigung. Aus Perspektive der Raumunternehmen ergeben sich jedoch nur bedingt Möglichkeiten der eigenen Entfaltung. Wenn, dann sind sie konventionelle Mieter oder Käufer eines Gebäudes und haben über die Gebäudeentwicklung hinaus nur wenige Chancen, sich mit eigenen Entwicklungsideen einzubringen. Die städtebauliche Positionierung und Vermarktung von



Neubauten, die Gestaltung der öffentlichen Räume und die wirtschaftliche Steuerung des Gesamtvorhabens obliegt weiterhin dem Projektträger.

Das Modell „**Dorf**“ implantiert wie im Münchner Beispiel ein größeres Bestandsgebiet in ein städtebauliches Entwicklungsareal mit dem Ziel, dass sich hier eine kritische Masse von Raumunternehmen formieren kann und die Gesamtentwicklung bereichert. Den Akteuren bietet sich unter zuvor vereinbarten Spielregeln eine langfristige Nutzungsperspektive. Nach Möglichkeit sollen sie eine eigene Organisationsform bilden und werden an wichtigen Entscheidungen beteiligt. Im Idealfall erhält das „Dorf“ für seine Entwicklung eigenen Raum, Zeit und gesonderte finanzielle Rahmenbedingungen. Die Ergänzung des Kerns durch Neubauten ist möglich, ein intensiver Austausch zwischen benachbarten neuen Quartieren wird angestrebt.

Ideen finden: stadtplanen und stadtprobieren

Die unterschiedlichen Typen möglicher Entwicklungspfade zeigen ein grundlegendes Dilemma. Städtebauliche Prozesse und Raumunternehmen lassen sich nur unter besonderen Bedingungen synchronisieren.

Deterministische Masterplanungen sind auf eine extrapolierte Zukunft mit einem festgelegten Endzustand ausgerichtet. Baufelder und -massen werden genau definiert, die Etappen der Entwicklung festgeschrieben und an wirtschaftliche Ziele gekoppelt. Auch die Raumunternehmen verfolgen einen Plan. Aber er ist bei weitem unschärfer und offener als der städtebauliche. Sie benötigen Zeit, um sich zu formieren. Ihr Handeln schließt die Möglichkeit des Ausprobierens und alternativen Gebrauchs mit ein. Raumunternehmen verfolgen in erster Linie kein expansives räumliches Modell, das auf eine Zunahme verwertbarer Flächen angelegt ist. Sie nutzen Bestehendes, bauen um und investieren in den Aufbau einer stabilen Nutzungsstruktur. Im Gegensatz zu den Planenden sind Raumunternehmen vor Ort und Teil des Ortes. Sie sind den lokalen Bedingungen des Ortes ausgesetzt und entwickeln aus dieser Erfahrung ihre Projektideen. Ihre Basis ist das

Gebäude oder Grundstück, von dem aus sie agieren. Liegt ihr Projekt in einem größeren Gebiet, das städtebaulich entwickelt werden soll, setzen sie ihre Energie zunächst in die Sicherung des eigenen Standortes. Eine Auseinandersetzung mit dem erweiterten räumlichen Kontext kann erst dann stattfinden, wenn sie bereits fest an einem Ort verankert sind. Eine gefestigte Position ermöglicht es ihnen, sich für den Erwerb weiterer Grundstücke einzusetzen, in Neubauten zu investieren oder über die Gestaltung des öffentlichen Raums Neuland zu erschließen.

Im Gegensatz zu den Raumunternehmen handeln Planer im Auftrag einer Stadt oder eines privaten Investors. Sie stehen außerhalb des zu beplanenden Gebietes und entwerfen eine Gesamtstruktur mit Straßen, öffentlichen Räumen, Baufeldern und -volumen. Dabei zählen nicht die Erfahrung eines Ortes, die bei den Raumunternehmen zur Grundlage von Rauminterventionen und Nutzungsideen wird, sondern Kriterien wie eine effiziente Erschließung, das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Räumen, die Anbindung an Nachbarschaften, das Raumprogramm wie auch städtebauliche Qualitäten und Dichtevorgaben.

Der Vergleich lässt unschwer erkennen, dass hier zwei völlig unterschiedliche Vorgehensweisen aufeinandertreffen. Sollen Raumunternehmen an Wert für Nachbarschaften und neue Stadtquartiere gewinnen, so muss die Planung offener, unbestimmter, weniger renditeorientiert und partizipativer werden. Gleichzeitig verlangt die Einbettung in größere Entwicklungsgebiete von den Raumunternehmen mehr Mut zu organisierten Zusammenschlüssen, die Auseinandersetzung mit Planungsstrategien und Wertschöpfungsmodellen und ein Handeln über das eigene Projekt hinaus.

Nutzergetragener Städtebau

In der Planungsgeschichte gibt es eine lange Tradition der offenen Planung, die versucht, Nutzerinteressen und übergeordnete Planung zu vereinen. Einige Ansätze wollen dabei „die Nutzer in den Prozess des Bauens einbeziehen; andere bemühen sich um die Möglichkeit des Ausbaus und Veränderens gebauter Strukturen für ein noch nicht vorhersehbares Wachstum; dritte [...] suchen nach veränderbaren Gebäudearten“⁵. Die Ansätze fokussieren entweder die Förderung von Bottom-up-Aktivitäten oder sie zeigen Wege auf, rigide Top-down-Planungen zu flexibilisieren.

In den internationalen Planungswissenschaften prägt seit einigen Jahren die strategische Planung die Debatte. Sowohl auf Ebene der Raumplanung als auch auf Ebene der Stadtplanung verbindet die strategische Planung Leitkonzepte mit der Umsetzung konkreter Impulsprojekte. Sie folgen nicht mit zeitlichem Abstand aufeinander, sondern werden „iterativ und in ständigem Wechselspiel entwickelt“⁶. Strategische Planung ist eine lernende Planung. Die ständige Rückkopplung zwischen langfristigen Konzepten und direkten Projekten führt zu einer kontinuierlichen Anpassung von Planwerk und Maßnahme. Auf Ebene der Governance-Prozesse zeichnen sich strategische Planungen durch das Zusammenspiel von verwaltungsgesteuertem Handeln sowie flexiblen Organisationsstrukturen und Netzwerken privater Akteure, insbesondere der Nutzer aus.

Der planungsstrategische Ansatz liefert für Stadtentwicklung mit Raumunternehmen viele Anknüpfungspunkte. Dazu zählen ein offener Planungsprozess, in dem Planungsziel und tatsächliche Entwicklung kontinuierlich miteinander rückgekoppelt und angepasst werden, vage Vorgaben in Verbindung mit einer Konzentration auf strategische Orte und realistische Projekte sowie die wachsende Bedeutung von evolutionären Organisationsprozessen⁷. Bisher finden in der städtebaulichen Praxis diese Ansätze kaum Berücksichtigung. Mit Blick auf ein neues Planungsverständnis für Stadtentwicklung durch Raumunternehmen kristallisieren sich drei zentrale Handlungsfelder heraus: Organisation und Nutzungsentwicklung, Ökonomie und Wertschöpfung

(5)
Urban Catalyst mit Jesko Fezer, Offene Planung, S. 165 in Oswalt, Philipp, Overmeyer, Klaus, Misselwitz, Philipp (Hg.) Urban Catalyst, Berlin 2013)

(6)
Kühn, Manfred, Strategische Planung – Vom Schlagwort zum Modell, S.87 in Kühn, Manfred, Liebmann, Heike (Hg.) Regenerierung der Städte, Wiesbaden 2009

(7)
Otto, Stephan, Speck, Thomas (Hg.), Darwin meets Business, Wiesbaden 2011

sowie Stadt machen mit Raumunternehmen. Für die jeweiligen Themen gibt es keine übertragbaren Patentrezepte. Die Handlungsfelder werfen wesentliche Fragen auf, die ortsbezogen verhandelt werden müssen.

Organisation & Nutzungsentwicklung

Wenn, wie im Münchner Beispiel, die Entscheidung für eine Einbindung der vorhandenen Nutzungen in den städtebaulichen Entwicklungsprozess gefallen ist, treffen formelle Strukturen der Entwicklungsgesellschaften und Verwaltung auf die meist informellen Zusammenschlüsse der Nutzer. Dies ist für beide Seiten in den meisten Fällen ein unerwarteter Schlüsselmoment: Die Nutzer vor Ort werden sich erst mit der potenziellen Bedrohung ihres Standortes durch neue Pläne bewusst, dass sie sich untereinander verbünden und organisieren müssen, um in der anstehenden Phase, in der die Zukunft eines Gebietes verhandelt wird, ihre Position als ernstzunehmende Verhandlungspartner einzunehmen. In dieser Phase entscheidet sich für sie, ob sie als Raumunternehmen aktiv in die Geländeentwicklung einsteigen, in ihrer bisherigen Rolle als Mieter bleiben oder verdrängt werden. Die Projektträger sind oft unsicher, wie sie mit Akteuren kommunizieren sollen, die sich außerhalb des sonst üblichen Kreises von immobilienwirtschaftlichen Experten, Projektsteuerern, Architekten, Investoren und Behörden bewegen.

Die Organisationsform der Raumunternehmen entwickelt sich oftmals evolutionär, in Etappen. Aus einem losen Zusammenschluss mehrerer Nutzer formiert sich wie im Hamburger Gängeviertel oder beim Berliner ExRotaprint Projekt ein Verein, der das Bekenntnis der Nutzer zu einer gemeinsamen Vision vereint. Bei zunehmender Verantwortung durch Kauf oder Pacht eines Geländes wird der Verein in der Regel durch eine weitere Organisationsform für den Betrieb, etwa eine (gemeinnützige) GmbH oder Genossenschaft ergänzt. Die Formalisierung der Organisationsstruktur ist vielfach mit einer Auseinandersetzung über die Nutzungsentwicklung verbunden. Eine entscheidende Frage ist, wie die Organisationsform der Raumunternehmen in die Prozesssteuerung der Gesamtentwick-

lung eingebunden ist und welche Entscheidungsbefugnisse damit verbunden sind. Fungiert der Zusammenschluss der Nutzer als Pächter oder Eigentümer eines Geländes und kann selbst über die Zusammensetzung der Nutzungen bestimmen? Liegt die Gesamtheit über das Entwicklungsgebiet bei einer Entwicklungsgesellschaft, die Einzelstandorte an Organisationen der Raumunternehmen ohne weitere Mitspracherechte vergibt (vgl. Modell Inkubator)? Oder gibt es einen Verbund aus Entwicklungsgesellschaft und Nutzerorganisation, der nach vereinbarten Spielregeln Verantwortlichkeiten definiert und gemeinsame Entscheidungsfindungen ermöglicht? Wenn Nutzer zu Raumentwicklern werden, muss sich eine passende Organisationsform dazu entwickeln. Eine erfolgreiche Steuerung nicht-linearer Entwicklungsprozesse und unterschiedlicher Nutzerinteressen erfordert vor allem Flexibilität und Zeit.

Ökonomie & Wertschöpfung

Um einen Ausgleich zwischen privaten, renditeorientierten und öffentlichen Interessen in der Stadtentwicklung zu finden, führte die Stadt München 1994 das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung ein. Von den Bodenwertsteigerungen durch Bebauungsplanungen und den Bau von öffentlichen Infrastrukturen müssen die Planungsbegünstigten bis zu zwei Drittel an die Stadt abführen⁸.

Welche Position nehmen Raumunternehmen im Spannungsfeld von öffentlichen und privaten Interessen in der Stadtentwicklung ein? Sie besetzen eine bisher undefinierte Zwischenrolle und finden sich in den städtebaulichen Verträgen⁹ zwischen öffentlicher Hand und Privaten kaum wieder. Die meisten Raumunternehmen agieren als private Akteure mit einem unternehmerischen Profil, das jedoch in den seltensten Fällen unter üblichen marktwirtschaftlichen Bedingungen umsetzbar ist. Sie legen Wert auf die Refinanzierung ihrer Projekte, Investitionen und der eigenen Arbeit. Gleichzeitig verfolgen sie das Ziel, Grund und Gebäude aus immobilienwirtschaftlicher Spekulation herauszulösen, um Spielräume für nicht rentable Nutzungen zu gewinnen, meistens mit Unterstützung von Kommunen oder Bürgerstiftungen.

(8) Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, „Die sozialgerechte Bodennutzung“, S.6/7, München 2009

(9) Städtebauliche Verträge werden zwischen der öffentlichen Hand und privaten Investoren im Zuge von städtebaulichen Maßnahmen geschlossen. Darin kann nach §11 des Baugesetzbuches unter anderem die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen wie Erschließung, Bodensanierung, baukulturelle Belange oder auch die Deckung des Wohnbedarfes für Bevölkerungsgruppen mit besonderem Bedarf geregelt werden.

Ihr Nutzen für die öffentliche Hand ist offensichtlich: Sie geben zivilgesellschaftlichen Projekten Raum, integrieren kapitalarme Akteure, fördern Eigeninitiative und soziale Netzwerke, schaffen Raum für experimentelle Mischnutzungen und bilden neue öffentliche Orte. Viele Städte haben diesen Wert von Raumunternehmen erkannt und stellen für nutzergetragene Projekte öffentliche Liegenschaften zu besonderen Konditionen zur Verfügung oder kofinanzieren Projekte der Raumunternehmen mit öffentlichen Geldern. Bestes Beispiel ist der vom Rotterdamer Schieblock initiierte Stadtboulevard, den die Stadt Rotterdam mit vier Millionen Euro fördert und damit den stadtesellschaftlichen Wert des Projektes unterstreicht. Herausforderung für die Städte ist allerdings, zwischen dem Nutzen der Projekte für das Gemeinwesen und dem Eigennutz für eine begrenzte Gruppe abzuwägen.

Für private Akteure sind die gemeinwohlorientierten Werte der Raumunternehmen bei einer rein monetären Abwägung wenig attraktiv. Zu groß ist die Lücke zwischen den erwartbaren Gewinnen durch eine marktübliche Nutzung und der Vermietung an Raumunternehmen. Sind damit die selbstbestimmten Raumentwickler allein Sache der öffentlichen Hand?

Stadtökonomisch könnte sich eine neue Perspektive ergeben, wenn in größeren Stadtentwicklungsvorhaben Raumunternehmen als öffentliches Gut verhandelt werden würden. Was wäre, wenn mit der Umverteilung des Planungsmehrwertes nicht nur öffentliche Infrastrukturen, sondern auch Räume zu besonderen Bedingungen für nutzergetragene Projekte finanziert würden? Wenn es, wie im Münchner Beispiel, zur planerischen Praxis würde, Teilgebiete mit Bestand aus Entwicklungsflächen herauszulösen und diese mit Raumunternehmen zu entwickeln?

Für die Nutzungsmischung in Quartieren, ihre Innovations- und Erneuerungskraft wäre das ein ganzheitlicher Ansatz, der sich nachhaltig auf das Leben in Städten auszahlen würde.

Raumstrategien

„Sich mit kleinen Schritten perspektivisch auf den Weg machen“ war das Credo von Karl Ganser für die IBA Emscherpark¹⁰. In den Planungsstrategien für die IBA wurden über die Idee des perspektivischen Inkrementalismus unter anderem der Verzicht auf flächendeckende Realisierung, die Verschränkung von informeller mit regulatorischer Planung wie auch die vertikale und horizontale Kooperation zwischen Akteuren propagiert¹¹. Nun ist die regionale Ausrichtung einer IBA nicht zu vergleichen mit dem städtebaulichen Maßstab von Quartiersentwicklungen. Beziehen sich die Perspektive einer Bauausstellung auf ein qualitatives Leitbild für einen Agglomerationsraum und die kleinen Schritte auf viele, in sich geschlossenen Einzelprojekten, so geht es bei städtebaulichen Entwicklungsvorhaben um einen mit Flächengrößen, Gestaltungs- und Verwertungsvorgaben unterlegten Plan und die stufenweise Realisierung des Konzeptes auf definierten Baufeldern.

Der strategisch iterative Ansatz, Verknüpfung aus Rückbau, Bestandsaktivierung und punktuelle Neugestaltungen, wird erst relevant, wenn die Offenhaltung von Räumen für Aneignungs- und Selbstorganisationprozesse von Nutzungen verhandelt werden. Auch wenn die wenigsten Raumpioniere und Raumunternehmen eine Raumstrategie für ihr erweitertes Umfeld verfolgen, bilden sich aus planerischer Perspektive eindeutige Muster der Raumaneignung ab, die in städtebaulichen Konzepten bisher kaum Berücksichtigung finden:

- gut erhaltene Gebäude mit intakter Infrastruktur bilden Kristallisationskerne, die in der Aktivierungsphase mit wenig Investitionen für ein möglichst breites Spektrum an Nutzungen zugänglich gemacht werden können; schlecht erhaltene Räume sind auch für Raumunternehmen nicht attraktiv, zumindest solange kein Kapital für eine aufwendigere Sanierungen vorhanden ist.
- Öffentliche Räume müssen nicht angelegt werden. Bestehende Freiflächen werden multifunktional im Zusammenspiel mit Gebäuden oder an gut erreichbaren Orten genutzt, die sich für öffentliche Ereignisse und Interaktion eignen.

(10) Ganser, Karl, Siebel, Walter, Sieverts, Tom, Die Planungsstrategie der IBA Emscherpark, S. 112–118 in Raumplanung 61, Dortmunder Vertrieb für Planungsliteratur, 1993

(11) ebd.

Parkplatz, Konzertbühne, Spielplatz, Rangierfläche, Ausstellungsfläche, Lager – je mehr Nutzungen die bestehenden Freiräume zulassen, desto besser.

- Äußere Raumgrenzen wie Mauern oder Tore verlieren mit der Umnutzung ihre abschottende Wirkung. Sie begünstigen die Bildung eigener Identitäten und Milieus. Die Differenzierung zur Umgebung wird positiv umgewertet.
- Raumstrategien von Raumunternehmen in Transformationsarealen sind stärker mit zeitlichen Rhythmen verwoben als in fertig gebauten Quartieren. Das betrifft beispielsweise die temporäre bzw. saisonale Nutzung von Orten auf einem Gelände. Die Raumnutzung oszilliert, die Konzentration auf feste Raumkerne wechselt mit einer flächigen Ausdehnung.

Diese räumlichen Aneignungsmuster können bei der Einbettung von Raumunternehmen in die weitere städtebauliche Entwicklung eines Geländes eine wesentliche Ressource darstellen. Bedeutend ist in diesem Prozess die Frage, wie sich die Bottom-up-Strategien der ersten Umnutzungsphase zu dem Neubau von Gebäuden, angelegten Freiflächen oder neuen Erschließungsstraßen verhalten und wer für Pflege, Sicherung und Unterhalt der Flächen verantwortlich ist. Die Praxis des Unfertigen ist für nutzergetragene Entwicklungen Voraussetzung und Qualität zugleich, widerspricht aber dem Determinismus der Planung. In dem Spannungsfeld zwischen Festlegung und Offenheit bewähren sich Ansätze, die im Rahmen eines Gesamtkonzeptes kleinräumliche Zonen definieren, für die mit den Beteiligten und externen Experten Spielregeln vereinbart und planungsrechtlich gesichert werden¹².

Wichtig ist, Spielregeln an die „Begabungen“ der einzelnen Zonen und die zeitliche Entwicklung zu koppeln. Das betrifft neben den klassischen städtebaulichen Parametern wie Dichte, Erschließung und öffentliche Räume einer Zone vor allem ihre weichen Standortfaktoren: Welche Räume eignen sich für eine Ausdehnung von Bestandsnutzungen? Wo ist Schutz vor Lärm gefragt und an welcher Stelle eine radikale Öffnung zur Nachbarschaft? Was sind Laborräume, in denen für einen bestimmten Zeitraum unterschiedliche Nutzungen im Wechsel getestet werden können und wo sollten Impulse durch Neubauten gesetzt

werden? Welche Atmosphären, Öffentlichkeiten und mögliche Nutzungsmilieus zeichnen die Zonen aus? Die zeitliche Dynamisierung von Planung und Spielregeln schafft mehr Flexibilität, weil die Entscheidungsfindung über einen längeren Zeitraum gestreckt wird und so aktuelle Entwicklungen und Planung kontinuierlich aufeinander abgestimmt werden können. So kann beispielsweise über die Spielregeln vereinbart werden, dass eine bestehende Asphaltfläche für einen befristeten Zeitraum multifunktional sowohl als Platz für öffentliche Veranstaltungen, für ausgelagerte Erdgeschossaktivitäten von Bestandsnutzern oder als Parkplatz genutzt werden kann. Je nach Entwicklung der Nutzung kann nach Ablauf des vereinbarten Zeitrahmens entschieden werden, ob der Platz als öffentlicher Raum mit einer stärkeren funktionalen Gliederung neu angelegt werden soll oder in seiner bisherigen Form weiter gut funktioniert. Die Ausgestaltung von Freiflächen und Gebäuden in nutzergetragenen Entwicklungen ist eng mit den zuvor diskutierten Fragen der Organisationsform und Ökonomie verbunden. Einen weiteren, nicht unwesentlichen Faktor für die erfolgreiche Umsetzung von Raumstrategien zeigen Fallstudien, in denen Planern oder Architekten als Nutzer vor Ort Teil oder Initiatoren der Raumunternehmen sind. So vereinen sich das erfahrungsgeladene, autodidaktisch in Raumexperimenten erworbene und Fachwissen in einem nutzergetragenen Entwicklungsansatz.

Stadt machen mit Raumunternehmen

Können Raumunternehmen einen wirklichen Beitrag zur Entwicklung von Nachbarschaften und Quartieren leisten oder stellen sie ein Sondermodell der verstetigten Zwischennutzung dar?

Raumunternehmen zeigen Wege auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens und der Gemeinschaft auf, bieten Möglichkeiten der Teilhabe und Koproduktion von Stadt. Sie stehen für ein zivilgesellschaftliches Engagement und die Re-Lokalisierung von Lebenswelten, wie Produktionskreisläufen. Sie stellen die Frage, wie wir in Zukunft in der Stadt leben wollen und schaffen Nachbarschaften, die darauf Antworten suchen. Das macht sie für die kommende Stadt attraktiv.

(12)
Vgl. Schmidt-Eichstaedt, Gerd, Overmeyer, Klaus, Mellowpark Campus, Studie zur Umsetzung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die nutzergetragene Entwicklung eines 7 ha großen Jugendsportgeländes im Rahmen des EXWOST Forschungsprogrammes, Forschungsfeld Jugendliche im Stadtquartier des Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Berlin 2010

Informelle Raumtaktiken in der Stadtregion

Andrea Benze

Beispielregion Bitterfeld-Wolfen

Die Doppelstadt Bitterfeld-Wolfen ist prototypisch für eine industriell geprägte und wenig verdichtete städtische Region. Bitterfeld verfügt über einen kleinen verdichteten Stadtkern, ansonsten ist die Mittelstadt mit 45 000 Einwohnern durch aufgelockerte Wohnsiedlungen, Einfamilienhausgebiete und inzwischen eingemeindete mittelalterliche Dorfkern geprägt. Industrielle Infrastrukturen, die oft nur aus einer funktionalen und ökonomischen Logik entstanden sind, prallen teilweise sehr unvermittelt auf die Siedlungsbereiche. Bitterfeld-Wolfen ist seit 1989 großen Transformationsprozessen unterworfen. Diese schwanken zwischen Schrumpfung, Abriss ganzer Stadtteile und der Neuansiedlung von Industriebetrieben. Insgesamt unterliegt die frühere Chemieregion einem nicht abgeschlossenen Struktur- und Bedeutungswandel.

Wie gehen die Bewohner in ihrem Alltag mit den entstandenen Leerstellen in der Region um und wo gibt es soziale Treffpunkte in der Stadtregion? Diese beiden Fragen führten zu einer intensiven Spurensuche in der Region. Ausgangspunkt war nicht das Offensichtliche. Der Blick musste über die traditionellen, historisch und baulich konkreten Ansatzpunkte städtebaulicher und planerischer Vorgehensweisen hinausgehen und konnte sich auch nicht an offensichtlichen Gegenbewegungen im Stadtbild orientieren. Bitterfeld-Wolfen verfügt nicht über universitäre Ausbildungsstrukturen oder überregional bedeutende Kultureinrichtungen. Viele Bewohner sind (ehemalige) Arbeiter oder Facharbeiter.¹ Ihr Alltag ist vielfältig und orientiert sich oft an traditionellen Mustern. Soziale und kulturelle Aktivitäten in der Region sind nicht von avantgardistischen Gruppen geprägt, sondern sehr stark durch die Aktivitäten der lokalen Vereine. Sie bestimmen das im Lokalteil der Zeitungen sowie in Veranstaltungskalendern ablesbare kulturelle Leben in der Region.

Vereine als städtische Akteure

Die Untersuchung unterschiedlicher Raumtaktiken der Vereine zielt auf die Frage, wie die Vereinsorte entstehen und betrieben werden. Auf welche Defizite reagieren lokale Akteure und welche Möglichkeiten greifen sie auf? Raumtaktik beinhaltet den Umgang mit Raum durch die Nutzer. Der Begriff Taktik wird hier im Sinn von Michel de Certeau verwendet, der in seiner Untersuchung der Alltagspraktiken zwischen Taktiken und Strategien unterscheidet. Taktiken werden von Subjekten angewandt, die nicht über Macht oder einen Ort verfügen. Es ist eine Handlungsweise der Konsumenten² bzw. Nutzer. Certeau nennt sie auch „verkannte Produzenten, Dichter ihrer eigenen Angelegenheiten und stillschweigende Erfinder“ (de Certeau, Michel 1988, S. 21). Er sieht im Konsum nicht ausschließlich ein passives Verhalten, sondern ebenso einen kreativen, teilweise widerständigen und poetischen Akt. Taktik ist immer flüchtig und prozesshaft; was gewonnen wird, geht im nächsten Moment verloren. Raumtaktik ist damit eine Vorgehensweise neben der öffentlichen Planung und verfolgt Ziele, die teilweise mit offiziellen Entwicklungszielen im Einklang sind und teilweise konträr zu ihnen stehen.

Gerade vor dem Hintergrund der sozialen Strukturen in Bitterfeld erweisen sich Vereine als Schlüssel für die Suche nach sozialen Treffpunkten. Sie sind ein sehr breit gefächertes Phänomen: Vereine bilden ein breites Spektrum der sich immer weiter differenzierenden Gesellschaft ab und haben eine vermittelnde Funktion zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft. Sie agieren zwischen öffentlich und privat, Abgrenzung und Öffnung stehen in einem Spannungsverhältnis. An den Vereinsorten entstehen für Menschen, die nicht mit der Region vertraut sind, weitgehend unsichtbar, soziale Treffpunkte. Sie können in Anlehnung an Christine Hannemann als „nach außen wenig sichtbares ‚öffentliches Leben‘ der Stadt“ bezeichnet werden. (Hannemann 2002: 26) Der Fokus der folgenden Beobachtungen liegt auf drei unterschiedlichen Bereichen innerhalb der Region, in denen sich jeweils unterschiedliche Raumtaktiken entwickelt haben.

Dr. Andrea Benze
TU Berlin
FG Entwerfen und Konstruieren
Straße des 17. Juni 152
10623 Berlin
E-Mail.: a.benze@tu-berlin.de

I. *Entdecken* – Vereinsorte in der Dunstregion

Der Begriff Dunstregion beschreibt Gebiete am Rand der Aufmerksamkeit städtischer Planung, am Rand von Industriegebieten, oftmals angrenzend an Anlagen der Verkehrsinfrastruktur. Es sind Gegenden, die weder eine klare Bestimmung, noch einen festgeschriebenen Charakter haben und nur durch Abstandsregeln und andere Zufälle entstanden sind. In ihnen findet Vieles statt, für das an anderen Orten kein Platz ist.³

Die Stadtregion Bitterfeld-Wolfen verfügt über viele Freiräume, die als räumlicher Verschnitt zwischen den unterschiedlichen Ordnungssystemen entstanden sind. Sie werden vor allem von Vereinen mit Freizeitorientierung genutzt. Leerstellen, Restflächen oder Resträume, die sich der wirtschaftlichen Vermarktbarkeit entziehen, werden von den Vereinen genutzt. Hierbei werden buchstäblich neue Orte entdeckt. Die lokale Fachkenntnis ermöglicht es den Vereinen, Orte zugänglich zu machen, die vorher unzugänglich waren, Gebäudeteile zu nutzen, die bislang übersehen wurden oder besondere Zeiträume auszunutzen.

dranhängen

Kleinere Gruppen nutzen Räumlichkeiten eines Trägers (Betrieb, Verwaltung) für sich. Sie belegen ungenutzte Resträume und hängen sich damit an einen größeren Träger. In der Regel müssen die Vereine weder Miete noch Nebenkosten für die Räume zahlen. Der Radioclub etwa nutzt ehemalige Lagerhallen der heutigen Stadtwerke als Treffpunkt und Funkstation. Andere Vereine nutzen zeitliche Lücken. Die Verbindungen zur Trägerinstitution entstehen oft durch einzelne Mitglieder, die dort arbeiten, und können unterschiedlich intensiv sein.

erschließen

Größere Vereine entdecken leer gefallene Anlagen, wandeln überflüssig gewordene Sportplätze für ihre Bedürfnisse um oder erschließen Branchen und entwickeln sie zu ihren eigenen (gepachteten) Arealen. Mögliche Orte werden durch einzelne Mitglieder aufgrund ihrer persönlichen Verbindungen zur Region entdeckt. Die Prozesse der Aneignung verlaufen unterschiedlich:

Der „Bitterfelder Verein für Luftfahrt“ lässt zunächst einige Ballons im ehemaligen „Stadion der Chemiarbeiter“ starten. Als das Gelände des Stadions halbiert wird, entstehen entlang der Hauptstraße neue Gewerbegrundstücke. Die zweite Hälfte wird durch eine zusätzliche Straße erschlossen und kann vom Verein übernommen und nun zum Ballonplatz umgebaut werden.

Demgegenüber hat der „Windhunderennverein Greppin“ gezielt ein Gelände gesucht. Durch persönliche Verbindungen wird ein leer stehendes Areal in Greppin innerhalb der Abstandsflächen für chemische Rohrleitungen gefunden, dekontaminiert und zum Windhunderennplatz umgebaut.

Der „Schützenverein Diana“ entdeckt das Gelände der Gesellschaft für Sport und Technik⁴ und übernimmt es sukzessive. Nach der friedlichen Revolution begann der heutige Schatzmeister dort mit dem Training von Jugendlichen und konnte daraufhin einen günstigen Pachtvertrag mit der Stadt aushandeln. Inzwischen wurde der „Schützengarten“⁵ auf dem Gelände mehrfach um- und angebaut. Hierbei werden die landschaftlichen Qualitäten des Areals betont. Zu Festen und Turnieren wird auf dem Gelände in Campingwagen übernachtet. Auch die heute von der Stadtplanung als Makel gesehene Discounter-Märkte, die an den Schützengarten angrenzen, sind fest in die alltäglichen Abläufe und Erledigungen der Schützen integriert.

II. *Spezialisieren* – Vereine in der Planstadt

Der Begriff Planstadt beschreibt Stadterweiterungen, die nach dem 2. Weltkrieg nach funktionalen und fertigungstechnischen Aspekten errichtet wurden. Sie sind in einzelnen Wohnkomplexen realisiert worden. Innerhalb jedes Wohnkomplexes gibt es soziale und kommerzielle Wohnfolgeeinrichtungen wie Schule, Kindergarten, Einkaufsmöglichkeiten. Nach dem Vorbild des modernen Städtebaus wurden sie überwiegend in aufgelockerter Zeilenbauweise geplant, mit Flachbauten als Solitäre für die Folgeeinrichtungen durchsetzt und in Block- bzw. Plattenbauweise errichtet, ein nahezu ausschließliches Wohngebiet.

(1) Scurrall, Babette: netzstadtfen 1, www.netzstadt-forum.de, Bitterfeld-Wolfen, 1. Netzstadtforum. Zugriff vom 20.11.2009. Sie betont, dass es für die neuen höher qualifizierten Arbeitsplätze nicht genügend Bewerber aus der Region gibt.

(2) Michel de Certeau untersucht in „Kunst des Handelns“ die Aktivitäten von Verbrauchern

(3) Der Begriff Dunstregion wird von der Gruppe Crimson zur Beschreibung dieser speziellen Ausprägung der Peripherie geprägt. Crimson: ORG-WARS, Daidalos 72, Berlin 1999, S. 28–41.

(4) Gesellschaft für Sport und Technik GST ist eine paramilitärische Vereinigung in der DDR.

(5) Die Schützen bezeichnen ihr Gelände als Schützengarten.

Auch in der Planstadt belegen die Vereine Leerstellen im Gefüge der Region. Anlass zur Vereinsgründung ist oft der Wunsch, einen sozialen Missstand zu beheben oder eine Lücke im sozialen und kulturellen Zusammenleben zu schließen. Die Vereine nutzen ihre lokale Kompetenz beim gezielten Aufspüren dieser Lücken. Im Unterschied zur Dunstregion entdecken sie keine Orte, sondern verwandeln und spezialisieren Einrichtungen, die bereits als öffentliche Gebäude geplant wurden und jetzt leer stehen oder in absehbarer Zukunft nicht genutzt werden. Der Zweck der Einrichtung, der ursprünglich aus den offiziellen, planerischen Anforderungen für einen Wohnkomplex entstammte (z.B. Kindertagesstätte, Jugendclub etc.) wird durch die Vereine verändert und den gegenwärtigen Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst.

dranhängen und mitmachen

Kleinere Vereine und Gruppierungen mieten sich in Gebäude ein, die bereits von etablierten Vereinen betrieben werden. Die Mietkosten sind oft geringer als marktüblich, der Vertrag schließt manchmal die Verpflichtung zum Mitmachen an Aktionen des Trägervereins mit ein. Die Vereine ergreifen diese Gelegenheit zum Mitmachen ganz unterschiedlich. Der Verein „Kreatives Gestalten“ gestaltet nahezu das ganze Frauenkommunikationszentrum. Andere Vereine verstehen sich eher als Gast in der Trägerinstitution. Darüber hinaus nutzen kleine Vereine zum Erhalt und zur Erweiterung ihrer Gruppe persönliche Netzwerke, die quer zu öffentlichen Institutionen laufen. So wirbt der Seniorenverein „unter uns“ neue Mitglieder über den Hausarzt.

übernehmen und spezialisieren

Größere Vereine übernehmen leer stehende Gebäude, die als öffentliche Einrichtungen geplant waren. Notwendige Sanierungsarbeiten werden vorwiegend durch öffentliche Fördermöglichkeiten organisiert.

Der Verein „Frauen helfen Frauen“ übernimmt sukzessive einen ehemaligen Jugendclub. Er ist zunächst ein Mieter unter Anderen. Die Mitglieder übernehmen organisatorische Aufgaben und mieten zusätzliche Räume für ihre Aktivitäten. Schließlich drängen sie auf Selbstverwaltung des Hau-

ses und organisieren den Umbau zum Frauenkommunikationszentrum. Insgesamt betreibt der Verein „Frauen helfen Frauen“ mehrere Räumlichkeiten, wie Schutzwohnungen für Frauen an geheimen Orten und angemietete Räume für einzelne EU-geförderte Projekte.

Der „KV Jugendszene Bitterfeld e.V.“ wandelt sich selber, nachdem er eine Kinderfreizeiteinrichtung nach Jahren des Leerstands und Verfalls übernommen hat. Sie wurde als Freizeittreff für Kinder und Jugendliche wieder hergerichtet. Nachdem sich der Bedarf ändert, aus Kindern Jugendliche werden, wandelt sich auch der Verein. Als „Kinder- und Jugendverein Roxy e.V.“ übernimmt er den Freizeittreff und spezialisiert das Konzept für die neue Situation. Der „Jugendclub Roxy“ ist jetzt eine innovative Einrichtung, die neue Formen der Jugendarbeit mit den Schwerpunkten Kultur und außerschulische Jugendbildung vertritt. Bei laufendem Betrieb wird das Gebäude den neuen Anforderungen angepasst.

III. *Umdeuten* – Vereine im Kulturhaus

Das Kulturhaus wurde nach Kriegszerstörung in der DDR als Theater der Werktätigen mit Club der Werktätigen wieder aufgebaut. Im Gegensatz zu den anderen beiden Bereichen agieren die Vereine hier nicht nur aus eigener Initiative. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen betreibt heute das Kulturhaus und versucht, es mit verschiedensten Aktivitäten zu füllen zum Beispiel Vereinsaktivitäten. Die Räumlichkeiten werden aber auch für professionelle Kulturveranstaltungen vermietet sowie an Firmen oder Organisationen für Tagungen und Konferenzen. Im Kulturhaus haben sich viele Kulturvereine angesiedelt, die aus früheren Werkszirkeln⁶ entstanden sind. Im Gegensatz zur Planstadt, wo es ein Merkmal vieler Vereine ist, in der veränderten Region Lücken für ihre Vereinstätigkeit aufzuspüren und zu füllen, mussten einige Vereine im Kulturhaus die Bedeutung ihres Vereinszwecks nach der Wende erst wieder finden. Die Vereine gehen mit dieser Frage ganz unterschiedlich um und lösen sie auch unterschiedlich erfolgreich. Vielfach korrespondiert die Raumtaktik der Vereine mit ihrer Fähigkeit, eine neue Interpretation des Vereinszweckes zu finden. Durch

(6) Werkszirkel wurden in der DDR in den Volkseigenen Betrieben initiiert, um eine kulturelle Betätigung der Arbeiter und damit eine Arbeiterkultur zu erzielen.

das Umdeuten der Vereinszwecke wird das Kulturhaus zu einem Ort, an dem die jüngere Industriegeschichte der Region lebendig ist und fortgeschrieben wird.

umdeuten und auslaufen

Der Briefmarkensammlerverein ringt um Nachwuchs. Das Sammeln von Briefmarken stößt auch unabhängig vom politischen Systemwechsel auf abnehmendes Interesse bei Jugendlichen. Gleichzeitig lässt sich das Vereinsleben mit relativ wenig Aufwand betreiben, so dass sich die Mitglieder damit abgefunden haben, ein Auslaufmodell zu sein. Der Verein mietet einmal im Monat einen Raum. Die Treffen finden in unterschiedlichen Seminarräumen statt. Fixpunkt ist lediglich der Materialschränk.

umdeuten und weitermachen

Der Kunstverein Bitterfeld/Wolfen existiert als Werksgruppe der Farbenfabrik seit 1952. Seit 1989 wird der künstlerische Leiter nicht mehr öffentlich finanziert und die Gruppe formierte sich zum Verein. Angesichts der engen Freundschaften machten sie auch unter schwierigeren finanziellen Bedingungen weiter.⁷

Seit 2001 hat der Kunstverein gemeinsam mit dem Malverein „Alte Schenke“ einen festen Raum im Kulturhaus. Der Zusammenschluss ist allerdings eine reine Zweckgemeinschaft. Der Raum wird abwechselnd genutzt. Eine unsichtbare Diagonale teilt die Wandflächen des Atelierraumes in zwei Hälften, die jeweils ein Verein beansprucht. Den großen Gruppenarbeitstisch benutzen beide. Obwohl der Raum im Vergleich zu den früheren Möglichkeiten im „Haus der Werktätigen“ eine deutliche Verschlechterung darstellt, wird der Einzug in das Kulturhaus von den Mitgliedern begrüßt, da es ihnen ermöglicht, dem Vereinszweck nachzugehen und nach häufigen Ortswechslern wieder Fuß zu fassen.⁸

umdeuten und anpassen

Das Amateurtheater hat nach 1990 eine Strategie entwickelt, um die Vereinstätigkeit attraktiv zu machen und an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Die Spezialisierung auf Märchen und moderate Eintrittspreise sichern stabile Zuschauerzahlen. Die Zusammenarbeit mit

professionellen Regisseuren blieb durch Verbindungen zu Theatern in Sachsen-Anhalt erhalten. Nach 1990 wurden dem Verein Bühnennebenräume zugesprochen. Mit 75 Plätzen ist die neue Spielstätte deutlich kleiner als die alte, aber für das heutige Wirkungsfeld des Vereins passend.

Akteure aufspüren!

In die Welt der Vereine einzutauchen, hat unterschiedliche und Qualitäten lokaler Vereine aufgedeckt. Um sie zu entdecken, wurde die Untersuchung der baulichen Struktur der Region mit den sozialen und kulturellen Strukturen gekoppelt. Die Vereine und die Orte ihrer Tätigkeit bergen einen großen Schatz an lokalem Wissen und Ideen, der auch Konzepten zur Stadtentwicklung zugänglich gemacht werden sollte. Darüber hinaus bieten die Orte der Vereine über ihre Ausrichtung und die Art, in der sie gemacht sind, konkrete Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Region. Teilweise kooperieren sie mit stadtplanerischen Zielen, z. B. erhält das Kulturhaus durch neue Vereinsziele eine konkretere inhaltliche Ausrichtung. Teilweise sind sie gegensätzlich zu stadtplanerischen Zielen, haben aber das Potenzial, den Blick auf den Ort und seine Entwicklung zu erweitern, wie z. B. die Auslegung des Gewerbegebietes als Freizeitregion bei den Schützen. Die in der Nutzung und Ausgestaltung der Vereinsorte sichtbar werdenden Vorstellungen sollten nicht unter Auslassung fachlicher Kompetenzen wörtlich übernommen werden, vielmehr müssen Vereine als Experten ihrer Belange und zudem als Stellvertreter der Bevölkerung in lokale Entscheidungen einbezogen werden.

Literatur

de Certeau, Michel, 1988: Kunst des Handelns. Berlin. (Originalausgabe: L'invention du quotidien. Arts de faire. Union Générale d'Éditions, coll. 10/18, Paris, 1980.)

Hannemann, Christine, 2002: „Soziales Kapital“ kleiner Städte – Perspektive für schrumpfende Städte in Ostdeutschland? In: Dieselbe; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine (Hrsg.): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin, S. 26.

(7) Gruppeninterview mit Herr P. und anderen, Kunstverein Bitterfeld – Wolfen am 31.08.04. Vergleiche: Benze, Andrea: Alltagsorte in der Stadtregion. Atlas experimenteller Kartographie, Reimer Verlag, Berlin 2012

(8) Ebenda.

Governance des Informellen

Planungstheoretische Überlegungen

Stephan Willinger

Es ist ein recht vielgestaltiger Aufbruch des Informellen, der im Rückblick auf die Stadtentwicklung der letzten zehn Jahre in Deutschland sichtbar wird. Ausgelöst, verstärkt und gefördert durch eine Konstellation neuer Rahmenbedingungen (von Demografie bis Globalisierung, von neuen Lebensstilen bis zu einem veränderten Staatsverständnis) gibt kann man mittlerweile von einer Vervielfachung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und einer wachsenden Aufmerksamkeit gegenüber dem Informellen und seinen Akteure sprechen. Wichtig ist, dass dabei auch die Vorstellungen vom Informellen selbst in Bewegung geraten sind.

Dem Dualismus zwischen Formellem und Informellem entsprach in Mitteleuropa lange ein Planungsideal der Moderne, das soziale Beziehungen und Räume stets formell definierte und Institutionen fest zugeordnete, um Gefahren zu vermeiden und vermeintlich schädliche Entwicklungen abzdämpfen. In diesem kulturellen System waren informelle Nutzungen und ihre Räume gleichsam die Müllhaufen (im Sinne der Mülltheorie Michael Thompsons), auf denen alles Unpassende abgeladen und aus der Ordnung der formalen Systeme ausgeschlossen wurde. Natürlich gab es auch zwischen diesen Ordnungen immer schon Übergänge, denn informelle Räume erfüllten Funktionen für den geordneten Stadtraum und die Mehrheitsgesellschaft. Bei der Analyse der verschiedenen Typen informeller Nutzungen zeigt sich inzwischen, dass sie komplexe Systeme darstellen, die aus einer Fülle von Handlungen, Partnerschaften und Vernetzungen bestehen, die die jeweiligen Grenzen der Akteure überschreiten.

Eine Analyse des Informellen in der Stadtentwicklung muss daher die Ambivalenzen stärker in den Blick nehmen, die zivilgesellschaftliche Projekte und staatliche Strategien immer beinhalten. So stellt in einer Gesellschaftsordnung, die durch die Formalisierungen der Moderne hindurchgegangen ist, die Hierarchien durch Heter-

archien ersetzt hat und in der es kein Oben und kein Unten mehr gibt, das Informelle auch keine Exklusion aus dem System mehr dar, sondern schlicht ein Anderes, das sich auf andere kulturelle Ordnungen bezieht. Wenn nun Verwaltungen damit beginnen, informelle Projekte als funktionale Bausteine in ihre Strategien einzubauen, dann müssen sie vor allem den „Umgang mit Paradoxien“ (Wiechmann 2008: 242 ff.) lernen. Noch scheinen Planungsverwaltungen hin- und hergerissen zwischen den widersprüchlichen Anforderungen von Kreativität und Ordnung, Ausprobieren und Absichern, Freiheit und Kontrolle, ...

I. Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung

Nun kann man dies auch allgemeiner fassen und sich fragen, welches Verhältnis zwischen den Sphären des Staates (hier gefasst als Stadtplanung) und der Zivilgesellschaft (hier vor allem in ihren weniger formalisierten Teilen, also nicht als Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, sondern eben als Initiativen, aktive Gruppen, Vereine) derzeit besteht bzw. unter den aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen günstigenfalls entstehen könnte. Schon seit einigen Jahren ist sich auch die Stadtplanung darüber im Klaren, dass sie kurzsichtig operiert, wenn sie ihre Kommunikation mit den Bürgern weiterhin so wie seit Jahrzehnten auf Bürgerbeteiligung beschränkt. Dieses Instrument hat sich „als zu schwach oder schlicht als ungeeignet erwiesen, um selbstorganisiertes Bürgerengagement über Förderperioden hinaus nachhaltig zu generieren und zu organisieren.“ (Gualini 2010: 3) (Abb.1) Nur wenigen Kommunen gelingt es, die klassischen Probleme enggeführter Bürgerbeteiligung zu überwinden: geringe Resonanz, fehlende Informiertheit, Oberflächlichkeit, soziale Selektivität, Dominanz organisationsstarker Interessen, Engagement erst bei Betroffenheit und vielfach zu spät, stark polarisierte und kaum mehr überbrückbare Meinungsunterschiede. So kritisiert auch

Stephan Willinger
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
E-Mail:
stephan.willinger@bbr.bund.de



Becker, „dass Aspekte wie die räumliche Verteilung, unterschiedliche Formen, Motivationen und Ziele einer selbstermächtigten Zivilgesellschaft weitestgehend ausgeklammert werden. ... Zusätzlich wird Zivilgesellschaft fast ausnahmslos im Kontext von Problemen und Problemlösungen thematisiert.“ (Becker, 2009: 6)

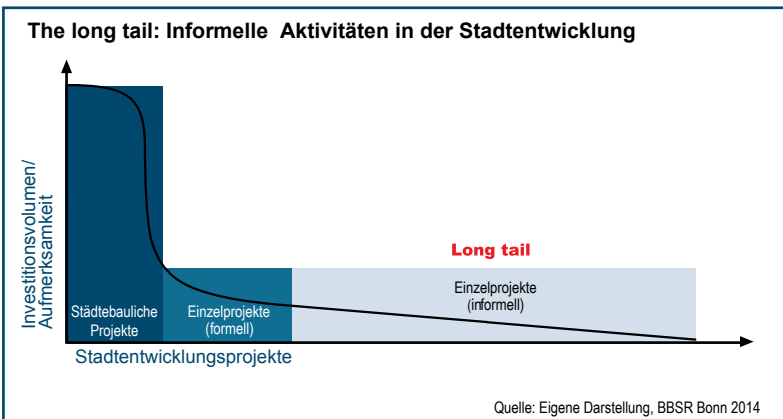
Multiple Demokratie vor Ort

Ich habe an anderer Stelle ein Verständnis von *Partizipationen* an der Stadtentwicklung vorgestellt, das die Kommunikation zwischen Staat und Zivilgesellschaft nicht nur auf deren Beteiligung an öffentlichen Aufgaben fokussiert (vgl. Willinger 2011). Es beruht auf dem Versuch, Beteiligung nicht instrumentell und ausschließlich auf Stadtplanung gerichtet zu verstehen, sondern umfassender: als allerlei alltägliche und außergewöhnliche Aktivitäten, mit denen die Bürger immer schon an Stadt teilhaben und diese ganz selbstverständlich gestalten. In diesem Sinne formuliert auch Klaus Selle: „Partizipation wird in der Fachdiskussion fast durchweg noch mit „Teilhabe an öffentlichen Planungsprozessen“ gleichgesetzt. Eben das ist aber ...nur ein kleiner Ausschnitt tatsächlicher Teilhabe.“ (Selle

2010: 3) Die Frage der Beziehung zwischen Stadtentwicklung und zivilgesellschaftlichem Handeln stellt sich „nicht als Gegensatz, sondern vielmehr als Erweiterung und teilweise als Revision traditioneller Bürgerbeteiligungsansätze.“ (Gualini, 2010: 3) Berücksichtigt man dies, so werden aus einer von oben betriebenen Beteiligung praktische und virtuelle, öffentliche und persönliche, diskursive und performative *Partizipationen* an Stadtentwicklung. *Partizipationen* gibt es also nur im Plural. Sie sind also vielstimmig. Konrad Hummel hat dies mit den Begriff „Transitdemokratie“ umschrieben und meint damit „Übergangsformen von parlamentarischer und direkter Demokratie, die sich gleichzeitig durch alle Lebensbereiche und Milieus ziehen und die sich nicht ablösen, sondern neu mischen werden.“ (Hummel 2013: 2)

Das Normale und die Stadtentwicklung – ein schwieriges Verhältnis

Aus dieser neuen Perspektive sind Stadtbewohner nicht Beteiligte, sondern immer schon Ko-Produzenten von Stadt. Aus einer störrischen und oft nicht auffindbaren Zielgruppe wird ein in seinem Eigensinn akzeptierter Akteur der Stadtentwicklung. Der französische Soziologe Michel de Certeau hat dargestellt, dass jeder sogenannte Konsument nicht nur passiver Abnehmer von Produkten, sondern selbst immer auch Produzent ist. Er beschreibt unsere ganz normalen städtischen Praktiken so: „Das Alltägliche setzt sich aus allen möglichen Arten des Wilderns zusammen“ und lobt die „zersplitterte, taktische und bastelnde Kreativität von Gruppen“ (de Certeau 1988: 12 ff.). Die sogenannten Zwischennutzer und alle anderen Gruppen, die sich städtische Räume aneignen, tun genau dies: sie drehen den Spieß um, beteiligen sich nicht an Planungen, die Lösungen finden wollen



für von Fachleuten aufgeworfene Fragen. Stattdessen werden sie aktiv, planen und bauen selber – und beteiligen die Verwaltungen nur dann, wenn dies für die Umsetzung ihrer Vorhaben unumgänglich ist. Für die meisten unter ihnen ist all dies durchaus nicht rebellisch gemeint, nicht gegen die Ordnung gerichtet, sondern vielmehr ganz normal. (Lindsay Sawyer und Monika Streule plädieren daher für eine Verwendung des Begriffs „popular urbanization“ (i.S.v. gängig, volkstümlich), um die Normalität der Aktivitäten zu betonen.)

Wie kann eine Stadtverwaltung mehr Resonanz für dieses Normale entwickeln? Während staatliches Handeln in der Stadtentwicklung auf die zielgerichtete Erfüllung bestimmter Ziele ausgerichtet ist, besteht das Hauptcharakteristikum des informellen oder zivilgesellschaftlichen Handelns gerade in seiner Entstehung aus individuellen Zielen und Wünschen. Es ist eben wilde Partizipation im Sinne de Certeaus. Und alle Versuche der Kontaktaufnahme zu dieser Wildnis werden nicht problemlos verlaufen. „Kommunales Handeln folgt prinzipiell rechtlich überprüfbaren, kontrollierbaren, transparenten, mehrheitsfähigen, rationalen Normen. Bürgerschaftliches Engagement ist in seinem inneren Kern und Wesen genau das Gegenteil: parteilich, emotional, gegensteuernd, gruppenorientiert.“ (Hummel 2008: 2) Gualini konstatiert „eine besondere Form von Inkommensurabilität zwischen der sozialräumlichen Logik zivilgesellschaftlichen Handelns und der räumlichen Logik der Territorialisierung, die noch weitgehend staatliches Handeln dominiert“. (Gualini: 2010: 20) Das eigensinnige Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure darf nicht mit gemeinwohlorientierten Aktivitäten gleichgesetzt werden. Es kann positive Effekte auf die Stadtentwicklung haben, muss es aber nicht, denn es erfolgt aus anderer Motivation. Die Forderung oder auch nur die Wunschvorstellung, zivilgesellschaftliches Engagement diene einem Gemeinwohl muss daher fallengelassen werden. Ganz richtig fragt Selle: „Wo und von wem wurden Gemeinwohl und öffentlicher Aufgabenbestand abschließend definiert? Geht das überhaupt? Falls nein: Wer verfügt über entsprechende Definitionsmacht? In welchen Verfahren wird geklärt, ob ein Kulturprojekt dem Gemeinwohl dient oder den Eigeninteressen der Akteu-



re?“ (Selle 2007: 4) Genau solche Fragen rücken in den Fokus, wenn man versucht, gegenseitige Akzeptanz zwischen den Systemen Staat und Zivilgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Denk- und Handlungsweisen zu organisieren.

Für Stadtverwaltungen ist eine solche Mitwirkung der Zivilgesellschaft an Stadtentwicklung durchaus kein Luxus, sondern Grundlagenarbeit. Wenn Stadtplaner bereit sind, ihr Steuerungsverständnis zu ändern und die Selbstorganisationskräfte der Bewohner stärker zu nutzen, kann zwischen den Inputs von institutionellen Akteuren und zivilgesellschaftlicher Einflussnahme ein neues Gleichgewicht entstehen. Und die Städte können an Lebendigkeit und Attraktivität gewinnen.

II. Informalität als Subjekt und Objekt der Stadtentwicklung

Eigensinn und Selbststeuerung als Grundbedingungen

Wie kann eine neue, eine andere Governance gestaltet sein, die die Projekte des Informellen Urbanismus wahrnimmt und als vielversprechende Bausteine integriert? Die klassische Stadtplanung ordnet Nutzungen und reguliert die Bautätigkeit. Bisher fehlt ihr aber oft die entsprechende Grundeinstellung und das passende Instrumentarium, um die Bürger als Ideengeber und Partner für urbane Transformationen aktiv einzubeziehen und ihnen die Verantwortung für die Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu übertragen. So ergibt sich die Aufgabe, eine Schnittstelle zur Zivilgesellschaft aufzubauen, ohne diese vollkommen in die Systematik der Stadtplanung integrieren zu können.

Eine zu starke Umarmungsstrategie des ermöglichenden Staates wäre ebenso falsch, wenn sie kritisches Engagement einzubeziehen versucht – und gerade dadurch die Akteure bremst. Ein zu harmonisches Bild des Informellen, das seine politische Dimension ausklammert, wäre einer aufgeklärten Stadtentwicklung nicht angemessen. So sollte auch von dem Bild der Stadt als Integrationsmaschine Abstand genommen werden, das etwa dem Bundesprogramm Soziale Stadt zugrunde liegt. Wer die Potenziale des Informellen Urbanismus genauer betrachtet, der wird weniger die friedliebenden Gärtner sehen, als selbstbewusste Bürger mit einem geschärften Sinn für Benachteiligungen und Interessengegensätze. Es sind also diese „sozialen Bewegungen und außerinstitutionellen Impulse“, mit denen man es nun zu tun hat und die zu einer „Repolitisierung der Stadtpolitik“ beitragen können (vgl. Holm und Lebuhn 2013: 195).

Die folgenden Überlegungen zu einer stärkeren Einbeziehung informeller Aktivitäten durch die Kommunen gehen von einer anderen Umgangsweise mit den realen Akteuren und ihren Möglichkeiten vor Ort aus. Grundsätzlich neue Regelungen müssen hierfür nicht definiert werden. „Die gesetzlichen Regelungen des Planungsrechts sind ... durchaus flexibel. Es war nie verboten, so genannte einfache Bebauungspläne zu machen. Es war nie verboten, in Flächennutzungsplänen Darstellungen zu platzieren, die auf die konkreten Bedarfslagen der Kommune eingehen. Es war nie verboten, Pläne schnell zu ändern.“ (Schäfer 2013: 120) Ziel ist eine andere, eine strategieorien-

tierte Planung. Diese „tangiert ... den Kern der traditionellen Planungsdisziplin: Ziel von Raumplanung war es seit ihren Anfängen, die zukünftige räumliche Entwicklung von Gesellschaft umfassend zu prognostizieren und in eine gewünschte Richtung zu lenken. ... Die strategieorientierte Planung stellt insofern einen Paradigmenwechsel dar, als sie unerwartete Ereignisse und Entwicklungen anerkennt und den Anspruch auf Ordnung relativiert. Die Zurücknahme des Anspruchs auf umfassende Regulation und Planung der räumlichen Entwicklungen ermöglicht eine stärkere Rücksichtnahme auf Eigenentwicklungen, Formen der Selbstorganisation sozialer Gruppen im Raum sowie der Selbststeuerung ihrer Bedürfnisse und Ansprüche.“ (Frey 2008: 226) In einer solchen Planungsvariante entsteht dann auch Offenheit für den Informellen Urbanismus.

Ich möchte an einigen Aspekten der Stadtentwicklung zeigen, welche Richtungen eine solche Annäherung nehmen könnte. Dabei geht es ebenso um die Unterstützung informeller Akteure wie um die Bereitstellung geeigneter Räume.

Leipzig als role model

Das dominante Raumbild und damit Grundlage aller Stadtentwicklungskonzepte ist heute immer noch die Europäische Stadt – und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Form (Straße, Block). Diese traditionellen Raummuster liefern auch traditionelles Verhalten als Dispositiv mit. Im Raumbild der europäischen Stadt taucht der Bürger bislang nur in seiner Rolle als Konsument auf. (vgl. dazu Willinger 2007) Es ist eine interessante Koinzidenz, dass zeitgleich mit der Postulierung der Europäischen Stadt durch die europäischen Minister für Stadtentwicklung in der Leipzig Charta gerade in Leipzig dieser Stadttyp eine starke Wandlung erfahren hat. Leipzig hat durch die temporäre Nutzung von Brachflächen und eine systematische Unterstützung von „Hausbesetzungen“ die Aufnahme des Informellen in das Instrumentarium heutiger Stadtentwicklung im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts in Deutschland vorbereitet. „Wie so oft bei Systeminnovationen erfolgte auch dies nicht ganz freiwillig, sondern als Antwort auf die akute Notlage der Leerstände, die die Innen- wie Außenwahrnehmung

Integration informeller Akteure in die Stadtentwicklung

Hermetische Governance

- Sektorale Einzelkonzepte und -projekte
- Behandlung informeller Projekte als Störung, Konfliktmanagement
- Beteiligung informeller Akteure an eigenen Planungen
- Bereitstellung eines Ansprechpartners (Engagement-Beauftragter)
- Schaffung von einzelnen Ausnahmeständen
- Kontinuierliche Einbeziehung informeller Gruppen in Arbeitsgruppen und Ausschüssen
- Leitbild zur Berücksichtigung informeller Akteure und Projekte
- Strategische Kooperationen mit informellen Gruppen

Responsive Governance

Quelle: Eigene Darstellung, BBSR Bonn 2014

Leipzigs prägten und die Entwicklung der Stadt zu behindern drohten. Das als Task Force gegründete Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung hatte früh erkannt, dass gerade ungewöhnliche Initiativen und experimentelle Raumnutzungen durch bürgerschaftliche Gruppen wichtige Impulse für stagnierende Stadtviertel geben können. Hierzu wurden neue Kommunikationsstrukturen mit den Akteuren vor Ort aufgebaut, die so zu maßgeblichen Trägern der Stadtentwicklung geworden sind. So stellt Amtsleiter Karsten Gerkens, eine der treibenden Kräfte dieser Strategie, fest: „Wir können die Objekte nicht vorgeben, die bearbeitet werden müssen. HausHalten e.V. muss sagen, welche Objekte sie bearbeiten können. Wir von der Verwaltung kennen die ganzen komplexen Zusammenhänge nicht, können das Für und Wider für ein Projekt nicht abschließend einschätzen. Da fehlt uns der Erfahrungshintergrund, den die Akteure zum Teil über Jahre aufgebaut haben.“ (Gerkens 2012: 47) Die Kreativität der HausHälter zeigt sich nicht in gesellschaftlichen Utopien, sondern in der geschickten Organisation von Abstimmungsprozessen, beim Aufbau von Vertrauen im Dreieck von Hauseigentümern, informellen Nutzern und Verwaltung. Mit dieser pragmatischen Herangehensweise werden Nutzer gestärkt, Eigentümer an neue Wege gewöhnt und Verwaltungsroutinen schrittweise verändert.

Ein neuer Umgang mit Raum

„Auffällig ist, dass die Initialzündungen kultureller Aktivitäten oft in räumlichen Nischen liegen, womit vernachlässigte und unintendiert entstandene Neben- und Resträume gemeint sind.“ (Steets 2011: 98) Es sind also solche Orte, die planerisch hergestellt oder gesichert werden müssten. Bereits 1987, in seinem Beitrag zum städtebaulichen Wettbewerb für die neue Stadt Melun-Sénart bei Paris, hatte Rem Koolhaas postuliert, dass voids (Lücken, Leerstellen) ein entscheidender Baustein jeder Stadt sind. Seitdem bezeichnet der Begriff voids alle Orte einer Stadt, die hinsichtlich ihrer Nutzung nicht abschließend festgelegt sind, es wegen bestimmter Hindernisse auch nicht sein können: Reserveflächen, Brachen, Abstandsflächen, Gebäudeleerstände, belastete Flächen. Sie entstehen durch strukturelle Veränderungen in den Städten

immer wieder neu und bieten Nischen für kreative Entwicklungen, Potenzialflächen jenseits ökonomischer Zwänge, ein Stück Freiheit in dem sonst so streng durch Regeln und Gesetze bestimmten Stadtraum.

Planung als Nicht-Planen

Lucius Burckhardt hat sich in seinen planungstheoretischen Überlegungen für das Nicht-Programmierte oder unscharf Programmierte ausgesprochen. Damit meinte er keine Nicht-Planung, sondern eine neue Form der offenen Planung, die alternative Gebrauchsfähigkeiten mit einplant. Seine Frage lautet: „Wie wenig darf geplant werden, wie wenig kann überhaupt geplant werden?“ (vgl. Burckhardt 2004: 42) Diedrichs e.a. (2009: 6) zeigen am Beispiel des „Prinzips Garage“, „dass eine Bereitstellung von Räumen dem Wunsch nach umfassender Originalität beim kreativen Arbeiten widerspricht.“ So muss sich eine andere Art von räumlicher Planung vor allem in Zurückhaltung üben: „Allerdings ergeben sich Möglichkeiten durch eine indirekte Kommunikation in Form eines „Unauffälligen Raumes“. Die Art der indirekten Kommunikation ließe sich mit folgenden Worten charakterisieren: Offenhalten statt verwehren. Brach gefallene Flächen oder marode Gebäude sollten als stilles Reservoir für Kreativszenen erkannt und nicht abgeschottet werden.“ (a.a.O.: 7) Wer informelle Nutzer anziehen möchte, sollte nicht nur die (Standort-) Qualitäten von potentiellen Räumen für Kreative erkennen und diese nicht mit zusätzlichen baulichen Maßnahmen überformen. „Die Entstehung von Ideen braucht in den frühen Phasen Nichtbeachtung und freies Walten an Orten, wo keiner mit „Innovationskultur“ als gemeinschaftlicher Aufgabe droht.“ (a.a.O.: 9)

Strategische Nutzung des Ausnahmezustands

Ananya Roy hat in mehreren Texten die Vorstellung entwickelt, der Staat könne durch die Verhängung eines „Ausnahmezustands“ Möglichkeitsräume für informelle Nutzungen eröffnen (vgl. Roy 2005 und Appelhans 2011). Auch das bundesdeutsche Bau- und Planungsrecht kennt durchaus die Tatbestände von Ausnahme und Befreiung. Könnte hier angesetzt werden, wenn es darum geht, Räume geringer Regelungs-

dichte zu unterstützen, in denen unvorhersehbare Projekte entstehen können? Nach § 31 BauGB können solche Ausnahmen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans zugelassen werden, die darin bereits ausdrücklich vorgesehen sind. Darüber hinaus kann ein Vorhaben von den Festsetzungen des Bebauungsplans befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und die Abweichung städtebaulich vertretbar ist. Die Abweichung muss auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar sein. Wären Planer besser dazu in der Lage, die mit bestimmten informellen Nutzungstypen einhergehenden Auswirkungen einzuschätzen und in ihren Konzeptionen als Ausnahmen zu berücksichtigen, dann könnten Bauleitpläne (in Teilbereichen, temporär) also durchaus für unerwartete Nutzungen geöffnet werden. Schon heute werden mancherorts Grundstücke in „informellen“ Stadtteilkonzepten als „Sozialflächen“ oder „Räume für bürgerschaftliches Engagement“ markiert und auf diese Weise für informelle Nutzungen freigehalten. Offen bleibt dann aber, wie es weitergeht. Denn bei der bloßen Festlegung darf es nicht bleiben, die Flächen müssen für die Bürger mental, rechtlich und praktisch verfügbar gemacht werden.

Nutzer bei der Flächenvergabe bevorzugen

Immer öfter wird im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Liegenschaften kritisiert, dass meist rein ökonomische Kriterien entscheiden. Aspekte einer weiterverstandenen Stadttrendite von Nutzungen bleiben ausgespart.

Ein Beispiel, bei dem eine Begünstigung informeller Träger in die Praxis umgesetzt wurde, ist die Vergabe von Parzellen rund um die Blumenmarkthalle in Berlins südlicher Friedrichsstadt. Basierend auf einem Entwicklungsleitbild für ein Kunst- und Kreativquartier wurden vom Berliner Liegenschaftsfonds in einem formellen Bieterverfahren Investoren ausgewählt, die zwar weniger Geld, dafür aber mehr stadtentwicklungsrelevante Inhalte anbieten. Von vorne herein waren hier Kriterien festgelegt worden, bei denen soziale und quartiers-bezogene Aspekte höher bewertet waren, als die bloße Rendite.

Neue Netzwerke entwickeln

Jenseits dieser räumlichen Sicht bedarf es neuer innovativer Netzwerke, um informellen Akteuren mehr Spielräume in der Stadtentwicklung zu verschaffen. Hierfür müssen Plattformen etabliert werden, auf denen sich engagierte Akteure vernetzen und mit Planern zusammenkommen, um sich über mögliche Zukünfte auszutauschen.

In Madrid hat eine Architektengruppe ehrenamtlich ein Büro und eine Internetplattform eröffnet, die als „Baumschule für städtische Initiativen“ wirken soll. Nach wenigen Jahren besteht nun bereits ein „ausgedehntes Netzwerk verschiedener Agenten, nicht von Architekten, sondern von Bürgern der Stadt. ... Wenn die Stadtverwaltung an einem Ort ein Projekt vorhat, kann man durch unser Mapping sehen, welche Leute dort bereits arbeiten. Zum Beispiel gibt es eine Nachmittagsbetreuung für Kinder und es gibt den Fahrradverein, der die am wenigsten befahrenen Wege kartiert hat. Die Leute haben lokales Wissen ... Mit diesen Initiativen zusammen die Stadt zu bauen, das ist wirklich urbanistisch.“ (Estudio SIC 2013: 10). Für Verwaltungen ist es zwingend, mit diesen relevanten Akteuren ins Gespräch zu kommen. Dies geht nur auf deren Art, nämlich informell, ungebunden, mit auch zufälligen Begegnungen. Solche zivilgesellschaftlichen Dialoge müssen „quer, transinstitutionell geführt werden statt zentralistisch.“ (Hummel, a.a.O., S. 8)

Viele dieser Aspekte sind bekannt und inzwischen auch politisch vertretbar. So empfahl der damalige Hessische Wirtschaftsminister Alois Rhiel bereits 2008, „suboptimale Nutzungen lieben zu lernen“ (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2008: 4). Neu wäre ihre strategische Berücksichtigung als Bestandteil von Stadtentwicklung.

III. Über den Informellen Urbanismus hinaus

Die Hoffnung ist also nicht ganz unbegründet, dass eine Stadtentwicklung, die sich stärker an den Selbstorganisationskräften der Bürger orientiert, ein neues Gleichgewicht entstehen lässt, in dem neben den professionellen Inputs von Investoren und Institutionen auch zivilgesellschaftliche

Einflussnahme ermöglicht wird. Eine solche Stadtentwicklungspolitik erfordert einen qualifizierten strategischen Dialog mit der Zivilgesellschaft als Grundlage zukunftsfähiger Planungskultur. So fasst auch Peter Arlt (2013: 85) seine Überlegungen „Was Stadtplaner von Zwischennutzern lernen können“ wie folgt zusammen: „Taktische Stadtplanung hat 1.) ein Ziel für die Stadt, hält 2.) nach bereits Aktiven Ausschau und unterstützt und ergänzt 3.) deren Aktivitäten, wann und wo immer sie auftreten.“

Doch gegen eine solche Fokussierung der Planer auf das Informelle regt sich – jenseits der routinierten Widerstände der Verwaltungspraxis – auch von wissenschaftlicher Seite Kritik. So befürchten Othengrafen/Schmid (2010): „Planer drohen sich angesichts komplexer werdender Akteursstrukturen und einer zunehmenden Planungskepsis im informellen „Interventions-Klein-Klein“ und einer Provisoriumsplanung“ zu verlieren. ... (Dies wird) der Disziplin Stadtplanung über kurz oder lang die Daseinsberechtigung entziehen“. Sie plädieren deshalb für langfristige kommunale Planungsstrategien, hoffen auf eine Renaissance großer Pläne und folgern: „Stadtplanung sollte ...sich nicht beim „muddling through“ mit wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verlieren“. Dieser Einwand ist durchaus ernst zunehmen, entspricht er doch genau dem Bild, das die Profession von ihrer Aufgabe bisher hat. Doch Selle fragt ganz richtig nach: „War denn Stadtentwicklungspolitik je „Groß-Groß“? War das nicht vielmehr nur die Rhetorik? War und ist die Praxis kommunaler Stadtentwicklung, wenn sie überhaupt zu Bewegungen führt, nicht immer eine Abfolge mehr oder minder kleiner Schritte?“ (Selle 2013: 10) Es wäre angesichts der allenthalben freudig verkündeten Renaissance der großen Pläne durchaus interessant, deren Funktionen im aktuellen Stadtentwicklungskontext einmal genauer zu beleuchten. Allerdings erscheint im Lichte des oben Gesagten fraglich, ob die von Othengrafen/Schmid vermutete Planungskepsis der Gesellschaft tatsächlich durch große Pläne „geheilt“ werden kann – oder eher durch ihre ernstgemeinte Einbeziehung im Sinne einer offenen Stadtentwicklungspolitik.

Reflektierte Planung

Nun sind wir in Deutschland weit davon entfernt, die informelle Aneignung des städtischen Raums Überhand nehmen zu sehen. Gleichwohl führt eine reflektierte Konzeption des Informellen Urbanismus recht schnell zu der Anforderung, 1. die angeblichen Vorteile des Informellen jeweils genauer darzustellen und 2. diese gegen andere konkurrierenden Nutzungsinteressen abzuwägen. Denn betrachtet man zivilgesellschaftliche Projekte so offen, wie dies sachlich geboten ist, dann wird man sich von dem Ideal einer konfliktlosen Welt einer „Stadt für alle“ verabschieden müssen. Wahrscheinlicher ist, dass ein (politischer) Streit um Prioritäten entstehen wird – auf Grundlage eines breiten Spektrums an Alternativen.

Will man Gerechtigkeit in den Informellen Urbanismus einführen, so kann es nicht nur um geöffnete Ohren und Augen des Planers gehen. Gerade im Konzept eines Informellen Urbanismus gewinnt das Verfahren einen wichtigen Stellenwert zurück. Es muss sich jedoch von konventionellen Planungspraktiken klar unterscheiden und (ganz im Gegensatz zu den sich frühzeitig verfestigenden Planungen wirtschaftlicher Akteure) die Kontingenz der Praxis akzeptieren, ja geradezu zum Prinzip erheben. Die Konzentration auf die endogenen Potenziale des Planungsgebietes, die zuerst zu entdecken sind, und das Zulassen von Verhandlungsräumen zur Zielbestimmung durchbrechen die Routinen zuständigkeitsbezogenen Verwaltungshandelns und erzeugen Ungewissheit. Der Ausgang solcher Prozesse (kann man sie noch Planung nennen?) gleicht somit einem Experiment – was ja eigentlich das Gegenteil von Planung ist. Reflektierte Planung bedarf deshalb selbst einer sorgfältigen Planung, um den Prozess zu strukturieren und durch geeignete Koordinationsformen die Vielfalt der Akteure einzubinden. Mit Ersöz (2013) wäre zu ergänzen: „Die unaufhörliche Dynamisierung unserer Welt lässt den Planungsbedarf steigen, während jedoch die Reichweite des Planbaren sinkt. Es wird immer mehr eine situative Spielart der Planung nötig. Der planende Zeitmanager der klassischen Moderne wird zu einem postmodernen Spieler, der durch Flexibilität, Spontaneität und Improvisationsvermögen versucht zumindest kurzfristig Zeitsouveränität zu

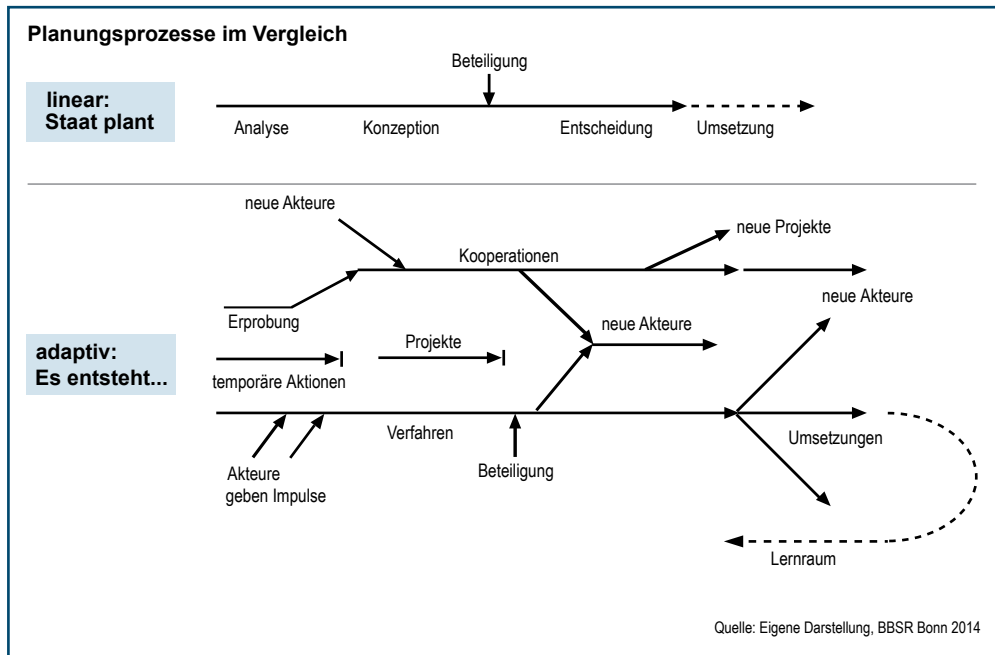
erlangen, um handlungsfähig zu bleiben.“ Die „illusion of control ist jedenfalls zerbrochen. In einem Aufsatz über Selbstorganisation in der Raumplanung beschreibt Frey diese Aufgabe genauer: „Es geht nicht darum, dass die hoheitliche Planung Strategien entwirft, wie lokale Gemeinschaften und Milieus sowie zivilgesellschaftliche Strukturen zu steuern sind, sondern im Kern geht es um eine Strategie dafür, den Rahmen so zu setzen, dass sich Selbststeuerung und Selbstorganisation entfalten können. Ziel ist es, eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen gegenüber Markt und Staat zu erreichen. Um eine Akzeptanz dieser neuen Sicht von Planung zu fördern, sind neue Aspekte des Verfahrens aufzugreifen. ... Planung der „Nicht-Planung“, als eine planerische Rahmung des nicht Geplanten; Zielvereinbarungen zwischen den AkteurInnen, der Ausgleich zwischen Gemeinwohl und partikularen Interessen, Absicherung und Verantwortung evtl. auch Haftung, der Umgang mit dem „Recht“ des bzw. der Stärkeren“ (Frey 2008: 241).

Stadtentwicklung als Ko-Produktion

Im Zuge dieser Entwicklung verschieben sich also nicht nur Planungsmethoden, sondern das Planungsverständnis insgesamt. Dieses muss „Komplexität, Nichtlinearität, Unsicherheiten und Selbstorganisation (als) Leitbegriffe dieses neuen Denkens“ (Fürst/Ritter 2005: 768) berücksichtigen. Sollen sich zivilgesellschaftliche Akteure selbstorganisiert Räume aneignen und gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, so wandeln sich diese von einer zu beteiligenden Masse zu selbstbewussten Akteuren, von deren Aktivitäten letztlich der Erfolg von Stadtentwicklung maßgeblich abhängt und der deshalb wertzuschätzen und zu unterstützen ist. Konrad Hummel fasst dies so zusammen: „Stadtentwicklung wird sich noch weiter weg von der Bauerschließung und Wohnbebauung bewegen hin zu einer stadtgesellschaftlichen Entwicklungsarbeit.“ (Hummel 2008: 9) Immer öfter ist daher in diesem Kontext auch von Ko-Produktion die Rede, also einem gemeinsamen Arbeiten. Stadtentwicklung als Ko-Produktion ist ein umfassender Politikansatz jenseits von Ja/Nein-Entscheidungen und dem schieren Einsammeln von Anregungen,

Meinungen und Wünschen. Er beinhaltet die kollektive, kooperative, bisweilen auch kompetitive Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme. Er öffnet den Kreis der Beteiligten an der Stadtentwicklung über die Vertreter etablierter Interessen hinaus. Und er bezieht ein, dass sich Bürger als nicht oder schwach organisierte Akteure mit neuen Möglichkeiten der Selbstorganisation heute direkter als je zuvor in Stadtentwicklungsprozesse einbringen wollen und können. Das heißt: Städte werden fähig, ihre Probleme variabler und vielschichtiger zu lösen. Sie lernen, das Zusammenspiel von Deliberation und Deziision, von Initiative und Inklusion, von kreativer Suche und interessen geleiteter Verhandlung besser zu strukturieren. Dies ist ein „postheroisches Management“ im besten Sinne, dessen Aufgabe es ist, „Irritationen in Ordnungen und Verfahren umzusetzen, die für weitere Irritationen empfänglich und empfindlich bleiben.“ (Baecker 1994: 9)

Entscheidend ist, dass hierbei die Rollen neu verteilt werden: auf Seiten der Zivilgesellschaft geht es um Selbstorganisation und Eigenverantwortung bei der Produktion und Umsetzung von Ideen: „Wer Künstlerwohnangebote will, wer Sozialwohnungen derzeit wirklich will, wer einen Männer-spielplatz für richtig hält, muss aus der Deckung kommen und Verantwortung übernehmen.“ (Hummel: 8) Die Konsequenz: Fragen nach der Verteilung von Macht und Verantwortlichkeiten müssen neu bearbeitet werden. Denn „es handelt sich in einem solchen Planungsverständnis nicht um eine Neuauflage der alten Partizipation, sondern um mehr: Im Gegenstromprinzip agieren zwei gleichwertige und gleichberechtigte PartnerInnen miteinander.“ (Zibell 2008: 338) Dass es dabei sicher nicht ausschließlich um die Herstellung von Konsensen gehen wird, dürfte angesichts der unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen der informellen Akteure klar sein. Von einer Stärkung informeller Akteure sind daher zum einen pragmatische Lösungen für ungenutzte Flächen und Häuser, aber durchaus auch eine intensivierte Diskussion über grundlegende Ziele und Maßstäbe der Stadtentwicklung zu erwarten.



Ob sich ein solch offenes Verständnis durchsetzen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Ist es für zivilgesellschaftliche Gruppen langfristig motivierend, sich in Stadtentwicklungsprozesse einzumischen? Gelingt es, ihre Aktivitäten anschlussfähig an politische Kalküle und Verwaltungsroutinen zu machen? Können sich Verwaltungen überwinden, selbstorganisierte Raumnutzungen zu unterstützen? Um sich Antworten zu nähern, müssen neue Arbeitsweisen erprobt und Akteursnetzwerke aufgebaut werden. Dann wird man sehen,

ob eine Stadtentwicklung möglich wird, in der bürgerschaftliche Gruppen eine stärkere Stimme erhalten und ihre Projekte aushandeln und umsetzen können. Zu wünschen wäre es, denn so können Bürger ihr größtes Kapital in Stadtentwicklungsfragen einbringen: nicht Geldmittel, sondern eine große Menge Kreativität, Engagement und soziale Netzwerke. Dann könnte man auch aufhören, vom Informellen Urbanismus zu reden.

Literatur

- Appelhans, Nadine: The state of exception. Vereinbarkeit von informeller Stadtentwicklung und institutioneller Planung. In: polis 02.2011: Beyond institutions. Inspirationen für selbstbewusste Stadtentwickler
- Arlt, Peter: Was Stadtplaner von Zwischennutzern lernen können, in: Oswald, P.; Overmeyer, K.; Misselwitz, P: urban catalyst. Mit Zwischen-nutzungen Stadt entwickeln. 2013
- Baecker, Dirk: Postheroisches Management. Ein Vademecum. 1994
- Becker, Elke: Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raum-entwicklung, 2009
- Burckhardt, Lucius 2004, zit. nach Jesko Fezer, Martin Schmidt: Lucius Burckhardt: Wer plant die Planung. In: Selle, Klaus (Hrsg.) Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse, Dortmund 2006
- Diedrich, C.; Noennig, J. R.; Richter, S. (2009) Standort-Los im Land der Ideen: Das Prinzip Garage, Planung Neu Denken online, 2/2009
- Ersöz, Hişar Hüseyin: Urbane Resilienz – Stadtplanung in Zeiten der Beschleunigung. In: stadtspekte vom 8. Februar 2013, Download von www.stadtspekte.de, Download am 26.03.2014
- Estudio SIC: „Wir brauchen keine Zukunftsmodelle. Die Utopie ist hier“, in: Bauwelt 44, 2013
- Frey, Oliver: Regulierte Selbststeuerung und Selbstorganisation in der Raumplanung. Von der linearen Planung über Partizipation als eine integrierte Strategie von „Urban Governance“ zur regulierten Selbststeuerung und Selbstorganisation in der Raumplanung. In: Hamedinger, A. e.a. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 2008
- Fürst, Dietrich; Ernst-Hasso Ritter: Planung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung. 2005
- Gerkens, Karsten: Mehr als nur verwalten. Stadtentwicklungspraxis in Leipzig. In: BMVBS (Hrsg.): stadtpilot spezial „Offene Räume in der Stadtentwicklung. Leerstand – Zwischennutzung – Um-nutzung, 2012
- Gualini, Enrico: Zivilgesellschaftliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive: kritische Überlegungen zur Thematik, in: Becker, Elke e.a. (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, 2010
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg): Suboptimale Nutzungen lieben lernen. Eine Schlüsselstrategie der integrierten Stadtentwicklung. 2008
- Holm, Andrej; Lebuhn, Hendrik: Die Stadt politisieren – Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der „Sozialen Stadt“. In: Kronauer, M.; Sieel, W. (Hrsg.): Polariserte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. 2013
- Hummel, Konrad: Transitregionen und Transitdemokratie. Zum notwendigen Wandel der Bürgerbeteiligung in Zeiten demokratischer Übergänge in der Stadtentwicklung. In: PNDonline 1/2013
- Hummel, Konrad: Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Bürgergesellschaft. In: PNDonline IV 2008
- International Journal of Urban and Regional Research, Volume 35.2, March 2011
- Oswald, Philipp im Gespräch mit Saskia Sassen: Informelle Ökonomien und Kulturen in globalen Städten. In: Oswald, P., Overmeyer, K.; Misselwitz, P: urban catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. 2013
- Othengrafen, Frank; Jakob F. Schmid: Mal ganz unter uns. Positionen zum Begriff des „Informellen“. In: Gaffa Urbanismus. Spacemag # 2, 2010
- Roy, Ananya 2011: Slumdog Cities: Rethinking Subaltern Urbanism.
- Schäfer, Rudolf im Gespräch mit Urban Catalyst: Welches Recht brauchen temporäre Nutzungen? In: Oswald, P.; Overmeyer, K.; Misselwitz, P: urban catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. 2013
- Selle, Klaus: Bürgerengagement und Bürgerorientierung in Quartier und Stadt. Von der Ausnahme zur Regel? In: PNDonline II/2007
- Selle, Klaus: Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen. Aachen 2010
- Selle, Klaus in: Selle, Klaus; Altröck, Uwe: Kommunale Stadtentwicklungspolitik – quo vadis? In: Raum-Planung 167/2.2013
- Steets, Silke: Die Stadt als Wohnzimmer und die Floridarisierung der Stadtpolitik. In: Herrmann e.a. (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie), 2011
- Urban Catalyst: Was tun? In: Oswald, P.; Overmeyer, K., Misselwitz, P: urban catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln, 2013
- Wiechmann, Thorsten: Planung und Adaption. Strategieentwicklung in Regionen, Organisationen und Netzwerken. 2008
- Willinger, Stephan: Die Narrative Stadtanalyse. Eine experimentelle Planungsmethode. In: RaumPlanung 71, 1995
- Willinger, Stephan: Leerstand als Möglichkeitsraum. Urbanistische Strategien zur Revitalisierung in den Innenstädten. In: BBR (Hrsg.): Strategien für historische Stadtzentren. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6.2005
- Willinger, Stephan: Bilder von Aneignung und Gebrauch – die soziale Produktion urbaner Freiräume. In: BBR (Hrsg.): Raumbilder und Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12.2007
- Willinger, Stephan: Partizipationen. Stadtentwicklung mit multiplen Öffentlichkeiten. In: RaumPlanung 156/157, 2011
- Zibell, Barbara: Strategieorientierung in der Planung – eine neue Idee?: in: Hamedinger, A. e.a. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 2008